

AUFTRAG



HEFT 226 / 1996

36. JAHRGANG

36. WOCHEN DER BEGEGNUNG 1996



GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

36. WOCHEN DER BEGEGNUNG:

Treffen des organisierten Laienapostolats der Katholischen Militärseelsorge (PS) 3

ZENTRALE VERSAMMLUNG (ZV)

„Sammeln – Stärken – Senden. Mit Zuversicht auf dem Weg“

Bericht von der ZV (Manfred Heinz u.a.) 4

Konzepte und Wege zum Pfarrgemeinderat 2000 (Walter Hütten) 14

Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS vor der Zentralen Versammlung (Karl-Jürgen Klein) 16

Ökumene – bleibende Verpflichtung, aktuelle Schwerpunkte, Möglichkeiten und Probleme (Gerhard Voss) .. 18

Ökumene – bleibende Verpflichtung, aktuelle Schwerpunkte, Möglichkeiten und Probleme (Helmut Jehle) ... 27

BUNDESKONFERENZ DER GKS 1996

„Gegen die Gleichgültigkeit und die Unsicherheit der Christen – Unser Zeugnis“

Bericht von der Bundeskonferenz der GKS (Jürgen Bringmann u.a.) 29

Gegen die Gleichgültigkeit und die Unsicherheit der Christen (Hanna-Renate Laurien) 40

Eine gesichtslose Militärseelsorge verhindern (Walter Theis) 44

WELTKIRCHE

Sinn und Zweck des Peterspfennig bleiben manchen Katholiken verborgen (Hartmut Benz) 46

EHRENAMT

Nur wer sich bewegt, bewegt was (Diözesanrat Köln) 49

SPIRITUALITÄT

Wie mit der Hektik des Alltags fertigwerden? (Bischof Joachim Wanke) 50

Ein Ja zum Mann – aber lebenslänglich (Christa Meves) 52

DEUTSCHLAND UND SEINE NACHBARN

Auf den Spuren von Schindlers Liste (Eckhard Stuff) 53

Russischer Historikerstreit um deutsch-sowjetischen Krieg (Joachim Georg Görlich) 54

Dayton hat den Krieg gestoppt, aber Bosnien-Herzegowina noch nicht den Frieden gebracht (PS) 55

BUNDESWEHR UND GESELLSCHAFT

Brauchen Soldaten der Bundesrepublik Deutschland einen besonderen Ehrenschatz? (Josef König) 56

Sachausschuß „Sicherheit und Frieden“ (PS) 58

Wehrpflichtgesetz – vor 40 Jahren verabschiedet, heute Diskussion um Abschaffung
oder Erweiterung für Frauen (Josef König) 58

Dokumentation zur Landminenproblematik 60

AUS MILITÄRSEELSORGE, GKS UND RÄTEN

Engagement für Frieden, Versöhnung und Ökumene (Günter Thyne) 62

Wehrbereich III 66

KURZ NOTIERT

15, 28, 36, 45, 48, 54, 59

TERMINE

65

PERSONALIA

66

AUTOREN UND BEITRÄGE IN DIESEM AUFTRAG

67

BUCHBESPRECHUNG

67

Umschlagbild: Eingang zum Saalbau von Schloß Hirschberg bei Beilngries Obb.. In dem Exerzitien- und Bildungshaus der Diözese Eichstätt fand vom 22.–27. April 1996 die 36. Woche der Begegnung der Katholischen Militärseelsorge statt. Das 1764 von Jakob Berg errichtete Hauptportal zum Rokokoschloß – links der Kellermeister, rechts der Haushofmeister – steht in ästhetischem Einklang zu der funktionalen, die Raumperspektive unterstreichenden Glastür des 20. Jh. (Foto F. Brockmeier)

36. WOCHEN DER BEGEGNUNG:

Treffen des organisierten Laienapostolats der Katholischen Militärseelsorge

Die in Räten und Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) organisierten Laien in der katholischen Militärseelsorge trafen sich in der Zeit vom 22. bis 27. April auf Schloß Hirschberg nahe dem oberbayerischen Ort Beilngries zur diesjährigen Woche der Begegnung (WdB). Der erste Teil dieser Woche bis Mittwoch war der Zentralen Versammlung (ZV) gewidmet, die dem Diözesanrat eines zivilen Bistums entspricht. Vertreter der Pfarrgemeinderäte bei den Standortpfarrern und Delegierte der GKS berieten unter dem Motto „Sammeln – Stärken – Senden. Mit Zuversicht auf dem Weg“ Fragen und Probleme, die insbesondere die in der Kirche unter Soldaten engagierten Laien bewegen. Im zweiten Teil führte die GKS von Mittwoch bis Freitag ihre jährliche Bundeskonferenz durch, deren zentrales Thema „Gegen die Gleichgültigkeit und die Unsicherheit der Christen – Unser Zeugnis“ lautete. Die katholischen Soldaten wollten mit beiden Leitthemen deutlich machen, daß sie bereit sind, sowohl in ihrem familiären Umfeld als auch im dienstlichen Bereich und in der Gesellschaft aktiv Zeugnis von ihrem christlichen Glauben abzulegen. Sie wollen als Bürger in Uniform wertorientiert und ethisch verantwortlich handeln. Sie nehmen ihr Apostolat ernst und suchen in und mit der Kirche Jesu Christi die Gemeinschaft mit Gleichgesinnten.

So entspricht es dem bereits traditionellen Verständnis und Sinn der Woche der Begegnung, daß neben Beratung und nüchterner Diskussion von Sachfragen vor allem auch Spiritualität, lockere Begegnung und fröhliches Feiern nicht zu kurz kommen. Jeder der beiden Konferenzen ist zudem ein Bildungsteil zugeordnet. Die ZV ließ sich vom Vorsitzenden des ACK (Arbeitskreis christlicher Kirchen) in Bayern, Pater Dr. Gerhard Voss OSB, und dem Beauftragten der evangelisch-lutherischen Landeskirche in Bayern, Dekan Helmut Jehle, einen grundsätzlichen Einblick in den Stand und die gegenwärtige Situation der Ökumene geben (die Vorträge sind auf den Seiten 18 bzw. 27 wiedergegeben). Vor der Bundeskonferenz der GKS hielt Dr. Hanna Renate Laurin, Vorsitzende des Diözesanrates des Erzbistums Berlin und langjährige Präsidentin der Berliner Abgeordnetenversammlung, einen beeindruckenden Vortrag zum Thema „Gegen die



Schloß Hirschberg, Exerzitien- und Bildungshaus der Diözese Eichstätt, auf einem langgestreckten Höhenrücken oberhalb des Altmühltals westlich von Beilngries gelegen, wurde in den Jahren 1170–1200 als Grafenburg erbaut.

Im Vordergrund die noch vom Ende des 12. Jh. stammenden Tortürme. Das gut erhaltene Rokokoschloß der Eichstätter Bischöfe wurde 1760–1764 gebaut, wiederholt modernisiert und in den Jahren 1988–1992 durch den Eichstätter Diözesanbaumeister Prof. Karljosef Schattner generalsaniert und den Anforderungen an ein modernes Bildungshaus in beispielhafter Weise angepaßt. Gotische Bauteile, Rokokostil und moderne, funktionale Betonelemente fügen sich zu einem harmonischen und ästhetischen Ganzen, das optimal für die Erholung von Seele, Geist und Körper genutzt werden kann. (Foto Luftbildverlag H. Bertram, München)

Gleichgültigkeit und die Unsicherheit der Christen – Unser Zeugnis“ (s.S. 40).

Höhepunkt der WdB war wie immer die Eucharistiefeier mit dem Militärbischof und der sich daran anschließende Empfang für die Delegierten und für geladene Gäste, an ihrer Spitze der Bischof von Eichstätt, Dr. Walter Mixa, der Regierungspräsident von Oberbayern, Werner-Hans Böhm, sowie die Generalmajore Franz Werner, Stellvertretender KG II. Korps Ulm, und Dipl.-Ing. Rainer Jung, Befehlshaber Wehrbereich VI/Kommandeur 1. Gebirgsdivision. (PS)

Sammeln – Stärken – Senden. Mit Zuversicht auf dem Weg

Bericht von der Zentralen Versammlung
der Katholischen Militärseelsorge

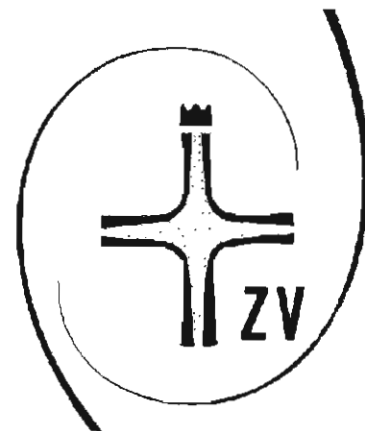
Manfred Heinz u.a.

Eröffnungsgottesdienst

Mit einer Eucharistiefeier in der Marienkapelle eröffnete Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld die 36. Woche der Begegnung. In seiner Begrüßung sprach er die beiden Leitthemen der ZV, „Sammeln – Stärken – Senden. Mit Zuversicht auf dem Weg“, und der Bundeskonferenz der GKS, „Gegen die Gleichgültigkeit und die Unsicherheit der Christen – Unser Zeugnis“ an, indem er darauf hinwies, daß Christen sich zum Gottesdienst sammelten, um sich im Wort Gottes und seinem Sakrament zu stärken, und sie dann in die Welt mit ihren Problemen gingen, um Zeugnis von den Erfahrungen mit dem Wort Gottes zu geben. An den Beginn stellte Prälat Nabbefeld „Die Parabel vom modernen Menschen“. (s. Kasten)

Mit dieser Parabel wollte Generalvikar Nabbefeld deutlich machen, daß die Schwierigkeiten der

heutigen kirchlichen Situation nicht aus der „Kirchensteuer“, sondern aus dem Glauben erwachse. „Jesus Christus hat uns sein Wort und sein Sakrament gegeben. Bedeutet uns das noch etwas? Beschäftigen wir uns mit seinem Wort? Holen wir uns aus seinem Wort und seinem Sakrament die erforderliche Kraft für unseren Glauben?“ fragte er. Der moderne Mensch lebe mitten in der Oase, verdurste und verhungere, weil er nicht glauben wolle, daß wir Wort und Sakrament Jesu Christi zum Überleben nötig haben. Das Problem sei nicht der abwesende Gott, sondern unsere Abwesenheit von Gott, meinte der Generalvikar und fuhr fort, wir sähen die Wüste, aber übersähen die kleinen Pflanzen, die überall sprießen wollten. Wir hätten das Evangelium und alles, was uns verheißen ist, „trotzdem sind wir geistig verdurstet, weil wir nicht geglaubt haben.“



„Die Parabel vom modernen Menschen“

Ein moderner Mensch verirrt sich in einer Wüste. Tage- und nächtelang irrte er umher. Wie lange braucht man, um zu verhungern und zu verdursten? Das überlegte er sich beständig. Er wußte, daß man länger ohne Nahrung leben kann, als ohne etwas zu trinken. Die unbarmherzige Sonnenglut hatte ihn ausgedörrt. Er fieberte. Wenn er erschöpft ein paar Stunden schlief, träumte er von Wasser, von Orangen und Datteln. Dann erwachte er zu schlimmerer Qual und taumelte weiter.

Da sah er in einiger Entfernung eine Oase. Aha, eine Fata Morgana, dachte er. Eine Luftspiegelung, die mich narrt und zur Verzweiflung treiben wird, denn in Wirklichkeit ist gar nichts da. Er näherte sich der Oase, aber sie verschwand nicht. Sie wurde im Gegenteil immer deutlicher. Er sah die Dattelpalmen, das Gras und die Felsen, zwischen denen ein Quell entsprang. Es kann natürlich eine Hungerphantasie sein, die mir mein halb wahnsinniges Hirn vorgaukelt, dachte er. Solche Phantasien hat man ja in meinem Zustand. Natürlich – jetzt höre ich sogar das Wasser sprudeln. Eine Gehörhalluzination. Wie grausam die Natur ist! – Mit diesem Gedanken brach er zusammen. Er starb mit einem lautlosen Fluch auf die unerbittliche Bösartigkeit des Lebens.

Eine Stunde später fanden ihn zwei Beduinen. „Kannst du so etwas verstehen?“ sagte der Beduine zum anderen. „Die Datteln wachsen ihm beinahe in den Mund – er hätte nur die Hand auszustrecken brauchen. Und dicht neben der Quelle liegt er, mitten in der schönen Oase – verhungert und verdurstet. Wie ist das nur möglich?“

„Er war halt ein moderner Mensch“, antwortete der andere Beduine. „Er hat nicht daran geglaubt.“



Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld eröffnet die 36. Woche der Begegnung mit einem Gottesdienst in der Marienkapelle von Schloß Hirschberg/Beilngries. Konzelebrant ist Militärdekan Walter Theis (li) (Foto F. Brockmeier)

Begrüßung

Der Vorsitzende der ZV, Oberst i.G. Werner Bös, begrüßte zu Beginn der Versammlung die Delegierten, die Mitarbeiter/-innen aus den Sachausschüssen des Vorstandes und die Gäste. Besonders hieß er Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld, Militärdekan Prälat Walter Theis als Bischöflichen Beauftragten für die ZV der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs, Militärpfarrer Dietrich Lang als Vertreter des Priesterrates und Herrn Werner Ermler als Vertreter des Diözesanrates im Bistum Eichstätt willkommen.

Nach einem Hinweis auf die Geschichte und Funktion des Tagungsortes Schloß Hirschberg führte der ZV-Vorsitzende in die Thematik und das Programm der unter dem Leitgedanken „Sammeln – Stärken – Senden. Mit Zuversicht auf dem Weg“ stehenden ZV ein. Schwerpunkte der Beratungen sollten sein:

- Das Thema Ökumene,
- Informationen über die Personalplanung der Katholischen Militärseelsorge und die Neustrukturierung der Seelsorgebezirke,
- Vorstellen von Arbeitsergebnissen aus der Arbeit des Vorstandes im letzten Jahr.

Nachdem der Vorsitzende der ZV noch die Moderatoren der Tagung, Oberstleutnant Horst-Diethelm Knaf und Oberstleutnant Richard Schmitt, vorgestellt hatte, übergab er das Wort an Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld zur offiziellen Eröffnung der Beratungen der ZV.

Das für den reibungslosen Ablauf der Zentralen Versammlung verantwortliche Team: v.l. StFw Wolfgang Kober (Organisation) OTL Horst-Diethelm Knaf (Moderation), Oberst i.G. Werner Bös (Vorsitzender ZV), OTL Richard Schmitt (Moderation) und Dipl.-Theol. Manfred Heinz (Geschäftsführer der ZV). (Foto F. Brockmeier)

Eröffnung

Da Prälat Nabbefeld zum ersten Mal als Militärgeneralvikar an einer ZV teilnahm, nutzte er die Gelegenheit, sich persönlich den Teilnehmern bekannt zu machen.

In seinen Eröffnungsworten sagte er, er sei dankbar, daß es die ZV als das Beratungsgremium der Laien für den Militärbischof gebe. Er sei fest davon überzeugt, daß es in Zukunft nur gemeinsam gehen werde – in den Pfarrgemeinden und auch in der Militärseelsorge müßten Amt und Ehrenamt vertrauensvoll zusammenarbeiten. Man müsse versuchen, die Dinge gemeinsam, in Verzahnung zu tun und über die Sachverhalte reden, um sie beurteilen zu können. Wichtig sei ihm, daß Anliegen offen ausgesprochen würden.

Das Hauptthema der ZV, die Ökumene, sei für die Katholische Militärseelsorge derzeit ein nicht leichtes Thema. Er verwies dabei auf die neue Vereinbarung zwischen dem Bundesminister der Verteidigung und der Evangelischen Kirche hinsichtlich der Arbeitsmöglichkeiten für eine Militärseelsorge in den Gebieten der Landeskirchen der neuen Bundesländer. Auch gebe es in der Truppe vermehrt Probleme mit der Wahrung des konfessionellen Gottesdienstes.

Der Militärgeneralvikar nannte als derzeitige Schwerpunktthemen

der Katholischen Militärseelsorge:

- die Neuumschreibung der Seelsorgebezirke und die Verhandlungen mit den deutschen Diözesen über den künftigen Personalschlüssel;
- die Weiterentwicklung einer Pastoralkonzeption auf Grundlage einer „Gemeindeanalyse“. Darunter sei zu verstehen, daß die (Wehr-)Bereichsdekane für jeden Seelsorgebezirk mit dem zuständigen Militargeistlichen und unter Einbeziehung aller weiteren haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter, d.h. auch der Pfarrgemeinderäte und der GKS-Kreise, die Situation vor Ort erfassen und überlegen, wie die Arbeit der Militärseelsorge im Seelsorgebezirk gestaltet werden müsse.
- der spürbare Rückgang der Kirchensteuermittel, wobei die pastoralen Vorhaben Priorität besäßen. „Nicht die Kirchensteuer ist das Problem, sondern der Glaube“, sagte Nabbefeld.

Abschließend sprach der Militärgeneralvikar den Anwesenden seinen Dank aus für die Bereitschaft, engagiert mitzuarbeiten. Er wünschte der Tagung einen guten Verlauf mit brauchbaren Arbeitsergebnissen.



Eucharistiefeier am 2. Tag der ZV, Dienstag 23. April, dem Festtag des Hl. Georg

Prälat Peter Raffort, der als Katholischer Wehrbereichsdekan im Wehrbereich VI für den Tagungs-ort zuständig ist, feierte mit den Delegierten die Messe zum Tagesbeginn (Lesung: Apg 7.51–8.1a; Evangelium: Joh 6.30–35). In seiner Begrüßung gratulierte er allen auf den Namen des Hl. Georg getauften zu ihrem Namensfest – MGv Jürgen Nabbefeld, Ref BuVorst GKS Jürgen Bringmann, Stellv. Vorsitzenden der KAS Hans-Georg Marohl – und gedachte des 1991 verstorbenen Georg Heymen, Bundesvorsitzender der GKS von 1977–86.

Der Wehrbereichsdekan erinnerte an die Person und die Legende des Hl. Georg, der Patron der Ritter und Kreuzfahrer war, heute noch Schutzherr des englischen Königshauses, der Landwirte, Pferde und Rinder ist, zu den sieben Nothelfern zählt und nicht zu-

letzt der Schutzpatron aller christlicher Soldaten ist.

In seiner Predigt griff Prälat Raffort aus der Bildrede vom Fruchtbringen das Jesus-Wort auf: „Wie die Rebe aus sich keine Frucht bringen kann, sondern nur, wenn sie am Weinstock bleibt, so könnt auch ihr keine Frucht bringen, wenn ihr nicht in mir bleibt. Ich bin der Weinstock, ihr seid die Reben. Wer in mir bleibt und in wem ich bleibe, der bringt reiche Frucht; denn getrennt von mir könnt ihr nichts vollbringen“ (Joh 15.4–5). Die organische Verbundenheit des Christen mit dem Herrn, erläuterte er am Beispiel des Transports von Wasser und Mineralstoffen aus der Wurzel bis in die letzte Blattspitze eines Baumes. „Wenn Zellen absterben, sucht sich der Nahrungsfluß einen anderen Weg. Wenn Millionen Zellen absterben, beginnt

der Baum zu welken, zu verdorren, abzusterben.“

Ähnlich sei es in der Kirche, folgerte Raffort, sie lebe von der Wurzel, von Jesus Christus. Diese Wurzel sei fest verankert, aber was aus der Wurzel transportiert werden solle, werde durch das Absterben zu vieler Zellen nicht weitergegeben. GKS und Pfarrgemeinderäten müßten als noch intakte Gruppen Saft und Kraft nach außen weitergeben.

Als Soldaten fragten wir auch nach den beruflichen Wurzeln: Grundgesetz, Recht und Freiheit, – als Christen kennen wir die Glaubenswurzeln: Christus und die Hl. Schrift. Beim christlichen Soldaten müsse beides zusammenkommen: im demokratischen Staat sei es möglich durch diese Wurzeln glaubwürdig zu leben und die daraus erwachsende Kraft weiterzugeben, so wie jetzt im Frühling in der Natur Kraft und Saft weitergegeben werden und alles grüne und blühe.

Wahl von zwei Vertretern in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Zur Vorbereitung der Wahl beriefen die Delegierten in den Wahlausschuß: Frau Magdalena Berners (WB III), Hauptmann Alois Forster (WB VI) und Hauptmann a.D. Bernd Ullrich (SA-Mitglied Vorstand ZV).

Oberstleutnant a.D. Paul Schulz – für die GKS selbst Mitglied des ZdK – informierte die ZV ausführlich über den geschichtlichen Hintergrund, die heutigen Aufgaben und die Arbeitsweise des Zentralkomitees. In diesem Zusammenhang erstellte er aus seiner Sicht ein Anforderungs- und Persönlichkeitsprofil, das ein Vertreter der ZV erfüllen solle, um ein Mandat im ZdK wahrnehmen zu können.

Zur Wahl waren die bisherigen Vertreter der ZV im ZdK, Brigadegeneral Friedhelm Koch und Oberstleutnant Helmut Jermer, dem Plenum vorgeschlagen worden. Eine Personaldiskussion wurde nicht gewünscht. Die Delegierten votierten einstimmig für die Vorgeschlagenen.

Podium: „Ökumene – bleibende Verpflichtung“

Pater Dr. Gerhard Voss OSB, Leiter des ökumenischen Instituts der Abtei Niederalteich und Vorsitzender des Arbeitskreises Christlicher Kirchen (ACK) in Bayern, zeigte in seinem Grundsatzvortrag **„Ökumene – bleibende Verpflichtung; aktuelle Schwerpunkte, Möglichkeiten und Probleme“** zunächst die Gründe dafür auf, warum die Ökumene in der kirchlichen Arbeit (pastorale) Priorität besitzt, d.h. warum Seelsorge primär ökumenisch sein muß. Anschließend warf er einen ausführlichen Blick in die Kirchengeschichte. Ausgangspunkt war die Feststellung: Faktisch ist die Christenheit gespalten – wieso? In diesem Zusammenhang wies er auf nachstehende, hervorzuhebende kirchengeschichtliche Daten hin:

- Die Urgemeinde und das Apostelkonzil,
- der Bruch zwischen der Orthodoxie im Osten Europas und dem lateinisch sprechenden Abendland (1054),
- die Person Martin Luthers und die Reformation,

- das 2. Vatikanische Konzil und die in der Folgezeit einsetzenden ökumenischen Korrekturen. Abschließend nannte P. Dr. Voss drei Bereiche, in denen die kirchliche Gemeinschaft gelebt und ökumenisch eingeübt werden müsse:
- die ökumenische Gemeinschaft als Glaubensgemeinschaft,
- die ökumenische Gemeinschaft als Gottesdienstgemeinschaft und
- die ökumenische Gemeinschaft als Zeugnisgemeinschaft. (Referat im Wortlaut s.S. 18–26)

In einem Co-Referat stellte Dekan Helmut Jehle, evangelisch-lutherisches Stadtdekanat Ingolstadt und Beauftragter der evangelischen Landeskirche Bayerns für die Ökumene, aus Sicht eines evangelischen Christen seine Überlegungen zum Stand der ökumenischen Beziehungen bzw. der ökumenischen Zusammenarbeit dar (Vortrag in Stichpunkten S. 27).

Die Delegierten nutzten die anschließende Frage- und Aussprachemöglichkeit zum engagierten

Erfahrungsaustausch über die ökumenische Zusammenarbeit vor Ort in ihren verschiedenen Seelsorgebezirken und Standorten. Als Fazit konnte festgehalten werden: in der ökumenischen Zusammenarbeit gibt es die verschiedensten Variationen. Vieles hängt vom persönlichen Verhältnis der verantwortungstragenden Personen zueinander ab. Ökumene muß mehr als nur Arbeitsteilung sein, so notwendig eine solche Arbeitsteilung – z.B. das gegenseitige Vertreten der Militärseelsorger bei der Erteilung des LKU – auch ist.

Die Delegierten stellten fest, daß auch die Laien gefordert sind, ökumenische Handlungsfelder aufzubauen und die Zusammenarbeit anzustreben. Konkret könne dies z.B. durch gegenseitige Einladungen zu Sitzungen des PGR bzw. des ev. Standortrates, der Bibel- und anderer Gesprächskreise und durch Herausstellen von Gemeinsamkeiten, wo immer möglich, geschehen, denn in weiten Bereichen (zu 95 %) herrsche ja schon Übereinstimmung. Nach dem Willen der Delegierten soll die ZV das Thema „Ökumene“ in einem Sachausschuß aufgreifen und weiter beraten.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Beschlußvorlage für die Nachbarschaftshilfe 1996/97

Hauptfeldwebel Peter Weber berichtete über den Verlauf der Nachbarschaftshilfe 1995/96 und brachte die Beschlußvorlage für die Fortsetzung dieser Aktion im Jahreszeitraum 1996/97 ein. Er erinnerte zunächst an die Zielsetzung der christlichen Gemeinschaft „Königin des Friedens“, die in Nitra (Slowakei) ein Zentrum für gefährdete Jugendliche aufbaut. Seit zwei Jahren fördern die katholischen Soldaten unter der Bezeichnung „Nachbarschaftshilfe“ mit ihren Spenden dieses Projekt.

Bei seinem zweiten Besuch in Nitra konnte sich Herr Weber davon überzeugen, daß seit Aufbaubeginn umfangreiche Renovierungs- und Sanierungsarbeiten die Wohnsituation verbessert haben. Im landwirtschaftlichen Be-



Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten

im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs

Beschlußvorlage Nachbarschaftshilfe 1996/ 97

"Ein Platz im Leben für gefährdete Jugendliche in der Slowakei"

1. Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten empfiehlt die Aktion Nachbarschaftshilfe auch im Zeitraum 1996/ 97 als sozial - caritative Maßnahme katholischer Soldaten fortzuführen. Sie soll auch dieses Jahr unter dem Motto stehen: "Ein Platz im Leben für gefährdete Jugendliche in der Slowakei".
2. Die Durchführung der Nachbarschaftshilfe soll weiterhin in Absprache und unter Inhilfenahme der Solidaraktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa "RENOVABIS" erfolgen.
3. **Projektbeschreibung**
Die christliche Kommunität "Königin des Friedens" realisiert den Aufbau eines Wohn- und Lebensheimes für junge Männer in Nitra (Slowakei). Der katholische Ortsbischof hat hierfür das an ihn von der Regierung zurückgegebene alte Bischofspalais und 60 ha Land zur Verfügung gestellt. Das Gebäude wird derzeit umfangreich renoviert und umgebaut.

Jugendliche, die aus staatlichen Erziehungsanstalten ausgewiesen wurden, sollen in diesem Zentrum einen neuen Wohn- und Lebensbereich finden sowie eine Ausbildung ermöglicht bekommen. Auch in die Aufbauarbeiten werden sie einbezogen, so daß sie hier schon ihre handwerklichen Fähigkeiten erproben können und über die Mitarbeit eine Steigerung ihres Selbstwertgefühls erfahren. Bis heute wurden 10 Jugendliche aufgenommen.

Die Renovierung des Gebäudes hat in den letzten beiden Jahren große Fortschritte gemacht. Gleichzeitig ist die Kommunität bemüht, den Ausbau der Landwirtschaft zu forcieren. Benötigt werden hierfür weitere landwirtschaftliche Geräte und Maschinen. Im Versorgungsbereich fehlen ebenfalls noch weitere technische Geräte: angefangen von Spülmaschinen, Wasch- und Mangelautomaten bis hin zur Einrichtung einer Großküche. Trotz mancher Schwierigkeiten konnten in der Landwirtschaft bereits über 18 t Getreide, Mais und Erbsen geerntet werden. Die Erträge aus einer Kastanei reichten aus, um damit Fenster zum Innenhof des Gebäudes zu finanzieren.

Erfreulich ist, daß das Projekt inzwischen durch das Auswärtige Amt als förderungswürdig, weil im deutschen Interesse liegend, anerkannt wurde. Im Rahmen der humanitären Hilfe hat die Bundeswehr einen 21-Sitzer-Bus zur Verfügung gestellt.

Das Projekt soll nochmals um ein Jahr weiter gefördert werden, um die begonnene positive Entwicklung auf gesunde Füße zu stellen.

trieb waren Ernteerfolge zu verzeichnen.

Seitens des Staates gibt es nun finanzielle Unterstützung im personellen Bereich. Schwierigkeiten bereiten allerdings staatliche Behörden beim weiteren Ausbau der Gebäude und der Vergrößerung des landwirtschaftlichen Betriebes.

Von deutscher Seite hat das Auswärtige Amt das Projekt als förderungswürdig, weil im nationalen Interesse, anerkannt. Dadurch wurde es möglich, humanitäre Güter aus Beständen der Bundeswehr zu beantragen. Inzwischen wurde ein Kleinbus zur Verfügung gestellt und überführt.

Im zurückliegenden Zeitraum konnten 24.580 Mark an Spendengeldern gesammelt werden.

Ein besonderer Dank gilt der GKS, die über ihre Unterstützung der Nachbarschaftshilfe hinaus, nochmals 2.500 Mark spontan zur Verfügung stellte.

Fazit: Insgesamt hat das Projekt eine vielversprechende Entwicklung genommen.

HfW Weber schloß mit dem Appell an die Delegierten, die Nachbarschaftshilfe weiterhin kräftig zu unterstützen und der Beschlußvorlage zuzustimmen, damit das Projekt durch weitere Förderung auf gesunde Füße gestellt werden könne.

Stellungnahme zum Entwurf „Hilfen für den pastoralen Dienst der Militärseelsorger“

Oberstleutnant Richard Schmitt stellte den Entwurf der „Hilfen für den pastoralen Dienst der Militärseelsorger“ vor. Diese vom KMBA herausgegebene Handreichung hat den Zweck, in zusammenfassender Weise die Ziele, Strukturen und Aufgabenfelder der Katholischen Militärseelsorge zu beschreiben. Durch sie soll neu eingestellten Militärseelsorgern ein Überblick über ihre Seelsorgeaufgaben vermittelt werden.

Der Vorstand der ZV war – wie andere Gremien und Personen – aufgefordert, den Text gründlich zu studieren und eine Wertung abzugeben. Wie Schmitt darstellte, war der Vorstand der ZV zum Ergebnis gelangt, daß im Konzept der Militärseelsorge die Mitarbeit der Laien und der Laiengremien durchgängig richtig berücksichtigt werde. Der Vorstand begrüße ausdrücklich den gewählten pastoralen Ansatz und empfehle dem KMBA die baldige Inkraftsetzung der „Hilfe für den pastoralen Dienst der Militärseelsorger“.

In der sich anschließenden Aussprache wurde kritisiert, daß dem überwiegenden Teil der Delegierten, insbesondere auch Moderatoren von Arbeitskonferenzen, der Entwurf nicht bekannt war. Den Moderatoren wird deshalb ein Exemplar der Arbeitshilfe mit der Bitte um Thematisierung auf einer der nächsten Arbeitskonferenzen zugehen.

Der Vorsitzende nahm den Umstand der Nicht-Kenntnis der Arbeitshilfe zum Anlaß, ein seiner Meinung nach bestehendes strukturelles Defizit der organisierten Laienarbeit im Bereich der beratenden Gremien anzusprechen: Es fehle zwischen dem Vorstand der ZV und den örtlichen Pfarrgemeinderäten ein organisatorisches Element für die Zusammenarbeit mit der Zwischenebene „Wehrbereich“.

Im Plenum entstand eine längere Aussprache, in der unterschiedliche Wertungen und Einschätzungen zur Bedeutung und Funktion einer Arbeitskonferenz sowie zum Amt des Moderators deutlich wurden.

Die Delegierten erteilten dem Vorstand den Auftrag, zur näch-

sten ZV eine Untersuchung hinsichtlich der Einführung eines Organisationselementes auf Ebene des Wehrbereiches zur Beratung vorzulegen.

Missionarische Gemeindekirche Christentum im 3. Jahrtausend

Oberstleutnant Helmut Steinborn, Vorsitzender des Sachausschusses „Entwicklung, Friede, Mission, Umwelt“, stellte ein Informations- und Impulspapier „Missionarische Gemeindekirche – Christentum auf dem Weg ins 3. Jahrtausend“ vor. Diese Ausarbeitung des Sachausschusses ist im wesentlichen ein Literaturbericht, der Aussagen der Quellentexte „Gaudium et Spes“, „Missionarischer Dienst an der Welt“ (Beschluß der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland), „Redemptoris Missio“ (Enzyklika von Papst Johannes Paul II. zur Fortdauer des missionarischen Auftrages der Kirche) zum heutigen Missionsverständnis der katholischen Kirche sowie zum Missionsauftrag des Christen und der christlichen Gemeinde zusammenfaßt. Ergänzt wird diese Ausarbeitung von einem geschichtlichen Überblick über Entwicklungsstufen der Mission und das jeweilige Missionsverständnis.

Die Ausführungen wurden ohne Aussprache vom Plenum zur Kenntnis genommen.

Die Bedeutung der örtlichen Pfarrgemeinden für die Soldaten und ihre Familien – ein Diskussionsbeitrag

Frau Brigitte Mathias, Vorsitzende des Sachausschusses „Frau und Familie“ erinnerte in ihrer Vorstellung des Diskussionsbeitrages zunächst an die Auswertung des Fragekomplexes „Die Lage der Soldatenfamilien sowie Begleitung und Betreuung von Familienangehörigen versetzter Kameraden“ aus der Lagefeststellung zum organisierten Laienapostolat, den sie während der ZV 1995 vorgestellt hatte.

Die jetzt vom Sachausschuß „Frau und Familie“ erarbeitete Vorlage „Bedeutung der örtlichen Pfarrgemeinden für die Soldaten und ihre Familien – Förderung der

Integration“ stellt eine Fortführung dieser Überlegungen im Hinblick auf die Anbindung der Familie von Soldaten an die örtlichen Pfarrgemeinden dar. Der Sachausschuß betont, daß viele katholische Soldatenfamilien in den örtlichen Pfarrgemeinden ihre kirchlich-religiöse Heimat finden. Gerade aber in Diasporasituationen, bei internationalen Einsätzen und längerer dienstlicher Abwesenheit von Soldaten müsse Familienseelsorge weiterhin bzw. wieder ein pastoraler Schwerpunkt der Militärseelsorge bleiben.

Der vorliegende Diskussionsbeitrag richtet sich an alle haupt- und nebenamtlichen Militargeistlichen, an die Pastoralreferenten, die Pfarrhelfer sowie die organisierten Laien in Pfarrgemeinderäten und GKS-Kreisen. Es soll Anregung zu weiteren Erörterungen in den einzelnen Seelsorgebezirken sein.

Bericht der Arbeitsgruppe „Konzepte und Wege zum Pfarrgemeinderat 2000“

Stabsfeldwebel Walter Hütten berichtete ausführlich über den Stand der Beratungen in der Arbeitsgruppe „Konzepte und Wege zum Pfarrgemeinderat 2000“.

Zur besseren Einordnung der dort zu leistenden Arbeit rief er zunächst einige wichtige Daten in der Entwicklung der organisierten Laienarbeit der letzten 20 Jahre in Erinnerung und analysierte die veränderten Rahmenbedingungen unter denen die Katholische Militärseelsorge seit 1990 ihren Auftrag erfüllen muß. Diese Veränderungen zwängen auch zur Überarbeitung bzw. Anpassung der bischöflichen Ordnung für den Pfarrgemeinderat.

Hütten stellte einzelne Elemente einer möglichen neuen bzw. überarbeiteten Ordnung vor: Die Präambel, die beiden Sachbereiche (Pastoral und Laienapostolat) mit konkreten Aufgabenfeldern, in denen der „Pfarrgemeinderat“ tätig werden könne, die Frage der Bildung eines Rates und die Frage der Mitgliedschaft.

Die Arbeiten an der neuen Ordnung sind noch nicht abgeschlossen. (Ausführliche Darstellung der Ausführungen s.S. 14)

Wendeltreppe zum Schloßkeller im Rokokoteil von Schloß Hirschberg, ein begehbare, ästhetisches Kunstwerk, das selbst den Fensterausblick in ein Seitental der Altmühl in die Gesamtkomposition einschließt.

(Foto Luftbildverlag H. Bert-ram, München, nach Schnell, Kunstführer Nr. 639)

Die Personalplanung der Katholischen Militärseelsorge und die Neustrukturierung der Seelsorgebezirke

Militärdekan Walter Wakenhut unterrichtete die ZV umfassend über den Sachstand zur Personalplanung der Katholischen Militärseelsorge und zur Neustrukturierung der Seelsorgebezirke.

Folgende Planungsgrößen galt es zu berücksichtigen:

1. Die Anzahl Soldaten und ihre konfessionelle Bindung:
 - evangelisch 40 %,
 - katholisch 33 %,
 - konfessionell ungebunden oder nichtchristliche Religionszugehörigkeit 27 %.
2. Die größer gewordene Fläche des Bundesgebietes nach der Wiedervereinigung.
3. Die veränderten Aufgaben der Bundeswehr.
4. Den Rückgang der Priesterszahlen – auch in der Militärseelsorge.
5. Den Einsatz von Pastoralreferenten in der Militärseelsorge.

Um die Neuplanung (diese kann keine endgültige sein) auf einen möglichst breiten Grund zu stellen, wurden verschiedene Personen und Gremien konsultiert (Wehrbereichsdekane, Militärpfarrer, Pfarrhelfer, Priesterrat, Vorstand ZV). Grundanliegen war, eine flächendeckende Militärseelsorge zu erhalten und eine möglichst gute seelsorgliche Betreuung der Soldaten – insbesondere auch für solche, die an internationalen Einsätzen beteiligt sind, und deren



Familien – sicherzustellen. Planungsziel ist eine Anzahl von 92 Dienststellen der Katholischen Militärseelsorge im Jahre 2000 (derzeitiger Stand: 107). In Verhandlungen mit der staatlichen Seite (BMVg und BMF) muß diese Zahl noch bestätigt werden. Darüber hinaus sind in einem künftigen Seelsorgekonzept noch weitere Faktoren zu berücksichtigen, die sich unter verschiedenen Stichworten auflisten lassen:

- **Kooperative Pastoral:** Alle in der Militärseelsorge Tätigen, d.h. haupt-, neben- und ehrenamtliche Kräfte arbeiten eng zusammen.
- **Seelsorgeregion:** 2 oder 3 Standortpfarrer einer Region arbeiten eng zusammen und organisieren gemeinsam die Seelsorge ihrer Bereiche. Dies ist der genuine Ort, um einen Pastoralreferenten mit einzusetzen.
- **Spezialisierung:** Ein Pfarrer-Pool für besondere Aufgaben mit spezieller Ausbildung wird gebildet, z.B. zur seelsorglichen Begleitung der Soldaten bei in-

ternationalen Einsätzen.

- **Standortpfarrer im Nebenamt:** Auf ihre Mitarbeit muß verstärkt zurückgegriffen werden
- **Teilzeitmilitärpfarrer:** Ein neues Modell der Mitarbeit in der Militärseelsorge könnten Pfarrer sein, die zu 50 % in der Militärseelsorge und 50 % anderweitig (z.B. Pfarrgemeinde) tätig sind.
- **Einbindung in die örtlichen Pfarrgemeinden:** Der Kontakt zu den örtlichen Pfarrgemeinden und deren Seelsorgern muß gesucht werden.
- **Neue Qualität der Mitarbeit der Laien:** Laien stellen sich z.B. als Ansprechpartner für die Militärseelsorge an ihrem Arbeitsplatz, in der Kaserne zur Verfügung. Hier wäre darüber nachzudenken, ob solch ein Ansprechpartner eine förmliche noch

näher zu umschreibende Beauftragung seitens der Katholischen Militärseelsorge erhalten sollte.

In diesem Zusammenhang ist die Frage des Freistellens der ehrenamtlichen Mitarbeiter für Aufgaben der Militärseelsorge während der Dienstzeit aufgeworfen worden.

Die Personalentwicklung in der katholischen Militärseelsorge ist derzeit zufriedenstellend. Der Personalbestand konnte gehalten werden. Für ausscheidende Militärgeistliche und Pastoralreferenten kam Ersatz.

Militärdekan Wakenhut fordert die Anwesenden auf, die anstehenden Verhandlungen hinsichtlich der Anzahl der Dienststellen zu unterstützen. In den Bereichen, vor Ort, dort, wo immer einer tätig ist, sollte er den Wert der Militärseelsorge betonen und die freie Religionsausübung einfordern. Die organisierten Laien sollten immer wieder Möglichkeiten zur Unterstützung der Militärseelsorge und der Militärseelsorger in Erwägung ziehen.

Bericht über die Arbeit im ZdK

Oberstleutnant Helmut Jermer, Vertreter der ZV im ZdK, stellte zunächst das Selbstverständnis des ZdK dar. Eine wesentliche Aktivität des ZdK war im Berichtszeit die Reform der eigenen Struktur.

Aus der inhaltlichen Arbeit hob Herr Jermer hervor:

- die Auseinandersetzung mit dem Kruzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes,
- die Beschäftigung mit dem Kirchenvolksbegehren,
- eine Klausurtagung der „Gemeinsamen Konferenz“ zur kirchenrechtlich zwingenden Verbindung von Priesteramt und Ehelosigkeit,
- ein Wort zu Gaudium et Spes,
- die Woche für das Leben,
- den neuen Info-Dienst „Salzkörner“.

Wort des Vertreters des Priesterrates

Militärpfarrer Lang überbrachte die Grüße des Priesterrates und aller Militärseelsorger. Er schloß darin ausdrücklich die Pastoralreferenten und nebenamtlichen Militärpfarrer mit ein.

Er freue sich über jede Begegnung mit den Laien. Im vergangenen Jahr habe es viele Berührungspunkte gegeben. Viele Dinge seien miteinander bewerkstelligt worden.

Von Berührungspunkten allein zu sprechen, sei aber zu wenig. Man habe vielmehr zusammen gelebt, zusammen gearbeitet. Die Leistung der ehrenamtlichen Mitarbeiter müsse gewürdigt werden.

Die Militärpfarrer seien dazu da, um den ihnen anvertrauten Menschen zu dienen, so Pfarrer Lang. Diese Verpflichtung überschreite die konfessionelle Grenze. Die Seelsorger seien auch von Ungetauften angefragt.

Die Arbeit in der Kirche unter Soldaten fordere einen Seelsorger anders als einen Gemeindepfarrer.

Er bat die Laien um Unterstützung dort, wo Defizite festgestellt worden seien, z.B. bei der Durchführung von regelmäßigem Lebenskundlichem Unterricht.

Da viele Soldaten vermehrt an Übungen teilnehmen, stelle sich

die Frage, wie eine geregelte Seelsorge für Familien möglich sei.

Die Entfernungen im Seelsorgebezirk werden immer größer. Damit keine Arbeitszeit- und Arbeitskraftverluste zu Lasten der Seelsorge entstehen, müßten Entlastungen geschaffen werden, z.B. die zur Verfügungstellung eines Fahrers oder auch von technischen Geräten.

Pfarrer hätten oft nicht gelernt, im Team zu arbeiten. Daraus könnte eine gewisse Isolation folgen. Deshalb seien Zusammenschlüsse, eine Regionalisierung sinnvoll.

Als „Weggefährten“ der Pfarrer seien auch die Laien gefordert. Sie seien ebenbürtige Partner und Ansprechpartner für andere.

„Pfarrer sind keine Entertainer und keine Psychologen, die man ruft, wenn man sie braucht und wieder wegschickt, wenn man sie nicht mehr braucht“, betonte der Vertreter des Priesterrates.

Militärpfarrer Lang bat um die weitere Mitarbeit. Allerdings sei es zu wenig, wenn die Kirche nur als ein Arbeitsgremium fungiere. Alle müßten eine spirituelle Einheit bilden. Eine Einheit, die durch das Gebet verbunden sei und die sichtbar werde im gemeinsamen Handeln.

Ausblick

Ausgehend von der Erfahrung, daß die Delegierten sehr früh wissen wollen, was auf einer ZV besprochen werden soll, und andererseits es Anliegen des Vorstandes ist, die Delegierten früh mit den Beratungsthemen und -inhalten vertraut zu machen, faßte der Vorsitzende erste Erkenntnisse der diesjährigen ZV mit Blick auf das kommende Jahr zusammen.

So könnte die ZV 1997 u.a. folgende Tagesordnungspunkte haben:

- Wahl eines neuen Vorstandes
- Bildungsteil mit einem spirituellen Anstoß, der das gesamt-kirchliche Thema: Vorbereitung auf des Große Jubeljahr 2000 aufgreift
- Stand des neuen Seelsorgekonzeptes der Katholischen Militärseelsorge
- Neue Strukturen im organisierten Laienapostolat

- Stand der Beratungen für eine neue Ordnung des Pfarrgemeinderates
- Weiterführung der Aktion „Nachbarschaftshilfe der katholischen Soldaten“ mit neuem Projekt
- Fortführung des Themas Ökumene

In Bezug auf die Zusammensetzung der ZV selbst appellierte der Vorsitzende dahingehend, bei der Wahl der Delegierten den Anteil der Frauen zu steigern. Dieser sei in den letzten Jahren leider stetig zurückgegangen.

Abschließend dankte der Vorsitzende allen für ihr aktives Mittun bei den Beratungen und für ihre Meinungs- und Standpunktäußerungen, mit denen letztlich alle dem gleichen Ziel dienen wollten.

Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS vor der ZV (s.S. 16)

Bericht des Vorsitzenden der ZV an den Militärbischof über den Verlauf der Versammlung

Oberst i.G. Werner Bös unterrichtete den Herrn Militärbischof über Verlauf, Beratungsthemen und Beratungsergebnisse der ZV. Insbesondere erwähnte er:

- den geänderten zeitlichen Ablauf der ZV,
- die allgemeine Aufgabenstellung der ZV,
- die Eröffnungsrede des Militärgeneralvikars, in dem dieser sagte: „Nur gemeinsam geht es“,
- das Hauptthema des Bildungsteils: Ökumene, das die beiden Referenten umfassend dargestellt hätten, wobei auch Schwierigkeiten benannt und Handlungsfelder aufgezeigt wurden,
- Ergebnisse der Vorstandsarbeit seit der letzten ZV,
- den Verlauf der Nachbarschaftshilfe des Jahres 1995/96 und den Beschluß zur Weiterführung des Projektes Nitra in 1996/97,
- das Konzept zur Personalplanung und Neustrukturierung der Seelsorgebezirke,
- das Arbeitsergebnis der Arbeitsgruppe „Konzepte und Wege zum PGR 2000“,

- die Frage einer besseren und effektiveren Organisation der Laien auf der mittleren Ebene,
- das Wort des Vertreters des Priesterrates.

Der Vorsitzende dankte dem Militärbischof, Erzbischof Johannes Dyba, im Namen der Delegierten für sein Kommen und die Feier des sich nun anschließenden Gottesdienstes.

Wort des Militärbischofs

Der Militärbischof betonte, er freue sich, an der ZV teilnehmen zu können, und dankte allen für

ihr Engagement. Er wolle sich bei seinen Mitbrüdern weiterhin dafür einsetzen, daß sie der Militärseelsorge genügend Priester zur Verfügung stellen, damit die Gesamtzahl der Militärpfarrer nicht abnehme, während andererseits der Seelsorgebedarf zunehme. Er habe bei seinen Besuchen der Soldaten in Auslandseinsätzen die Erfahrung mitgenommen, daß die geistliche Assistenz gesucht und angenommen werde. Bei seinen Begegnungen mit hochrangigen Funktionsträgern der Bundeswehr thematisiere er, wann immer sich die Gelegenheit biete, das Engagement der Soldaten im organisierten Laien-

apostolat und weise auf die Bedeutung für die Militärseelsorge hin.

Hinsichtlich der Ökumene vertrat der Militärbischof den Standpunkt, man soll sie nicht zu leicht nehmen. Jeder müsse von seiner Seite her auf den Herrn zugehen. „Wir müßten uns so nah wie möglich kommen, aber auch so ernst wie möglich nehmen“, sagte der Militärbischof. Der gegenseitige Austausch sei auf jeden Fall zu begrüßen.

Erzbischof Dyba stimmte der Fortführung der Aktion „Nachbarschaftshilfe“ zu und wird zu einer entsprechenden Kollekte aufrufen.



(Foto F. Brockmeier)

„Wer sein Leben einsetzt, wird es gewinnen“

Pontifikalamt mit dem Militärbischof in der Marienkapelle von Schloß Hirschberg am 24. April

In Konzelebration mit den anwesenden Geistlichen feierte Erzbischof DDr. Johannes Dyba zum Abschluß der Beratungen der ZV mit geladenen Gästen, den Delegierten der ZV und den Teilnehmern der am nächsten Tag beginnenden Bundeskonferenz der GKS das Meßopfer. Die musikalische Gestaltung

hatte die Bläserbesetzung des Luftwaffenmusikkorps 1 unter Leitung von Feldwebel Richard Meindl übernommen. Die Lesung war der Apostelgeschichte „Verfolgung und Zerstreuung der Urgemeinde, Philippus als Missionar in Samaria“ (Apg 8.1b–8) und das Evangelium „Rede Jesu über das Brot des Lebens und die Auferweckung“ (Joh 6.35–40) entnommen.

In seiner Predigt berichtete der Militärbischof einleitend über seine Erfahrungen, die er bei Truppen-

und bei Missionsbesuchen vor allem im Ausland gemacht hat. Wenn er in Deutschland Standorte besuche, berichtete der Erzbischof, würden viele Besorgnisse darüber laut, was den Soldaten so am Herzen liege: örtliche Unterbringung, Familien seien durch Versetzungen und lange Trennungen betroffen, die Truppe fühle sich von den Politikern stiefmütterlich behandelt.

Bei seinen Besuchen im Ausland sei ihm jedoch aufgefallen, die Soldaten lebten unter wesentlich

härteren Bedingungen – fordern der Dienst, enge Unterbringung, wenige Fahrzeuge, kaum Freizeit –, dennoch gäbe es keine Klagen, nicht eine Beschwerde. Die Soldaten seien stolz auf die Herausforderungen, Neues und die Erlebnisse der Fremde führten zu einer Belastungsfähigkeit, wie sie im Heimatstandort nicht bekannt wäre, meinte der Militärbischof.

Parallele Erfahrungen habe er auch in der Kirche bei Verwendungen in der Mission gemacht. Was sich dort unter schwierigen Bedingungen tue, sei unvorstellbar, betonte er. Bis zum Umfallen würde

für die Menschen und für die Kirche gearbeitet. Das fänden die in der Mission eingesetzten Missionare und ihre Helfer normal. „Die gleichen Schwestern haben in Deutschland Schwierigkeiten mit ihrem Selbstverständnis, mit ihrer Rolle in der Kirche. Sie leiden unaussprechlich“, stellte der Erzbischof fest und folgerte daraus, „wer herausgefordert ist, hat mit sich selbst keine Last mehr. Heißt es doch in der Hl. Schrift 'Wer an seinem Leben hängt, verliert es. Wer sein Leben einsetzt („gering achtet“), wird es bewahren bis ins ewige Leben.' (Joh 12. 25). Aus-sich-

herausgehen in eine Sendung hinein, da lebt der Mensch auf, da wird ihm etwas hinzugeschenkt.“

Wer nach Jahren aus der Mission nach Deutschland zurückkomme, wundere sich über die Probleme zuhause, stellte Dyba fest und folgerte, wer die Herausforderung Gottes, den Dienst am Nächsten, annahme, der werde gesund.

Einen weiteren Gedanken seiner Predigt widmete der Erzbischof der Kritik an der kirchlichen Hierarchie. Nach seiner Ansicht ist die eigentliche Hierarchie in der Kirche die Nähe einer Person zu Gott. Wer heilig sei, wer seinen Platz am Herzen Gottes habe, habe auch seinen Platz in der Kirche. Wem Gott seinen Platz in der Kirche gezeigt habe, brauche sich nicht mehr aufzuregen. Worauf es heute ankomme, meinte der Erzbischof, daß jeder es spüre: „Gott meint mich, hat mich berufen. Wir sollen seinem Ruf folgen, aus uns herausgehen und viele glücklich machen, Kirche sein wollen und Christ sein wollen.“



Der Eichstätter Bischof Dr. Walter Mixa, und der Militärbischof, Erzbischof DDR. Johannes Dyba, im Gespräch während des Empfangs am Gästeband der 36. Woche der Begegnung (Foto F. Brockmeier)

Bischof Mixa: ... dann hat sich Ihr Dienst gelohnt

Der Militärbischof hatte alle zu einem Empfang nach dem Gottesdienst eingeladen. Unter den vielen Reden, die dazu nach der Begrüßung der Gäste durch den Bischöflichen Beauftragten für die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs, Prälat Walter Theis, gehalten wurden, stach die des Eichstätter Bischofs, Dr. Walter Mixa, besonders hervor. Denn der Bischof betonte eloquent und in sehr sympathischer Weise die Wichtigkeit des soldatischen Dienstes für den freiheitlichen Staat und seine Gesellschaft.

Bischof Mixa führte aus, daß nach seiner Meinung Adenauer eine weitsichtige Entscheidung getroffen hätte. Wenn die junge Re-

publik keine Verteidigungsbereitschaft gezeigt hätte, wäre das Verlangen des Kommunismus sicher größer gewesen, seinen Machtbereich bis zum Rhein auszudehnen. Vor sieben Jahren sei nicht nur eine gottlose und menschenverachtende Ideologie zusammengebrochen, sagte Mixa, sondern die Folgen seien für die Ausgebeuteten verheerend und hätten zu einer totalen geistigen Verwirrung geführt. Viele der betroffene Menschen litten unter Orientierungslosigkeit und sie hätten das Ziel für ihr Leben aus dem Auge verloren. Da sei der Dienst der Soldaten für die Gegenwart und die Zukunft von herausragender Bedeutung. Gerade die jungen Wehrpflichtigen hätten Anspruch auf menschliche, weltanschauliche und geistige Prä-

gung, meinte der Eichstätter Bischof. Die Chance sei, ihnen vom christlichen Menschen-, Gottes- und Weltbild her eine Alternative aufzuzeigen, weil diese zu einer sinnerfüllten und hoffnungsvollen Zukunft führe.

Bischof Mixa forderte deshalb dazu auf, Gleichgesinnte zu sammeln, Erfahrungen in größeren Gruppen auszutauschen und den begründeten Glauben an den einen Gott zu stärken, der in menschlicher Weise sich in Christus gezeigt hat. Gesammelt und bestärkt in der Treue zu Gott, versehen mit christlichen Selbst- und Sendungsbewußtsein könnten wir orientierungslosen Menschen helfen. Wenn katholische Soldaten so verstanden einen „Beitrag zur Stabilisierung der Gesellschaft leisten, dann hat sich Ihr Dienst hier gelohnt und wird sicher durch Gott belohnt“, schloß Bischof Mixa seine mit Wärme gehaltene, kurze Ansprache.

Grußwort des Bundesvorsitzenden der GKS beim Empfang des Militärbischofs

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten hat sich in diesem Jahr ganz bewußt für ein Thema entschieden, das sich gegen die religiöse Gleichgültigkeit wendet – eine Gleichgültigkeit, die viele Menschen heute dahin bringt, so zu leben und zu handeln, als ob es Gott nicht gäbe. Dieser Verlust eines transzendenten Sinnes der menschlichen Existenz führt zu Verwirrungen im ethischen Bereich, vor allem bei den Grundwerten der Achtung der Person, des Lebens und der Familie.

Neben dieser Gleichgültigkeit macht sich gerade auch bei engagierten Christen eine Unsicherheit breit, von der im täglichen Alltag die persönliche Lebensführung, die Spiritualität und die Glaubensfestigkeit des einzelnen ebenso betroffen sind, wie die Bereitschaft zum Hören auf das kirchliche Lehramt.

In solchen Zeiten der Gleichgültigkeit und der Unsicherheit kommt es für uns als Angehörige der Gemeinschaft Katholischer Soldaten besonders darauf an, persön-

lich Zeugnis abzulegen für unseren Glauben, und aus diesem Glauben heraus stets dafür einzutreten, wertorientiert und ethisch-sittlich verantwortlich zu handeln.

Die GKS wird sich deshalb weiterhin nachdrücklich dafür einsetzen, daß die Soldaten der Bundeswehr ihren Dienst in den Streitkräften als einen Beitrag zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens und für die Sicherheit und Freiheit der Völker ansehen und ausüben.

Die GKS bejaht grundsätzlich Friedensmissionen der Vereinten Nationen oder auch der NATO und die dafür notwendigen Auslandseinsätze, an denen sich auch die Bundeswehr beteiligen soll. Bundeswehrsoldaten stehen selbstverständlich zu diesen und für diese Aufgaben bereit, wenn die Rahmenbedingungen politisch, ethisch und rechtlich fundiert sind. Auf ihrer morgen beginnenden Bundeskonferenz wird die GKS eine Erklärung verabschieden, die im einzelnen unsere Position und unsere Forderungen an die verantwortli-

chen Politiker und Soldaten nachhaltig darstellt und dokumentiert – speziell bezogen auf die Einsätze der Krisenreaktionskräfte.

Wir melden uns hier bewußt auch kritisch zu Wort – als ein katholischer Verband, der sich auf den Glauben der katholischen Kirche gründet und sich besonders an den Ergebnissen des II. Vatikanischen Konzils und an der Friedenslehre der katholischen Kirche orientiert.

Die Pflicht zum Frieden ist für uns oberstes ethisches Gebot. Wir stimmen darin überein, daß Politik Frieden zu wahren, zu fördern und zu gestalten hat, sowohl im Inneren wie nach außen.

Ebenso unbestritten ist für uns, daß Frieden mehr ist als die Abwesenheit von Krieg. Echter Friede entsteht, wenn Freiheit, Recht und Gerechtigkeit herrschen, wenn die Würde des Menschen geachtet wird, wenn Toleranz und Solidarität geübt werden und wenn die Natur bewahrt wird.

Im Vertrauen auf unseren Glauben wollen wir als Angehörige der GKS persönlich Zeugnis ablegen und unseren Beitrag zum Frieden leisten. (Karl-Jürgen Klein)



Die leitenden Geistlichen und die leitenden Laien der Militärseelsorge im Dialog, v.l. Bundesvorsitzender der GKS Karl-Jürgen Klein, Militärbischof Johannes Dyba, Vorsitzender der ZV Werner Bös, und Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld
(Foto F. Brockmeier)

Konzepte und Wege zum Pfarrgemeinderat 2000

Walter Hütten

Wofür das Jahr 2000 nicht alles herhalten muß. Vieles bereiten wir heute vor und wollen, daß ab dem Jahr 2000 alles besser wird. Hoffentlich auch die Festigung unserer Basis, der Glaube an Jesus Christus!

Anfänge der Rätearbeit

Bei der Vorbereitung dieser Woche der Begegnung wurde mir bewußt, daß im Jahre 1976 ich an meiner ersten Woche der Begegnung teilgenommen habe, also vor genau 20 Jahren.

Ich kann mich noch gut an die Stimmung erinnern, die damals herrschte. Auch wir, die Vertreter des organisierten Laienapostolates in der Katholischen Militärseelsorge, damals noch getragen von sogenannten Beratern Ausschüssen und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, waren in einer Aufbruchstimmung. Das Zweite Vatikanische Konzil war gerade 10 Jahre vorüber und die Ergebnisse der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland warteten auf die Umsetzung in den Gemeinden.

Endlich wurde anerkannt, daß die Laien am Heils- und Weltauftrag der Kirche mitzuwirken haben. Keine Aufgabe, die uns von den Amtsträgern in der Kirche übertragen wurde, nein, Taufe und Firmung befähigen uns dazu, anders ausgedrückt: Taufe und Firmung verpflichten uns dazu.

Mehrere Jahre wurden Ordnungen entworfen und in den Gremien auf allen Ebenen diskutiert. Endlich hat der Bischof diese dann in kraft gesetzt. Auf der Grundlage der Ordnungen wurde dann gewählt, beraten, beschlossen, also mitgearbeitet. Wir konnten uns nun anderen, genauso wichtigen Aufgaben zuwenden. Aufgaben, die uns heute noch beschäftigen. Es sind, nur um einige zu nennen, neben der Friedensethik, das Zölibat, Priestertum der Frau, Bewahrung der Schöpfung. Ihr könnt diese Aufzählung noch erweitern.

Eingetretene Veränderungen, ...

Doch – völlig überraschend mußten wir alle feststellen, daß das Interesse an dem organisierten Laienapostolat rapide nachläßt. Die Beteiligung an den letzten Wahlen zu den Pfarrgemeinderäten ist ein deutliches Zeichen dafür. Selbst bei Briefwahlen war in vielen Seelsorgebezirken ein starker Rückgang zu verzeichnen.

Aufgeschreckt sagten wir, die Ordnungen sind zu starr, und Wahlen sind in unserer besonderen Situation zu schwierig.

Diesem Mangel wollten wir abhelfen. Angeregt vom Leiter des Referats V („Kirche und Gemeinde“) im KMBA, Militärdekan Prälat Theis, bildete der Vorstand der Zentralen Versammlung gemeinsam mit dem Priesterrat eine Gruppe, die diese Ordnung den heutigen Erfordernissen anpassen sollte – ja, gemeinsam mit dem Priesterrat. Dies zeigt uns, auch den Priestern ist daran gelegen, daß das organisierte Laienapostolat, hier der Rat, seine Funktion wahrnimmt.

Bei der Analyse stellten wir auch fest: Das Bild der Militärseelsorge hat sich wesentlich verändert. Es sind schon fast Binsenwahrheiten. – Aber wir sollten sie uns noch einmal vor Augen führen, da sie auch Auswirkungen auf die Laienarbeit in der Katholischen Militärseelsorge haben.

Bis zum Jahre 1990 hatten wir in der Bundeswehr und folglich auch in der Militärseelsorge eine Situation, die sich 35 Jahre lang nicht wesentlich verändert hat. Vorgegebene Elemente waren für uns:

- ein Gebiet bestehend aus zehn Bundesländern,
- eine Personalstärke von 495.000 Soldaten, davon 50 % katholische Soldaten,
- eine Dauer des Grundwehrdienstes von 18 bzw. 12 Monaten,
- rund 120 Seelsorgebezirke,
- eine starke Identifikation mit

der Militärseelsorge in den Standorten, weniger mit den Ortsgemeinden,

- eine Laienstruktur, die auf den Aussagen des II. Vatikanischen Konzils und der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland basierte und im Bewußtsein der Christen war,
- Laien, die in der Jugendbewegung der fünfziger und sechziger Jahre groß wurden,
- eine enge Verknüpfung Räte – Verband.

..., neue Rahmenbedingungen

Die Wiedervereinigung Deutschlands und der daraus resultierenden Verringerung der Streitkräfte wandelten das Bild grundlegend.

Heute müssen wir von folgenden Tatsachen ausgehen:

- ein Gebiet bestehend aus 16 Bundesländern,
- Erweiterung des Auftrages der Bundeswehr,
- eine Personalstärke von 340.000 Soldaten, davon nur ca. 1/3 katholische Soldaten,
- eine Dauer des Grundwehrdienstes von nur noch 10 Monaten, bei einer heimatnahen Einberufung der Grundwehrendienstleistenden,
- weniger Priester aufgrund des Priestermangels,
- die Bindungen der Soldaten an die Ortsgemeinden haben sich verstärkt,
- eine Individualisierung der Gläubigen und vielfach ein anderes Bild von Laienmitverantwortung,
- eine stärkere Betonung der Eigenständigkeit des Verbandes „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“.

... erfordern Überdenken

Diese neue Situation führte in der Kurie des Katholischen Militärbischofs zu Überlegungen für eine Anpassung der Aufgaben der Katholischen Militärseelsorge. Die

Konsequenzen daraus führen zu einer (um nur wenige zu nennen)

- Verringerung der Seelsorgebezirke,
- Prüfung der pastoralen Dienste (Stichwort: Seelsorgebezirksanalyse),
- Erhöhung des Anteils hauptamtlicher Laien,
- stärkere Einbindung der Ortsgeistlichen in die Militärseelsorge (Stichwort: Nebenamtliche Militärgeistliche).

Doch einstimmig stellten wir fest, auch unter den veränderten Rahmenbedingungen hat das organisierte Laienapostolat seinen Platz – haben die Räte ihre Aufgaben wahrzunehmen. In mehreren Sitzungen hat die Arbeitsgruppe einen Vorschlag einer neuen Ordnung entworfen. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen und somit kann ich heute nur ein Zwischenergebnis vorstellen

Selbstverständnis des Laienapostolats

Bevor ich zu den Aufgaben komme, möchte ich die Präambel der neuen Ordnung vorstellen, die das Selbstverständnis der Laien und der Laienarbeit beinhaltet:

„Durch Taufe und Firmung ist jeder Christ aufgefordert – als Einzelner oder indem er sich mit anderen zusammenschließt –, am Heils- und Weltauftrag der Kirche mitzuwirken.

Den besonderen Lebensbedingungen und Bedürfnissen der Soldaten und ihrer Familien entsprechend, teilt der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr seinen Jurisdiktionsbereich in Seelsorgebezirke ein, die in Strukturen und Aufgabenstellungen von denen der Pfarrgemeinden abweichen.“

Ich sage noch einmal: Seelsorgebezirke sind nicht mit Pfarrgemeinden identisch. In der Präambel sagen wir aber:

„Der Rat entspricht in seinem Selbstverständnis dem Pfarrgemeinderat der Ortskirche.“

„Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist auf der Ebene der Seelsorgebezirke als Gremium der Mitverantwortung

und der Mitwirkung ein Rat einzurichten.“

Nun verweisen wir nochmals auf das II. Vatikanische Konzil und auf die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland.

Aufgaben der Räte

Jetzt zu den Aufgaben. Der Rat hat die Aufgabe, je nach Sachbereichen beratend oder beschließend mitzuwirken, so stand es schon in der alten Ordnung. Nur – die Sachbereiche waren nicht definiert.

Wir unterscheiden den Sachbereich Pastoral und den Sachbereich Laienapostolat. Im Sachbereich Pastoral unterstützen wir den Militärgeistlichen und beraten ihn, im Bereich des Laienapostolats wird der Rat in eigener Verantwortung tätig, unbeschadet der Eigenständigkeit der Gruppen und Verbände.

Entsprechend den Sachbereichen findet der Rat seine Aufgabenfelder. Dabei orientiert er sich an der jeweiligen konkreten Situation des Seelsorgebezirkes und setzt sich für die Durchführung der Aufgaben Schwerpunkte.

Als Aufgabenfelder im **Sachbereich „Pastoral“**, in denen der Militärgeistliche als der vom Militärbischof entsandte Seelsorger besondere Verantwortung trägt, sehen wir:

- die Einheit des Seelsorgebezirkes sowie die Einheit mit dem Militärbischof,
- die rechte Verkündigung der Heilsbotschaft,
- die Feier der Liturgie und die Spendung der Sakramente,
- die Bemühungen um die Einheit der Christen und die Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften.

Im **Sachbereich „Laienapostolat“**, in denen die Laien beson-

dere Verantwortung tragen für die Sendung der Kirche, sind die Aufgabenfelder:

- Bewußtsein für die Mitverantwortung im Seelsorgebezirk wecken und aktivieren,
- Kontakte zu den Suchenden, Enttäuschten, Fernstehenden und Ausgetretenen aufnehmen,
- Kontakte mit Menschen anderen Glaubens oder Nicht-Glaubenden suchen,
- den Dienst im caritativen und sozialen Bereich fördern,
- gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklungen und Probleme beobachten, sie überdenken und rechtzeitig sachgerechte Vorschläge einbringen, sowie entsprechende Maßnahmen beschließen,
- Interessen der Katholiken in der Öffentlichkeit vertreten,
- Weltpolitisches Engagement,
- Organisiertes Laienapostolat.

Dann gibt es noch Aufgabenfelder, in denen sich beide Sachbereiche überschneiden und die deshalb mit besonderer Sorgfalt angegangen werden müssen. Es sind dies:

- Verbindung zur Orts- und Weltkirche fördern,
- Mitbeteiligung bei der Erstellung des Haushaltsplanes,
- Mitgestaltung von Vakanzzeiten,
- Anhörung bei Neubesetzungen.

Über die Bildung und Zusammensetzung des Rates sind wir noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis gekommen. Dies wird Aufgabe der nächsten Sitzungen der Arbeitsgruppe sein. Darüber wird dann später berichtet.

Dankbar sind die Mitglieder für Vorschläge und Ergänzungen, insbesondere bei den Aufgabenfeldern und konkreten Aufgaben. Da benötigen wir Ihre Erfahrungen und Mitarbeit.

BLICK ÜBER DEN ZAUN

Pfarrgemeinderat

Der Pfarrer wird verpflichtet, den PGR in wichtigen Fragen anzuhören. Der PGR erhält das Recht, durch seinen Rat zur Entscheidung beizutragen, und die Pflicht, sein Anhörungsrecht wahrzunehmen.

Der Pfarrer hat die Pflicht, sachlich zu begründen, wenn er dem Rat des PGR nicht folgt. Der Bischof soll Regelungen schaffen, damit Pfarrgemeinderäten, die sich begründet über den Pfarrer beschwerten, geholfen werden kann. Aus: Schlußvotum 1.8 des Pastoralgesprächs im Erzbistum Köln, Februar 1996

Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS vor der Zentralen Versammlung

*Exzellenz,
verehrter Herr Militärbischof,*

während der letzten Bundeskonferenz 1995 in Waldfischbach-Burgalben wurde ich durch den Bundesvorstand zum neuen Bundesvorsitzenden der GKS als Nachfolger von Oberst Jürgen Bringmann gewählt. Während dieser Bundeskonferenz konnten nach einem langen und zähen, dynamischen Prozeß, an dem die Basis sehr wesentlich beteiligt war, die „Ziele und Wege der Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ neu definiert werden. Hiermit hat die GKS dem gesellschaftlichen Wandel bezüglich der Verbandsstruktur im deutschen Katholizismus sehr deutlich Rechnung getragen – sie ist selbständiger und eigenverantwortlicher geworden.

Diese Neudefinition der Ziele und Wege des Verbandes machte gleichzeitig eine Überarbeitung der „Ordnung“ und der „Geschäftsordnung“ notwendig. Ich danke Ihnen, Exzellenz, daß Sie als unser Militärbischof inzwischen die Änderungen innerhalb der „Ordnung der GKS“ offiziell gebilligt haben. Für mich persönlich hat sich bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Arbeitsweise auf der Grundlage der neugefaßten Ordnung und der Geschäftsordnung voll bewährt.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit des Verbandes auch auf dem finanziellen Sektor seit dem 1. Januar 1996 besonders erwähnen. Wir sind uns bewußt, daß dies eine erhöhte Verantwortung bedeutet, mit den uns für unsere Aufgaben, die ich durchaus auch als missionarisch und pastoral sowie berufsethisch bezeichnen möchte, anvertrauten Mitteln sorgsam – und das heißt auch sparsam – umzugehen.

Selbständigkeit bedeutet auch selbständiges und umfangreiches Arbeiten – hier speziell auf der Bundesebene. So bin ich persönlich besonders dankbar für die ak-

tive Unterstützung der täglichen Arbeit durch den Referenten beim Bundesvorstand, den Bundesgeschäftsführer und die beiden Redakteure AUFTRAG. Nur aufgrund dieser Unterstützung bin ich in der Lage, neben meiner Haupttätigkeit als Kommandeur eines Instandsetzungsregimentes die Funktion des Bundesvorsitzenden ehrenamtlich zu erfüllen.

Gerade in der Verbandsarbeit halte ich des Ehrenamt für unersetzbar und unbedingt notwendig; dennoch muß ich feststellen, daß es Aufgaben und Aufträge in einem Verband gibt, die durch einen rein ehrenamtlichen Einsatz nicht mehr erfüllt werden können. Hier können und müssen wir von den anderen katholischen Verbänden lernen.

Nach meiner Wahl zum Bundesvorsitzenden im letzten Jahr habe ich sechs Themenfelder als Schwerpunkte meiner zukünftigen Arbeit formuliert, die ich hier nochmals kurz erwähnen möchte:

1. Auseinandersetzung mit dem Selbstverständnis als Soldat der Bundeswehr und den damit einhergehenden friedensethischen Fragen.
2. Unterstützung und Verbesserung der Arbeit an der Basis durch den Bundesvorstand und die ihm zugeordneten Gremien.
3. Unterstützung der Militärfarrer vor Ort, die als Geistliche Beiräte unsere Arbeit begleiten und unterstützen.
4. Zusammenarbeit mit den örtlichen Pfarrgemeinderäten in den einzelnen Seelsorgebezirken.
5. Auswirkungen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten auf die Gesellschaft.
6. Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, gerade auch im internationalen Bereich.

Zwei Themenbereiche liegen mir besonders am Herzen: das ist einmal unsere Basisarbeit ganz unten vor Ort, und das ist zum zweiten die Unterstützung unserer

Militärfarrer. Wir brauchen sie – aber ich denke, sie brauchen auch uns. Das gilt besonders für die Mitarbeit in Standorten, wo jetzt kein Militärfarrer mehr ist oder wo er die Truppe im Einsatz begleitet. Hier wollen wir uns einbringen, besonders auch bei der Betreuung der Familien der Soldaten im Einsatz.

Wenn es uns als Verband gelingt – einem jeden in seinem privaten und dienstlichen Umfeld –, diese Gedanken verständlich zu machen und überzubringen, uns für diese Aufgaben zu engagieren, mache ich mir um Zuwachs an neuen GKS-Mitgliedern keine Sorgen. Die GKS ist eine Gemeinschaft, die Freude, Hoffnung und Zuversicht verbreiten will; gefragt ist hierfür der glaubhafte Zeuge. Zeugnis kann aber nur derjenige geben, der selbst überzeugt ist.

In vielen persönlichen Gesprächen mit unseren (Wehr-)Bereichsdekanen vor Ort habe ich eine positive Affinität und Zuspruch zu unserem Verband feststellen können, besonders dort, wo sie durch aktive GKS-Mitglieder Unterstützung und Hilfe erfahren durften. Hier glaube ich, einen Wandel im Verständnis in Bezug auf den Verband feststellen zu können, was uns große Freude und Dankbarkeit bereitet. Für die Unterstützung als Geistliche Beiräte sowohl bei den örtlichen Kreisen als auch auf (Wehr-)Bereichsebene möchte ich besonders danken. Und damit möchte ich gerade Ihnen, Herr Erzbischof, Dank sagen, daß Sie als unser Militärbischof und oberster Geistlicher in der Militärseelsorge unsere Arbeit so nachdrücklich unterstützen, immer für uns da sind und in der Ihnen eigenen Art für uns eintreten – in der Kirche wie in der Öffentlichkeit. Wir wissen, was wir an Ihnen haben.

Die GKS wird in diesem Jahr daher zwei neue Bücher herausgeben, die besonders für die Arbeit nach innen, aber auch für die ge-

sellschaftliche Auseinandersetzung, also die Außenwirkung, geeignet sind. Am Freitag werden wir das Buch von Pater Professor Dr. Karl-Heinz Ditzer mit dem Titel „Soldatischer Dienst im Wandel – Zwischenrufe zu aktuellen Fragen“ vorstellen.

Das Buch hat eine Reihe von Vorträgen und Aufsätzen zum Inhalt, die sich u.a. beschäftigen mit den Konsequenzen des soldatischen Dienstes im erweiterten Aufgabenspektrum, mit dem soldatischen Dienst aus ethischer Sicht und den psychologischen Aspekten bei möglichen Einsätzen.

Neu herausgegeben wurde unter der redaktionellen Leitung von Herrn Oberst a.D. Jürgen Bringmann – Referent beim Bundesvorstand – das Buch „Soldaten als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ mit einem Vorwort von Ihnen, Exzellenz, zum Thema „Christ und Soldat heute“. Dieses Buch enthält sämtliche Erklärungen und Äußerungen der GKS, aber auch viele aus der katholischen Kirche und den katholischen Verbänden, zu grundsätzlichen Themenbereichen soldatischen Dienstes sowie zu aktuellen Geschehnissen. Sowohl für die Arbeit an der Basis als auch für die persönliche Auseinandersetzung und die Argumentation nach außen ist dieses Buch eine sehr wertvolle Hilfe.

Basisarbeit ist das eine, Arbeit – besonders Bildungsarbeit – auf regionaler und Bundesebene ist eine andere wichtige Aufgabe, der wir uns stellen.

So führen wir nun seit Jahren die „Seminare zur Bewältigung der dritten Lebensphase“ für vor der Pensionierung stehende Soldaten und ihre Frauen durch – zwei- bis dreimal im Jahr, mit großem Anklang und ein wenig Neid bei unseren evangelischen Kameraden, die so etwas auch gern hätten. Unser Oberstleutnant a.D. Tenschert, der dieses Projekt durchführte, starb leider im März während des letzten Seminars in Nürnberg mit nur 63 Jahren – er wird uns fehlen. Zwei andere Oberstleutnante a.D., Heinrich Havermann und Volker Traßl, werden sein Werk weiterführen.

Hier möchte ich hinzufügen und unterstreichen, daß die GKS froh ist, in ihren Reihen auch Sol-

daten a.D. zu haben – wir brauchen sie dringend für unsere Arbeit, aber sie sollen auch bei uns nach ihrer Dienstzeit noch eine Heimat in dem Bereich haben, dem sie zeitlebens verbunden waren.

Schulung unserer Funktionsträger, also der Vorsitzenden und Ansprechpartner auf den verschiedenen Ebenen, erscheint uns wichtig. So führen wir für diesen Personenkreis im Juni in Bensberg ein Weiterbildungsseminar durch – nach dem Motto „Von nun an sollt ihr Menschen fischen“ – denn das gilt auch für die GKS.



Damit ist erstmals das Ziel, vor allem jüngere Offiziere und Unteroffiziere anzusprechen, erreicht worden.

Zwei Bereiche möchte ich zum Schluß noch erwähnen. Der erste ist die Zusammenarbeit mit anderen katholischen Verbänden und Gremien. Wir pflegen sie bewußt, gerade auch dann, wenn wir unterschiedlicher Auffassung in Einzelfragen sind. So wird uns in diesem Bereich in der kommenden Zeit besonders die Diskussion um die Allgemeine Wehrpflicht beschäftigen, sei es im Gespräch mit dem BDKJ oder Pax Christi, sei es in der Ständigen Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ von *Justitia et Pax*, sei es auch international.

Aufmerksam – locker – engagiert,
so präsentierte sich der Vorsitzende der GKS, Karl-Jürgen Klein, bei der Bundeskonferenz. (Foto F. Brockmeier)

Internationale Zusammenarbeit ist der zweite wichtige Bereich, den es zu pflegen gilt. Dies ist bilateral beispielsweise durch unsere enge Zusammenarbeit mit Österreich und Spanien der Fall, bei Tagungen, internationalen Soldatenwallfahrten nach Santiago de Compostela und anderen Gelegenheiten.

Und wir arbeiten aktiv im Apostolat Militaire International (AMI) mit, dem internationalen Zusammenschluß katholischer Soldaten aus vielen Ländern und vier Kontinenten. Derzeit hat Deutschland ja auch im sechsten Jahr noch das Präsidium des AMI inne – und ab 1997 werden wir auf Wunsch Italiens, das für die Präsidentschaft kandidiert, wohl das Generalsekretariat führen.

Schon jetzt freuen wir uns – und hier kommen nationale und internationale Arbeit und Demonstration für unseren Glauben zusammen – auf eine große Soldatenwallfahrt nach Rom im Heiligen Jahr 2000, die das Katholische Militärbischofsamt mit uns zusammen und möglichst im internationalen Rahmen des AMI durchführen will.

Wir schauen also zuversichtlich in die Zukunft – wir werden's schon packen, auch wenn der Wind derzeit etwas stärker weht – mit Gottes und, wie ich glaube, sicherlich auch weiterhin mit Ihrer Hilfe.

Die Akademie Oberst Helmut Korn als alle zwei Jahre in Zusammenarbeit mit dem Bonifatiushaus in Fulda durchgeführte Bildungs- und Motivationsveranstaltung ist Ihnen als dem Hausherrn in Fulda und regelmäßigem Gastgeber bei dieser Akademie ja bestens bekannt. Vom 6. bis 10. November 1995 führte die GKS das 5. Seminar durch. Ziel der Akademie ist es nach wie vor, in einer ungezwungenen Atmosphäre und losgelöst von den Alltagspflichten jüngeren Offizieren und Unteroffizieren Wege durch des Spannungsfeld Beruf – Politik und Religion – Ethik aufzuzeigen. Mit dem Thema „50 Jahre nach Kriegsende – Krisen überwinden, Verständigung finden“ wollte die GKS dem Gedächtnisjahr 1995 Tribut zollen.

Diese fünfte Akademie zählte 55 ständige Teilnehmer. Das Durchschnittsalter lag bei 32,74 Jahren.

Ökumene – bleibende Verpflichtung, aktuelle Schwerpunkte, Möglichkeiten und Probleme

Gerhard Voss



I. Ökumene hat Priorität – warum?

In seiner Ökumene-Enzyklika „Ut unum sint“ (vom 25.5.1995) und immer wieder auch in seinen Ansprachen hat Papst Johannes Paul II. gesagt, Ökumene habe für ihn pastorale Priorität; d.h. Seelsorge muß primär ökumenisch sein. Und der Papst hat bekräftigt, daß der ökumenische Prozeß, den das Zweite Vatikanische Konzil grundgelegt hat, unumkehrbar sei. Warum diese unumkehrbare Priorität der Ökumene?

1. Einen ersten Grund gibt uns das Wort Jesu, das der Papst zum Titel seiner Enzyklika gemacht hat: *ut unum sint*; deutsch: daß sie eins seien. Das ist aus dem sogenannten Hohenpriesterlichen Gebet Jesu im Abendmahlssaal genommen (Joh 17). Es ist zugleich so etwas wie ein Vermächtnis Jesu: Alle, die an ihn glauben, sollen eins sein, vollendet sein in der Einheit – und zwar „wie Du, Vater, in mir bist und ich in Dir bin“. Die Einheit, um die Christus bittet und die damit auch Gebot für seine Kirche ist, hat ihr Urbild und ihren vorgegebenen Lebensgrund in der innergöttlichen Liebes- und Lebensgemeinschaft.

2. Diese Einheit ist nicht nur Gebot, sie ist – das ist der zweite Grund für die Ökumene – von Gott her schon vorgegeben durch Vorgaben, die Gott gesetzt hat und setzt als Grund ökumenischer Einheit. Das ist:

- a. die Taufe: durch sie sind wir Christus eingegliedert, sind wir Glieder am Leib Christi, gehören wir zusammen mit allen, die ebenfalls getauft sind – ob wir das wollen oder nicht: Wir sind wie Glieder an ein und demselben Leib.
- b. Unser Leben als Christen ist geprägt durch den Glauben; und

der kommt aus dem Hören auf das Wort Gottes. Auch dieses verbindet uns. Unser Glaube lebt aus dem Hören auf dasselbe Wort Gottes, wie es uns in der Bibel überliefert ist. Wir haben in den verschiedenen Kirchen dasselbe Glaubensbekenntnis, dieselben ethischen Gebote und daraus erwachsenen Verpflichtungen in der Verantwortung des Glaubens.

c. Lebendigen Glauben gibt es nur durch den Heiligen Geist, der „Herr ist und lebendig macht“. Wir müssen und können feststellen, daß es „Früchte des Geistes“ (vgl. Gal 5,22), daß es ein Wirken des Heiligen Geistes auch außerhalb der Grenzen unserer Kirche gibt. Geistliches Leben, Gebet, Hoffnung und Liebe, Vertrauen und Zuversicht und auch ein mutiges Eintreten für den Glauben bis hin zum Martyrium, das gibt es auch in den nichtkatholischen Kirchen.

Die Wirkungen der Taufe, des Wortes Gottes und des Heiligen Geistes zeigen, daß Gott selbst die Gläubigen über die Konfessionsgrenzen hinaus verbunden hat. Für sie alle gilt: Sie sollen eins sein.

Das Zweite Vatikanische Konzil hat dem Rechnung getragen. Vorher hat man sehr undifferenziert gesagt: Die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche, die wir im Glaubensbekenntnis als die Gemeinschaft der Heiligen, als die Gemeinschaft des Heils in Jesus

I. Ökumene hat Priorität – warum?

II. Faktisch ist die Christenheit gespalten – wieso?

1. Besinnung auf den Ursprung
2. Blick in die Geschichte
3. Ökumenische Korrekturen

III. Ökumene lernen, um sie zu leben – wo?

1. Ökumenische Gemeinschaft als Glaubensgemeinschaft
2. Ökumenische Gemeinschaft als Gottesdienstgemeinschaft
3. Ökumenische Gemeinschaft als Zeugnisgemeinschaft

Christus bekennen, das ist die katholische Kirche, so wie sie juristisch – mit dem Papst an der Spitze – in der Welt verfaßt ist. Das Zweite Vatikanische Konzil sagt: Die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche ist in der katholischen Kirche verwirklicht (Kirchenkonstitution, Nr. 8). Das heißt, als Glied der katholischen Kirche darf ich im Glauben gewiß sein, in der Heilsgemeinde Christi zu sein und dort alles vorzufinden, was zum Heil notwendig ist. Aber Verwirklichung dieser einen Kirche Jesu Christi gibt es auch in den anderen christlichen Kirchen und Konfessionen. Das Konzil wollte sich damals nicht festlegen, wieweit es in jeder einzelnen dieser Gemeinschaften in vollem Sinn Kirche ver-

wirklicht sah. Aber es sagt ganz klar: Sie sind Mittel des Heils (Ökumenismusdekret, Nr. 3). Auch die gläubigen Christen in diesen Kirchen sind auf dem Weg des Heils, sind Glieder am Leib Christi. Angesichts des Grabens zwischen Glauben und Unglauben, letztlich zwischen Leben und Tod, stehen sie auf unserer Seite: Wir müssen um sie besorgt sein, wie wir auch innerhalb unserer Kirche um unsere Mitchristen besorgt sind; aber sie dürfen nicht Objekte unseres missionarischen Eifers sein, als wären sie Ungläubige oder Irrgläubige. Ja, im Blick auf das ewige Heil dürfen wir gelassen sein: Ob jemand katholisch, evangelisch oder orthodox ist, das ist keine primäre Frage. Primär ist die Frage, ob er an Christus glaubt. Alle, die getauft sind und glauben, sagt das Zweite Vatikanische Konzil, stehen mit uns in einer wahren und wirklichen, wenn auch noch nicht vollkommenen Gemeinschaft.

3. Es gibt noch einen dritten Grund für die pastorale Priorität der Ökumene. Für die Welt, von außen betrachtet also, gehören die Christen längst zusammen: in dem, was den Christen vorgeworfen wird, aber vielleicht auch in den Erwartungen, die man an die Christen hat. Das Christentum ist in unserer Gesellschaft nicht mehr die Selbstverständlichkeit, sondern eine Minderheit. Wir haben in der Welt – grob gesprochen – ein dreifaches Gegenüber:

- Zum einen gibt es neben dem Christentum noch andere große Religionen: das Judentum, das für das Christentum als sein Wurzelboden eine besondere Bedeutung hat, dann den Islam und die fernöstlichen Religionen, nicht zu vergessen die traditionellen Stammesreligionen, die in manchen Gegenden der Erde heute noch eine Rolle spielen.

- Die Gläubigen aller Religionen und wir Christen Westeuropas besonders stehen heute – zweitens – einer säkularisierten, gott-losen Welt gegenüber. Glaube ist da Privatsache. Und diese Privatsache des einen – das ist die herrschende Meinung – darf den anderen nicht stören. Das ist Religionsfrei-

heit, wie die säkularisierte Welt sie versteht. Diese Säkularisierung wird immer aggressiver. Ich erinnere an das Kruzifixurteil des Bundesverfassungsgerichtes und die Einführung des Faches LER (Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde), also einer unverbindlichen ethischen und religionskundlichen Information, statt des kirchlich gebundenen Religionsunterrichtes in Brandenburg.

- In dieser säkularisierten Welt hat der christliche Glaube noch ein drittes Gegenüber bekommen: eine Fülle neuer religiöser und pseudoreligiöser Angebote, die wir als Irrwege bezeichnen müssen, die aber mehr und mehr gesellschaftliche Relevanz bekommen und den Kirchen ihre bisherige religiöse Monopolstellung streitig machen. In Berlin sind die Zeugen Jehovas inzwischen als Körperschaft öffentlichen Rechts anerkannt worden.

Wenn ich nun sage, in dieser Welt gehörten die christlichen Kirchen sozusagen automatisch zusammen, dann nicht, weil ich meine, diese Welt sei für sie gemeinsam eine Gefahr. Dem steht die verheißungsvolle Ermutigung Christi gegenüber (vgl. Joh 14,27; 16,33): Habt keine Angst! Auch nicht, weil ich meine, in dieser Welt müsse man eben nach Koalitionspartnern Ausschau halten, um sich vereint besser durchsetzen zu können. Damit würden sich die Kirchen auf die Spielchen weltlicher Mächte einlassen. Und da müssen sie sich doch sehr ernsthaft und ehrlich fragen, wieweit sie das dürfen in der Nachfolge Jesu. Nein; aber die Bitte Jesu, daß alle eins seien, enthält einen wichtigen Nachsatz: „... damit die Welt glaubt, daß du mich gesandt hast“ (Joh 17,21). Die christliche Einheit muß als solche sichtbar und erfahrbar sein, und diese Sichtbarkeit ist das Zeugnis dafür, daß Christus der Gesandte Gottes ist. Mangelnde Einheit ist eine Karikatur der Botschaft, daß Gott die Welt so sehr liebt, daß Er seinen Sohn in die Welt gesandt hat, damit die Welt zum Leben kommt, Versöhnung und Frieden findet und geheilt wird. Das Christentum ist nur überzeugend, wenn es die gelebte Alternative ist zu all den Mächen-

schaften, die den Menschen in dieser Welt zum Fremden, zum „Unbehausten“ machen. Ökumene meint – wörtlich übersetzt –, daß die Kirche in dieser Welt für alle Menschen ein „Zuhause“ sein will. Deshalb hat Ökumene seelsorgerliche Priorität. Es geht um ein Zuhause, ein „Bleiben-Können“, das bestimmt ist von der Liebe Gottes, in der jeder und jede aufgehoben ist und eine göttliche Führung und Fügung im eigenen Leben erkennt und die Hoffnung haben darf auf erfülltes Leben.

Die Kirche als Alternative, dazu gehört dann auch, daß sie einen besonderen Blick hat für die zerstörerischen Mächte, die in einem und einer jeden von uns wirksam sind – die Sünde; dazu gehört weiter, daß sie im Glauben an Gott als Schöpfer, Befreier und Erhalter der Welt auch eine besondere ethische Verantwortung kennt für das Leben, für alle Menschen, für die ganze Schöpfung. Faktisch haben die Kirchen in unserem Land hier ja auch gemeinsame Zeichen gesetzt: Ich erinnere an die gemeinsame Schrift: „Gott ist ein Freund des Lebens. Herausforderungen und Aufgaben beim Schutz des Lebens“ (1989), an das Diskussionspapier „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen“, an die „Woche für das Leben“, die gemeinsam durchgeführt wird, an die Ökumenische Versammlung in Erfurt (13.–16.06.96) unter dem Thema: „Versöhnung suchen – Leben gewinnen“, an die früheren Ökumenischen Versammlungen des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Es ist nicht so, als ob wir Christen für alle Fragen eine Lösung oder gar die bessere Lösung hätten. Aber es ist ein entscheidender Unterschied, ob man von Gott her denkt – in Verantwortung Ihm gegenüber – oder rücksichtslos nur vom eigenen Vorteil her. Und es ist nochmals ein Unterschied, ob dieser Gott für mich ein Du ist oder ein anonym mythischer Weltgeist, von dem her es keine klare Unterscheidung zwischen Tod und Leben gibt, keine entschiedene Hoffnung auf eine ewige Vollen-

II. Faktisch ist die Christenheit gespalten – wieso?

1. Besinnung auf den Ursprung

Am Anfang des Christentums steht eine Person: Jesus Christus, der den Anspruch erhebt, der Weg, die Wahrheit und das Leben zu sein. Am Anfang steht nicht wie im Islam ein Buch, von Gott dem Propheten diktiert. Was uns von Jesus überliefert ist, hat nicht Er geschrieben oder diktiert. Die Evangelisten waren nicht Sekretäre Gottes oder Sekretäre Jesu, nicht seine Pressesprecher oder Biographen. Am Anfang steht eine Person, die lehrend umherzog und den Anspruch erhob, von Gott ausgegangen zu sein, von Gott in diese Welt gesandt zu sein, selbst Gott in Person, Gottes Sohn zu sein und den Weg zu verkünden, der zu Gott, zum Vater hinführt, so daß die Nachfolge in der Gemeinschaft mit Ihm der Weg zum ewigen Leben ist. Wer in dieser Nachfolge steht, muß wissen:

- a. Diese göttliche Botschaft steht quer zu den Machenschaften der Welt und erregt ihren Widerspruch. Das ist unvermeidbar. Da kann es keinen Kompromiß geben. Denn es geht um Leben oder Tod.
- b. Die Lebensverheißung, die Lebensfähigkeit dieser Botschaft zeigt sich, bewährt sich in der Extremsituation am Kreuz Jesu. Die christliche Botschaft ist in ihrem Kern die Bezeugung der Auferstehung, durch die der Tod überwunden ist, die Frohe Botschaft von der Erneuerung des Lebens. Wenn wir das Zeugnis von der Auferstehung uns zueigen machen, dann verändert es unser ganzes Leben von Grund auf.
- c. Diejenigen, die diese Botschaft bezeugen, bilden eine Gemeinschaft: die Jüngergemeinde. Innerhalb dieser gibt es verschiedene Gnadengaben, Begabungen und Dienste und die besondere Berufung zu dem Amt, das in besonderer Weise für die apostolische Überlieferung zuständig ist.
- d. Die überlieferte Botschaft zu verstehen, ist nur möglich im Heiligen Geist. Er führt in alle

Wahrheit ein – in den unterschiedlichen Lebenssituationen, die letztlich ja nie in ein Lehrsystem einzufangen sind. Das kommt in den Schriften des Neuen Testamentes darin zum Ausdruck, daß sie nicht verschiedene Kapitel einer systematischen Lehrdarstellung sind, sondern daß sich in ihnen eine geschichtlich gewachsene menschliche Vielfalt widerspiegelt: vier Evangelien, die Briefe des Apostels Paulus und eine Reihe von Schriften anderer Autoren. Sie repräsentieren verschiedene Gemeinden mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund: zum einen Gemeinden, die ganz in der jüdischen Tradition verwurzelt sind, dann Gemeinden, deren Mitglieder bekehrte Heiden sind, deren Denken sehr viel mehr griechisch-hellenistisch geprägt ist. Es spiegeln sich soziale Unterschiede und auch unterschiedliche Generationen in den Schriften des Neuen Testamentes wider: eine Vielfalt, die grundsätzlich offen ist für die ganze Menschheit. Wir nennen das die Katholizität der Kirche. Und doch enthält keine der Schriften nur ein Stück des Evangeliums. Alle bezeugen sie das Ganze: menschliches Leben, das geprägt ist von einer innigen Beziehung zu Jesus Christus. Die Perspektiven, die Probleme, auf die sie eingehen, sind verschiedenen. Da ergänzen sie sich.

Sehr früh hat es auch schon Schriften gegeben, von denen andere dann sagten: Das ist eigentlich nicht die Frohe Botschaft Jesu Christi; vieles in diesen Schriften ist sehr schön gesagt; aber aufs Ganze spricht aus ihnen nicht der Geist Jesu Christi. Man nennt solche Schriften apokryph. Gemeinsam sind die Kirchen überzeugt, daß es ein vom Heiligen Geist geleiteter Prozeß war in den ersten zwei bis drei Jahrhunderten der Kirchengeschichte, in der Aufbauphase der Kirche sozusagen, ein Prozeß, in dem sich definitiv herausgebildet hat, was wir den Kanon der Heiligen Schriften des Neuen und (aus christlicher Per-

spektive) Alten Testamentes nennen, die Entscheidung also, was zur Heiligen Schrift gehört und was nicht.

Im Neuen Testament haben wir wie im Alten Testament also eine Einheit in gewachsener Verschiedenheit und Vielfalt, die aber zugleich eine Grenze hat. Insofern ist das Neue Testament das Urmodell der Einheit der Kirche. In dem vom Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen 1993 herausgegebene Direktorium zur Ausführung der Prinzipien und Normen über den Ökumenismus, kurz „ökumenisches Direktorium“ genannt, heißt es, daß die Einheit, die das Ziel der ökumenischen Bewegung ist, „in keiner Weise fordert, die reiche Vielfalt der Spiritualität, der Ordnung, der liturgischen Riten und der theologischen Darstellung der geoffenbarten Wahrheit, die unter den Christen gewachsen ist, aufzugeben, sofern diese Verschiedenheit der apostolischen Tradition treu bleibt“ (Nr. 20).

„Sofern diese Verschiedenheit der apostolischen Tradition treu bleibt“: Hier ist die Grenze, und hier ist natürlich eine ganz entscheidende Quelle von Konflikten, wenn die einen das bei anderen nicht mehr zu erkennen vermögen, daß auch diese anderen mit ihrer anderen Glaubenspraxis trotzdem noch treu in der apostolischen Tradition stehen. Menschliches Verstehen hat Grenzen, und nur zu oft hat auch der Wille, füreinander Verständnis zu haben, allzu enge Grenzen. Unverständnis füreinander und daraus folgende Spaltungen „entstanden oft nicht ohne Schuld der Menschen auf beiden Seiten“, sagt das Ökumenische Direktorium (Nr. 18). Es wiederholt damit nur, was schon das Zweite Vatikanische Konzil festgestellt hat.

Zunächst möchte ich jedoch noch einmal festhalten: Im christlichen Glauben geht es primär nicht um bestimmte Glaubenssätze und Vorschriften, sondern um die gelebte Beziehung zu Christus als einer in der Kirche durch den Heiligen Geist lebendigen Person. Die besonderen Wirkweisen seiner Gegenwart sind:

- das uns überlieferte, Ihn bezeugende Wort der Heiligen Schrift;
- die uns überlieferten Symbole

Seiner Gegenwart, die Sakramente;

- die ordnungsgemäß weitergegebene apostolische Vollmacht als Qualifikation des Leitungsamtes. Weide meine Schafe, sagt Jesus zu Petrus; und zu allen Aposteln: Wem ihr die Sünden nachlaßt, dem sind sie nachgelassen; wem ihr sie nicht nachlaßt, dem sind sie nicht nachgelassen.

Zu diesen institutionellen Weisen der Vergegenwärtigung Christi muß als belebendes Element das charismatische Wirken des Heiligen Geistes kommen, also das Miteinander der Charismen, der Gnadengaben des Heiligen Geistes, ihr Miteinander in der Gemeinschaft der Glaubenden zur gegenseitigen Auferbauung.

Diese vier Weisen der Vergegenwärtigung Christi im Zusammenspiel von *Institution* und *Charisma* sind konstitutiv für die Gemeinschaft, die wir die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche nennen. Die Kirche ist Institution mit Heiliger Schrift, Sakramenten und geistlichem Amt. Diese Institution ist tot, wenn nicht der Heilige Geist durch seine Gnadengaben in ihr Leben schafft. Was ich eben für die einzelnen Schriften des Neuen Testaments sagte, gilt analog auch hier: In jeder Ortskirche ist die ganze Kirche da. Und doch bilden alle Ortskirchen zusammen die eine Gesamtkirche in ihrer Vielfalt.

Die Vielfalt, die Katholizität, ist jedoch nicht nur ein Kennzeichen der Gesamtkirche; auch die Ortskirche muß grundsätzlich offen sein, muß einladend sein für alle, die sich in ihr einfinden. Es darf darin eigentlich keine Marginalexistenzen geben. Natürlich gilt

auch hier, daß die Schuld oft auf beiden Seiten liegt. Aber oft ist es so, daß kirchliche Defizite Menschen einfach aus der Kirche heraustreiben oder in eine bestimmte Ecke treiben. Wenn jemand auf der Suche ist nach geistlichem Leben, in seiner Gemeinde aber nur äußerliche Aktivität findet, keinen Bibelkreis, keinen Gebetskreis, dann übt vielleicht eine charismatische Gruppe auf ihn eine besondere Faszination aus, und schon gilt er nur zu oft als Außenseiter.

2. Blick in die Geschichte

Ein erster Konflikt zeichnete sich schon in der Urkirche ab, der Konflikt zwischen Judenchristen und Heidenchristen: Wie weit gilt weiterhin das Gesetz des Mose? Die Spaltung zwischen dem ursprünglichen Volk Gottes Israel, das Christus ablehnt, und dem neuen Bundesvolk der Kirche Christi, diese Spaltung geht bis in die Wurzel und ist durch eine lange Geschichte des Antisemitismus sehr vertieft worden.

Die Apostelgeschichte zeigt uns den Weg des Evangeliums von Jerusalem nach Rom, der Hauptstadt des damaligen römischen Weltreiches, das sich stolz „die Oikumene“ nannte und das sich rund ums Mittelmeer in der griechischen Sprache verständigte, weshalb das Neue Testament griechisch geschrieben ist (heute wäre es vielleicht englisch geschrieben worden). Das Evangelium gelangte sehr früh zu den alten Kulturvölkern, die dem römischen Imperium einverleibt waren oder daran angrenzten: Ägypten; Syrien, Mesopotamien und Persien; Armenien. Diese Länder haben das Evangelium nicht – wie wir in Deutschland – über Rom empfangen, sondern

sehr viel direkter. Das christliche Leben hat in diesen Kulturräumen seine genuin eigene Form gefunden, vor allem auch in Sprache, religiöser Dichtung und Musik, im Gottesdienst und in der philosophischen Denkweise. Das hat seine Auswirkung gehabt, z.B., als es darum ging, die Menschwerdung des Sohnes Gottes begrifflich zu fassen – eine Person in zwei Naturen, wie wir sagen; oder die Dreifaltigkeit – drei Personen, doch eine göttliche Natur: Für die Ägypter, für die koptischen Christen, wie sie sich nennen, klang das, als handle es sich um drei Götter, um eine Göttertrias, wie wir sie des öfteren im alten, vorchristlichen Ägypten dargestellt finden. Hier kam es zu gegenseitigen Mißverständnissen, und aufgrund der politischen Spannungen kam es damals eigentlich auch nicht wirklich zur Kommunikation. Mehr als 1500 Jahre haben wir die Christen in den genannten Ländern als Irrgläubige bezeichnet – als Monophysiten oder Nestorianer. Sie waren weit weg. Heute leben sie auch unter uns. Heute ist beiderseits anerkannt – als Frucht intensiver Dialoge in den letzten 20 Jahren: Das waren Mißverständnisse; was im Glauben gemeint ist, das ist identisch.

Innerhalb des Römischen Reiches kam es 1054 zum Bruch zwischen den Orthodoxen im Osten Europas und dem lateinisch sprechenden Abendland. Anlaß waren ursprünglich keine Glaubensfragen, jedenfalls keine von solchem Gewicht, daß sie zur Spaltung hätten führen müssen. Ost und West anerkannte dieselben Konzilien. Aber es kamen verschiedene Faktoren zusammen, zumeist nicht-theologischer Art – „nichttheologische Faktoren der Spaltung“, wie

Aufmerksame Zuhörer im Plenum der Bundeskonferenz bei den Ökumene-Vorträgen.

Untere Reihe v.l.: OTL Manfred Rotter, Arbeitsgemeinschaft Kath. Soldaten Österreichs, StFw a.D. Werner Ermiler, Vertreter des Diözesanrats Eichstätt, Msgr. Peter Raffoth, Kath. Wehrbereichsdekan VI, Oberst a.D. Jürgen Bringmann, Präsident Apostolat Militaire International, OTL Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, Bundesvorsitzender der GKS, und StFw Walter Hütten stellvertretender Bundesvorsitzender.

(Foto F. Brockmeier)



wir heute sagen. Am meisten von theologischem Gewicht ist noch der Mentalitätsunterschied, den man an zwei Begriffen festmachen kann: Im Osten haben wir es mit einem auf griechischem Boden gewachsenen Denken zu tun. Ein griechischer Lieblingsbegriff ist *kosmos*: die Welt als ein Kosmos, ein harmonisches Miteinander. Das alte Griechenland war ein föderalistisches Miteinander verschiedener Stadtrepubliken. Und so verstand und versteht sich die Kirche im Osten als ein Miteinander der verschiedenen Patriarchate, unter denen es höchstens so etwas wie einen Ehrenvorsitz gibt. Als dann die osteuropäischen Länder von Konstantinopel (heute Istanbul) aus das Christentum annahmen, da durften sie als wichtigsten Ausdruck ihrer eigenen Kultur ihre Sprache gebrauchen. Anders im Westen: Wie im Osten *kosmos*, so ist im lateinischen Westen der entsprechende Lieblingsbegriff *ordo*. Doch *Ordo* ist etwas anderes als *Kosmos*. *Ordo* meint: Das Miteinander muß seine feste Ordnung haben. Und eine solche hatte sich geschichtlich als wirksam erwiesen. Nur mit einer festen Ordnung war es zum römischen Weltreich gekommen. Zu dieser festen Ordnung gehörte im Abendland die einheitliche lateinische Sprache, mit der für die Völker Westeuropas zugleich der Anschluß an die Kulturtradition gegeben war.

Das Selbstverständnis des römischen Papsttums, sein Anspruch auf Primat, hat hier also seinen natürlichen Boden. Theologisch konnte es darauf zurückgreifen, daß in Rom die Gräber der Apostel Petrus und Paulus waren, vor allem natürlich das Grab des Petrus, dem im Neuen Testament eine Sonderrolle zukommt. Eine führende Rolle Roms haben die Ostkirchen immer anerkannt, aber nicht eine so zentralistisch konzipierte, wie sie sich in Rom herausgebildet hat: daß der Papst die Aufgabe hat, die anderen Bischöfe zu beaufsichtigen. Die Orthodoxen waren und sind da sehr empfindlich – die Evangelischen auch, doch davon später. Die Orthodoxen haben nicht vergessen, daß sich mit Karl dem Großen im Westen neben dem Papst gleich auch noch ein eigener Kaiser etabliert hat mit dem

Anspruch, Kaiser des Römischen Reiches zu sein. Einen solchen gab es im Osten schließlich noch. Die Orthodoxen haben auch nicht vergessen, daß die westlichen Kreuzzugsheere Konstantinopel zerstört und seine Reichtümer in den Westen geschleppt haben und daß sich bei uns im Westen ein innerweltliches Fortschrittsdenken durchgesetzt hat, das heute auch – wie sie meinen – den ursprünglich mehr geistlich-meditativen Osten bedroht.

Die Schwierigkeiten heute im Verhältnis zwischen der Katholischen Kirche und den Orthodoxen Kirchen in Osteuropa sind ohne den geschichtlichen Hintergrund nicht zu verstehen. Vieles, was lange zurückliegt, ist im traditionsbewußten Osten im Gedächtnis noch lebendig und hat zu Mythenbildungen geführt. Mythen haben es an sich, auf der eigenen Seite immer nur Opfer und höchstens Helden zu sehen und die Täter immer auf der anderen Seite. Was die Geschichte angeht, ist noch vieles gemeinsam aufzuarbeiten. Dazu bedarf es großer Sensibilität angesichts der geschichtlichen Verwundungen. Was das Papsttum angeht, hat Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika „*Ut unum sint*“ ausdrücklich dazu eingeladen, mit ihm den Dialog darüber aufzunehmen, wie sein Dienst aussehen müßte. Denn er weiß, was auch schon Papst Paul VI. gesagt hat, daß das Papstamt, das nach katholischem Verständnis ein Dienst an der Einheit ist, ökumenisch gesehen eines der schwierigsten Probleme ist.

Einen Fall, wo im Neuen Testament zwei Autoren sich zu widersprechen scheinen, haben wir bei Paulus und Jakobus: Paulus betont engagiert, daß der Glaube allein es ist, durch den wir das Heil erlangen, daß uns unsere Werke nichts nützen (vgl. Gal 2,16), im Gegenteil: Sie sind ein leerer Versuch, sich selbst zu rühmen vor Gott. Im Grunde wird man dann zum Sklaven, zum Gefangenen der eigenen Ruhmsucht. Man ist immer ängstlich hin und her gerissen, ob, was man vorzuweisen hat, auch reicht zur Rechtfertigung. Jakobus dagegen sagt: Was nützt der bloße Glaube, wenn er nicht seinen Ausdruck findet in konkreten Werken, im konkreten Tun (vgl. Jak 2,14-

26). Er bleibt rein intellektuelles Fürwahrhalten. Zunächst klingt, was Paulus und Jakobus sagen, wie ein Widerspruch, und doch haben beide recht. Paulus wendet sich gegen die, die meinen, sie könnten sich den Himmel verdienen. Nein, sagt Paulus, unser Heil hat allein im gnädigen Erbarmen Gottes seinen Grund, in seiner unergründlichen Liebe. Jakobus hat ein anderes Problem. Er wendet sich gegen die, die den Glauben, besser: die *das* Glauben zu billig verstehen, als könnte es einen Glauben geben, der sich auf den Kopf beschränkt und nicht auch im Leben Früchte bringen müßte.

Dieser scheinbare Widerspruch ist aktuell geworden in der Reformation, in der Frage der Reformation: Was läßt den sündigen Menschen vor Gott bestehen? In der spätmittelalterlichen Frömmigkeit hatten manche Dinge einen Stellenwert gewonnen, durch den nicht mehr ganz deutlich wurde, daß unser Heil seinen Grund hat in Christus allein. Da können und brauchen wir nicht nachzuhelfen durch Ablass, Wallfahrten, Anrufung der Heiligen, Messe-lesen-Lassen. Luther hatte das persönlich erfahren, daß das immer neu Angst macht, wenn ich mich fragen muß: Habe ich alles richtig gemacht, habe ich alle Gnadenmittel genügend genutzt? Für wirkliches Vertrauen ist in solcher Frömmigkeit kein Platz. Deswegen, sagte Luther, muß das alles weg; das ist Magie; da läuft man im Grunde falschen Sicherheiten, falschen Göttern nach. Konzentriere dich auf das, worauf es allein ankommt. Diese reformatorische Einsicht war für viele Christen damals eine Befreiung.

Viele in Rom begriffen freilich nicht, worum es Luther ging. Auch hier spielten Mentalitätsfragen mit. Andererseits hat Luther seine negativen Erfahrungen absolut gesetzt und viele gewachsene Formen der Frömmigkeit, die durchaus Ausdruck wahrhaft christlichen Lebens sein können, allzu pauschal verurteilt. Schließlich muß ja mit Wallfahrten, mit der Anrufung der Heiligen oder mit der Fürbitte für Verstorbene in der Heiligen Messe nicht die Vorstellung eines im Grunde ungeistlichen und sehr veräußerlichten Heilsautomatismus gegeben sein.

Daß das nicht der Fall ist, muß freilich sichergestellt sein. Die Frage der Rechtfertigung, wie Luther sagt, die Frage, was mich vor Gott bestehen läßt, war für ihn die entscheidende Frage, von der her alles andere zu beurteilen ist.

Die Radikalität Luthers und seine Ungeduld auf der einen Seite und, daß sein Anliegen nicht verstanden wurde, auf der anderen Seite, das führte zu gegenseitigen Verurteilungen und für Luther dann auch zur Infragestellung der kirchlichen, insbesondere der päpstlichen Lehrautorität: „Wie kann der Papst solch magische Frömmigkeit zulassen, ja noch fördern? Da wird er ja gleichsam zum Antichrist, der die Gläubigen in die Irre führt.“ Die befreiende geistliche Erfahrung, ohne alles Verdienst vor Gott sein zu dürfen, geborgen in der Liebe Christi vor Gott keine Angst haben zu müssen, eine Erfahrung, die ja zweifellos das Werk des Heiligen Geistes ist, diese geistliche Erfahrung wurde für Luther zu einem wesentlichen Kriterium des rechten Glaubens. Luther ruft in Erinnerung, daß nicht nur die kirchlichen Amtsträger, sondern alle Gläubigen in ihrer Berufung zum gemeinsamen Priestertum (vgl. 1 Petr 2,9) aus dem Hören auf das Wort Gottes leben und dazu vom Heiligen Geist befähigt sind. In der nachreformatorischen Polarisierung hat die katholische Kirche dann sehr einseitig eine Gegenposition bezogen: Wo führt das hin, wenn es keine verbindliche Amtsautorität mehr gibt, wenn jeder glaubt, was seine subjektive Erfahrung ihm sagt! Man sorgte dafür, daß die Gläubigen möglichst nicht selbst und allein die Heilige Schrift lesen. Und der barocke Katholizismus hatte zwar viele Mißstände abgestellt; aber gerade jetzt erst recht wurden Frömmigkeitsformen entwickelt, die den evangelischen Christen zumindest verdächtig sein mußten.

1555 war mit dem Augsburger Religionsfrieden das Luthertum reichsrechtlich offiziell als kirchliche Konfession zugelassen worden. Damit war die Einheit von Reich und Kirche zerbrochen. Im kleinen

galt diese Einheit aber weiter: Gemäß dem Grundsatz *cuius regio eius religio* war das Bekenntnis des Landesherrn für alle Untertanen verbindlich. Wer sich nicht fügte, mußte auswandern. So haben wir dann in ganz Deutschland, ja in ganz Europa getrennte religiöse Welten, die in sich aber ganz geschlossen waren. Und diese konfessionalistische Form des Christentums wurde durch die Kolonialmächte in die ganze Welt transportiert. Mission wurde zum Konkurrenzunternehmen.

Bischof Lehmann: Ökumenische Kooperation schreitet voran

Die ökumenische Zusammenarbeit schreitet nach Auffassung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, „im ganzen“ voran. Die Kooperation zwischen Katholiken und Protestanten habe sich erweitert, ganz besonders um gemeinsame Aussagen und Impulse in den „sozialethischen Gestaltungsfragen“, sagte Lehmann am 28. Juni 1996 in Mainz bei einem Grußwort zur 12. Tagung der Kirchen-Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. „Ich weiß, daß das Tempo vielen zu langsam ist und daß man ihre Ungeduld nicht übersehen darf“, so der Bischof. Lese man aber die beim jüngsten Deutschlandbesuch von Papst Johannes Paul II. gemachten Aussagen genauer, dann gebe es auch hier viele Impulse, die das gemeinsam Erarbeitete „bestätigen, stärken, verdichten und weiter ermutigen“. Der ökumenische Fortschritt bewege sich zur Zeit gewiß nicht mit Riesenschritten, greife aber in die Tiefe und die Breite des kirchlichen Lebens. (KNA)

In der Neuen Welt fand sich genügend Platz auch für die neuen konfessionellen Gruppierungen, die in Europa nicht zugelassen waren, die es heute freilich auch bei uns gibt: die sogenannten Freikirchen. Dazu gehören zum einen solche, die eine deutliche Trennung zwischen Kirche und weltlicher Gesellschaft betonen, die darum die Taufe erst spenden, wenn eine bewußte Glaubensentscheidung gefallen ist: die Mennoniten und Baptisten. Zu den Freikirchen gehören zweitens solche Gemeinschaften, denen die missionarische Präsenz unter den

Randgruppen der Gesellschaft wichtiger ist als ein kirchliches Establishment, z. B. die Methodisten und die Heilsarmee. Drittens sind hier charismatische Gruppierungen zu nennen.

Die katholische und die evangelische Kirche entwickelten in ihren geschlossenen Gebieten, auch in ihrer jeweiligen Diaspora, in der sie sich als Minderheiten von den anderen abschlossen, ein ausgesprochenes Binnenklima, ein konfessionalistisches Milieu, und das katholische Milieu war sehr verschieden vom evangelischen.

Es gibt darüber eine interessante Studie, eine „soziologische Analyse konfessioneller Kultur“ von Gerhard Schmidchen unter dem Titel „Protestanten und Katholiken“ (Bern/München 1973). Milieu hat meist mit Mief zu tun. Viele fühlen sich darin wohl; es gibt ihnen Geborgenheit. Anderen ist das zu eng. Geschlossenes Milieu ist ein Mistbeet sowohl für Fundamentalismus wie für Säkularisation.

Das Zweite Vatikanische Konzil wollte die Fenster aufmachen und die Polarisierungen überwinden, weil das Evangelium ein Evangelium für die Welt ist. Es hat darum neu bedacht, was Kirche im tiefsten Wesen ist – Kirche in der Welt von heute. Dazu gehören drei Themen, die das Konzil je in einer eigenen Erklärung behandelt hat: Ökumene – Nichtchristliche Religionen – Religionsfreiheit (als Ausdruck der Würde der menschlichen Person und der notwendigen Freiheit jeder Glaubensentscheidung).

3. Ökumenische Korrekturen

Das Zweite Vatikanische Konzil hat die Polarisierungen der Geschichte überwunden, indem es wichtige Anliegen Luthers aufgenommen hat. Es betont die Priorität der Heiligen Schrift, betont aber auch, daß man sie lesen muß in dem in der Kirche überlieferten Verständnishorizont. Es betont die Einbindung des Papsttums in die Kollegialität der Bischöfe. Es betont neben dem besonderen geistlichen Amt das gemeinsame Priestertum

aller Gläubigen. Es führte die volkssprachige Liturgie ein, so daß nun viele Lieder reformatorischer Autoren auch im katholischen Gesangbuch ihren Platz haben.

Vor allem leitete es eine neue Sicht der kirchlichen Glaubenssätze ein. Kirchliche Glaubensentscheidungen und Vorschriften müssen in ihrem geschichtlichen Zusammenhang verstanden werden. Man muß mitbedenken, von welchen Lehrmeinungen, Vorstellungen und Trends sie ursprünglich abgrenzen sollten, wovor sie warnen sollten. Sie sind also zu verstehen als Hilfen auf dem Weg des Glaubens. Sie machen das Gewissen nicht überflüssig. Im Gegenteil. Es kann nicht alles von oben her geregelt werden. Da kann nur ein Rahmen abgesteckt werden, können nur Fixpunkte gegeben werden. Wenn es um die Frage geht, wie ich mich persönlich in einer konkreten Situation zu verhalten habe, dann gibt es meist noch sehr viel mitzubedenken. Letztendlich muß ich selbst zu einer Entscheidung kommen. Letzte Instanz ist mein Gewissen (vgl. II. Vaticanum, Kirche und Welt, Nr. 16). Ich habe freilich die Gewissenspflicht, mein Gewissen in seiner Verantwortung zu bilden. Mit dem Gewissen richtig umgehen ist nicht der leichtere, sondern der schwerere, der verantwortlichere Weg. Da kann ich mich nicht verstecken.

Das Zweite Vatikanische Konzil kam nicht aus heiterem Himmel. Es war von unten vorbereitet durch die ökumenische Bewegung, die es schon vorher gab, durch die liturgische Bewegung, auch durch eine Neuentdeckung der Orthodoxie und ihres geistlichen Reichtums. Die Orthodoxie als dritter Gesprächspartner hat wesentlich dazu beigetragen, katholisch-evangelische Polarisierungen zu überwinden.

Das gilt für das Verständnis der Eucharistie: Katholischerseits haben wir immer von den Wandlungsworten gesprochen und damit zum Ausdruck gebracht, daß in der Eucharistie die Gegenwart Christi gegeben ist kraft dieser vom Priester gesprochenen Worte. Es konnte dann für uns zum Problem werden – und war es vor 40 Jahren noch –, was geschieht, wenn etwa ein gültig geweihter, aber

vom Glauben abgefallener Priester in einem Bäckerladen diese Worte über die Brote im Regal spricht. Evangelische Theologen sahen in dieser katholischen Position einen Sakramentsautomatismus, der an Magie grenzt. Die Gefahr eines magischen Mißverständnisses ist jedoch gebannt, seit uns in der Begegnung mit der Orthodoxie wieder deutlicher geworden ist, daß die Eucharistie als kirchliche Feier des dankbaren Lobpreises Gottes, unseres Schöpfers, und des Gedächtnisses unseres in Jesus Christus gewirkten Heiles zugleich auch „Epiklese“ ist, d.h., Herabrufung des Heiligen Geistes. Er ist es, der die lebendige Gegenwart Christi wirkt. Er, der „Herr ist und lebendig macht“, behält aber auch die Souveränität in Seinem Wirken, so sehr Er uns zugesichert ist, wenn wir die Sakramente der Kirche empfangen.

Umgekehrt war für Katholiken nicht mehr ein Ernstnehmen der Gegenwart Christi erkennbar, wenn sie sahen, daß evangelische Pfarrer nach ihrer Abendmahlsfeier so mit den übriggebliebenen Elementen umgingen, als sei mit ihnen nichts geschehen. Es war ihnen kaum verständlich, daß sie das nicht aufgrund mangelnden Glaubens an die Gegenwart Christi taten, sondern – in Abhebung von der typisch katholischen Eucharistieverehrung – in der reformatorischen Überzeugung, daß diese Gegenwart verbunden ist mit dem Essen des Brotes und dem Trinken aus dem Kelche. Die gemeinsame Besinnung hat auch hier zu einem Wandel geführt.

Aufgrund jahrzehntelanger Dialoge haben wir heute ein gemeinsames Verständnis der Eucharistie. Darüber hinaus konnte vieles, was jahrhundertlang als typisch katholisch galt und evangelischerseits abgelehnt wurde, von den evangelischen Christen heute neu wiedergewonnen werden, sofern unsererseits die berechnete evangelische Kritik aufgenommen wurde. Ich erinnere an die Heilig-Rock-Wallfahrt in Trier in diesem Jahr unter dem Thema: „Mit Jesus Christus auf dem Weg“; an das Zusammenkommen der „katholischen“ und der „evangelischen“ Prozession zu einer gemeinsamen Feier am Fronleichnamstag 1993 während des Evangelischen Kirchentages in München.

Von besonderer Bedeutung ist derzeit eine „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“, die vom Lutherischen Weltbund und vom Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen vorbereitet wurde und nun den Kirchen zur Prüfung und Bestätigung vorliegt. In diesem Dokument ist zusammengefaßt, was in vielen Dialogen erarbeitet wurde. Sollte diese Erklärung von beiden Seiten die kirchliche Billigung erhalten – was zu hoffen ist –, dann würde das bedeuten, daß offiziell anerkannt ist, daß die Rechtfertigungslehre, die im Zentrum der Auseinandersetzungen der Reformationszeit stand, nicht mehr kirchentrennend ist, selbst wenn in den Konsequenzen, die sich aus der Rechtfertigungslehre ergeben, Unterschiede bleiben, wenn es sich in der Übereinstimmung also um einen „differenzierten Konsens“ handelt.

Umfassender als die Rechtfertigungserklärung ist ein deutsches Projekt unter dem Titel: „Lehrverurteilungen – kirchentrennend?“ Hier handelt es sich um eine Untersuchung, wie weit die gegenseitigen Verurteilungen in der Reformationszeit die jeweils andere Seite wirklich trafen oder auf Mißverständnissen beruhten. Und wenn sie damals zutreffend waren: Wie weit sind sie es heute noch?

Ökumene ist ganz wesentlich ein Weg, ein dialogischer Weg, und selbst wenn der andere Partner konkret nicht da ist, muß ich ihn dialogisch im Hinterkopf haben. Das kann ich natürlich nur, wenn ich von den anderen nicht nur eine Einbildung habe, wenn ich mich wirklich auch auf einen Dialog einlasse, dort etwa, wo ich mit ihnen zusammenlebe. Protestantisierung und Katholisierung sind dann kein Vorwurf, keine Feindbilder mehr, sondern auf beiden Seiten Ausdruck des Bemühens um die Position der Mitte und zugleich um eine Verbreiterung der verbindlichen Mitte unseres Glaubens. Luther kann mir auch, wenn ich katholisch bin, ein Lehrer im Glauben sein, auch wenn ich ihm kritisch gegenüberstehe. Es läßt sich nicht leugnen, daß er dem Glauben einen befreienden Impuls gegeben hat. 1983 konnte die Gemeinsame römisch-katholische/evangelisch-lutherische Kommission zum 500. Geburtstag Luthers einen Text

veröffentlichen unter dem Titel: Martin Luther – Zeuge Jesu Christi. In diesem Jahr haben die evangelische und die katholische Kirche in Thüringen und Sachsen-Anhalt ein gemeinsames Wort zum 450. Todestag Luthers herausgegeben.

Wenn ich im positiven Sinn von gegenseitiger Katholisierung und Protestantisierung im ökumenischen Dialog spreche, dann heißt das zugleich, daß die Dialogpartner wissen, was sie tun, daß die Ökumene also Profil hat. Ökumene wird heute oft so verstanden, daß man meint, das konfessionelle Profil könnten wir getrost hinter uns lassen, es sei überholt: „Wir sind doch längst eins.“ Konkret ist das meist sehr unökumenisch, weil man unbewußt dann die eigenen Vorstellungen als ökumenisch durchsetzen will, ohne Sensibilität für das, was dem anderen im tiefsten Herzen wichtig ist. In jeder lebendigen Glaubenstradition sind bestimmte Dinge besonders wichtig, die in einer anderen Tradition nicht die gleiche Rolle spielen. Diese Asymmetrie gilt es wahrzunehmen. Im Zusammenhang damit muß man sehr sorgfältig darauf achten, ob mit denselben Begriffen in den verschiedenen konfessionellen Traditionen vielleicht nicht Verschiedenes gemeint wird. Die ökumenische Bildung hat in den letzten Jahren wieder nachgelassen. Dafür wird in unseren Kirchen viel zu wenig getan, obwohl das Ökumenische Direktorium die Notwendigkeit ökumenischer Bildung sehr nachdrücklich einschärft.

Wenn konfessionelles Profil nicht gefragt ist, kann das ja auch mit dem heutigen Zeitgeist subjektiver Unverbindlichkeit zu tun haben, den man allgemein als postmodern bezeichnet. An die Stelle der konfessionellen Identität ist weitgehend das getreten, was man eine patchwork-identity, deutsch: eine Fleckerlteppich-Identität genannt hat. In grundsätzlicher Skepsis gegenüber allem verbindlich Vorgegebenen sucht man sich hier und da, was einem gerade paßt. Mit Ökumene hat das nichts zu tun. Das ist dieselbe Beliebigkeit, mit der viele Menschen heute auch ihre Partner wechseln. Glaube ist nur möglich als verbindliche Beziehung; es geht um Tod und Leben.

Natürlich ist wahr, daß Konfessionalität auch markiert, wo es

bislang nicht gelingen will, katholische und evangelische Logik miteinander zu verbinden, wo also die konfessionelle Verschiedenheit bleibend schmerzlich als Trennung empfunden wird. Der eigentliche Knackpunkt liegt im Verhältnis von Institution und Charisma. Davon habe ich schon gesprochen. Alle Kirchen sagen: Kirche ist Institution und bedarf zugleich des lebenspendenden Geistes. Doch werden die Akzente verschieden gesetzt. Das wirkt sich besonders in der Amtsfrage aus, in der Bewertung der Kontinuität der Handauflegung für die apostolische Sukzession im Bischofsamt. Wir sagen: Da haben die evangelischen Kirchen einen Defekt, und das hat auch Auswirkungen auf die Eucharistie. Das sagen wir. Das ist unser Verständnis der Sache. Wir sehen freilich und müssen zur Kenntnis nehmen, daß auch die evangelischen Pfarrer überzeugt sind, ordnungsgemäß in ihr Amt berufen zu sein, ordiniert zu sein zu Verwaltern der apostolischen Tradition. Es wäre vermessend zu sagen, wie das früher geschah: Ihre Ordination ist ungültig. Vermutlich wird sie das auch wenig anfechten – so wie es mich nicht anfecht, wenn ein Baptist oder auch ein Orthodoxer aufgrund der Logik seiner Glaubenslehre meine Taufe nicht anerkennt. Ich bin trotzdem überzeugt davon, getauft zu sein. Uns in unserem christlichen Selbstverständnis gegenseitig zu achten, ist das Mindeste, was wir uns gegenseitig schulden. Es reicht freilich nicht aus.

Doch in der gegenseitigen Anerkennung des geistlichen Amtes steht der Durchbruch noch aus; man kann auch sagen: steht die „Bekehrung der Kirchen“ noch an, wie es die französische ökumenische „Gruppe von Dombes“ kürzlich formuliert hat („Für die Umkehr der Kirchen“, Frankfurt a.M. 1994). Bekehrung, das heißt hier: über den eigenen Schatten springen. Das kann ein einzelner leichter als eine Gemeinschaft, wo die Starken und die Schwachen aufeinander Rücksicht nehmen müssen. Hier ist ein Raum, für den gilt, was ich eben über das Gewissen sagte. Man kann nur Eckpunkte angeben. Für die konkrete Gewissensentscheidung sind meist noch sehr viel mehr Gesichtspunkte zu bedenken. Und das muß jeder und

jede selbst verantworten.

Weil die katholische Kirche die evangelischen Ämter noch nicht voll anerkennt, ergibt sich eine Ungleichheit bezüglich einer eventuellen Teilnahme an der Eucharistie, am Abendmahl in der jeweils anderen Kirche. Von der Nichtanerkennung des evangelischen Amtes her gibt es Probleme hinsichtlich der Teilnahme von Katholiken an einer evangelischen Abendmahlsfeier, während die Zulassung von evangelischen Christen zur katholischen Eucharistie grundsätzlich möglich ist. Unsere Kirche ist zwar auch da restriktiv, weil nicht so getan werden darf, als bestünde schon die volle Gemeinschaft zwischen den Kirchen. Eucharistie ist ja gerade das Zeichen der vollen Gemeinschaft. Aber es wirkt sich hier noch etwas anderes aus: Unsere Bischöfe haben inzwischen mit Recht ein ungutes Gefühl, wenn heute bei uns die Gläubigen allzu selbstverständlich zur Kommunion gehen. Wissen die eigentlich alle, was sie tun? In einer säkularisierten Welt ist das rechte Verständnis dessen, was ein Sakrament ist, schwierig geworden, auch das Verständnis dafür, daß Kommunionfähigkeit eine bestimmte Disposition voraussetzt. Hier befürchtet man durch eine weitere Öffnung eine noch stärkere Verflachung, erst recht wenn Interkommunion zur Demonstration wird. Aber damit ist natürlich unterstellt, daß Protestantisierung gleich Säkularisierung bedeutet, und man vergißt oder weiß nicht, daß es in der evangelischen Kirche früher sehr strenge Voraussetzungen gab für die Zulassung zum Abendmahl. Beide Kirchen müssen heute mit der Säkularisierung fertig werden. Hier haben wir m.E. einen Fall, wo innerkirchliche Probleme zur Abgrenzung nach außen führen.

III. Ökumene lernen, um sie zu leben – wo?

Ich nenne ganz kurz drei Bereiche, in denen kirchliche Gemeinschaft gelebt und darum ökumenisch eingeübt werden muß. Zu klären ist freilich, mit wem wir in einer wahren, wenn auch nicht vollkommenen Gemeinschaft stehen. Hier ist die Mitgliedschaft in

den Arbeitsgemeinschaften christlicher Kirchen eine Hilfe, ein Kriterium. Sekten gehören nicht dazu und auch keine nichtchristlichen Religionen, sondern Kirchen, die sich gegenseitig zubilligen, daß sie „Mittel des Heiles“ sind, die sich gegenseitig zubilligen, daß sie in einer dreifachen Hinsicht miteinander verbunden sind:

1. Ökumenische Gemeinschaft als Glaubensgemeinschaft

Ich habe schon auf das gemeinsame Glaubensbekenntnis hingewiesen, aber auch auf noch bestehende Grenzen im Verständnis der Kirche. Über viele Dinge müssen wir noch mehr miteinander reden, die Heiligen etwa, vor allem Maria. Zu den Dingen, die evangelischerseits wieder neu entdeckt wurden, gehören die Beichte und die Krankensalbung. Unterschiede scheint es im Verständnis der Ehe zu geben; möglicherweise wird der Dissens zur Zeit eher größer. Jedenfalls gibt es eine unterschiedliche Praxis hinsichtlich einer Wiederverheiratung Geschiedener. Bei genauerem Zusehen zeigt sich hier jedoch, daß beide Seiten verschiedene Aspekte derselben Sache betonen. Ich verweise auf die im Auftrag der Freisinger Bischofskonferenz und des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern herausgegebene Verstehens- und Arbeitshilfe „Konfessionsverschiedene Ehe“.

Nicht zu übersehen ist, daß es in allen Glaubensfragen nicht nur konfessionsspezifische Unterschiede gibt, daß es vielmehr in jeder Kirche nochmals unterschiedliche Perspektiven gibt: die Sicht des Amtes, die Sicht der Theologie, die Sicht der Betroffenen an der Basis und auch die Sicht geistlicher Lebensgemeinschaften, und wohl auch die besondere Sicht, wie sie die Frauen heute erarbeitet haben. Auch hier ist der Dialog notwendig.

2. Ökumenische Gemeinschaft als Gottesdienstgemeinschaft

Gottesdienstgemeinschaft ist in besonderer Weise das Werk Gottes in uns. Zum gemeinsamen Gottesdienst gehört das gemeinsame Hören auf das Wort Gottes, gehört die Zuversicht, mit der wir sprechen: Vater unser (nicht: Mein Vater, sondern: Vater unser), gehört die gemeinsame Bitte und die Fürbitte füreinander, gehört vor allem der gemeinsame Lobpreis und Dank und gehört die gemeinsame Beauftragung, ein Segen zu sein in dieser Welt. Der Gottesdienst ist auch der Ort, wo wir gemeinsam unserer Trauer Ausdruck geben können, wo wir gemeinsam weinen können, wo unsere Streitigkeiten ihre Schärfe verlieren, wenn uns wieder bewußt wird, daß auch der andere, die andere vor Gott steht und von Gott angenommen und geliebt

ist. Versöhnung kann letztlich ihren Grund nur im Gottesdienst haben, im Glauben daran, daß Gott uns in seine Versöhnung hineingenommen hat.

3. Ökumenische Gemeinschaft als Zeugnisgemeinschaft

Hinsichtlich des christlichen Zeugnisses in der Welt gibt es noch viele Unterschiede in sozialetischen Fragen. Hier zeigt sich das unterschiedliche Denken: Katholisches Denken ist eher ontologisch, evangelisches ist mehr funktional. Hier haben wir noch viel aufeinander zu hören. Andererseits gibt es viele Bereiche, in denen in der Öffentlichkeit längst ganz selbstverständlich gemeinsames Zeugnis geschieht: im diakonisch-caritativen Bereich, in der Militärseelsorge, in vielen Bereichen sonst noch. Was da alles möglich ist, wissen Sie als engagierte Laien vermutlich besser als ich. Ich hoffe jedoch, daß ich ein bißchen dazu beitragen konnte, daß Sie Ihre Möglichkeiten im größeren Zusammenhang zu sehen vermögen und von daher dann auch zu einer größeren Sicherheit kommen in Ihrem ökumenischen Engagement. Es gibt seit gut 40 Jahren eine ökumenische Maxime, die besagt, daß man all das gemeinsam tun soll, was man ohne Selbstverleugnung gemeinsam tun kann. Das ist jedenfalls eine ganze Menge.



„Seelsorge
(gerade Militärseelsorge) **muß primär ökumenisch sein**“, aber nicht in einem Einheitsbrei, sondern als differenzierter Konsens in versöhnter Vielfalt.
Nach den Vorträgen stellten sich der ev.-luth. Dekan Helmut Jehle (li.) und Pater Dr. Gerhard Voss OSB (re) unter der Moderation von OTL Horst-Dieter Knaf den Fragen der Zentralen Versammlung.
(Foto F. Brockmeier)

Ökumene – bleibende Verpflichtung, aktuelle Schwerpunkte, Möglichkeiten und Probleme

Helmut Jehle

1. Rahmenbedingungen für die Kirchen in Deutschland

- 1.1 Drittelparität zwischen Katholiken, Evangelischen und denen, die keiner der beiden Kirchen angehören
- 1.2 Verwirrender religiöser Markt
- 1.3 Sich aufdifferenzierende Gesellschaft – sich aufdifferenzierende Kirche
- 1.5 Komplizierter werdendes Leben – einfacher werdender Glaube?
- 1.5 Abnehmende Sprachfähigkeit und religiöse Kompetenz in der Kirche – auf ihre Breite gesehen
- 1.6 Die den Konfessionskirchen Gestalt gebenden Konfessionskerne in den Gemeinden schmelzen zu Lasten einer Marginalisierung der Konfessionalität und zum geringeren Teil zu Lasten einer Radikalisierung der Konfessionalität.

2. Ökumene – bleibende Verpflichtung

- 2.1 Die Vorgaben Jesu Christi mit einem testamentarischen Charakter:
 - Joh. 17,20 f: von der Einheit der Kirche hängt ihre Glaubwürdigkeit ab.
 - Matth. 28, 18–20: die Mission der Kirche hat sich an alle Welt und an alle Völker zu richten.
 - Eph/Kol: es geht um das Nachvollziehen einer kosmischen Heilsmission Christi.
 Folgerung:
 - Kirche – in welcher konfessionellen Gestalt auch immer – ist entweder ökumenische Kirche oder sie ist nur in einem eingeschränkten Maß Kirche Jesu Christi.
 - Der ökumenische Charakter der Kirche verlangt Auswirkungen auf alle Lebensbereiche.
- 2.2 In den letzten 60 Jahren ist viel geschehen:
 - In der Not von Kriegs- und Nachkriegszeit entstand ein Netz von persönlichen Erfahrungen mit Anders-Konfessionellen.
 - Papst Johannes XXIII. und das Vaticanum II haben eine kirchliche ökumenische Öffnung der röm.-kath. Kirche mit bahnbrechenden Impulsen für das interkonfessionelle Miteinander bewirkt.
 - Das Miteinander von Kirchen und Gemeinden zeigt sich in der Folge grundlegend verändert:
 - atmosphärisch
 - spirituell
 - im Bereich der kontrovers theologischen Reflexion (Konvergenzpapiere)
 - in kirchenrechtlichen Konsequenzen (z.B. konfessionsverschiedene Ehe)

- Entwicklung ökumenischer Organisationsstrukturen (ACK, AÖK, Ökumenisches Netz, etc.)

- 2.3 Die ökumenische Entwicklung wurde und wird begleitet von Ängsten um die konfessionskirchliche Identität.
- 2.4 Problem der ökumenischen Ungeduld (Ökumenischer Kirchentag in Augsburg 1971!)
- 2.5 Was heute auf der Gemeindeebene interessiert:
 - allgemein: Wiedererkennbares aus dem Bereich des eigenen Glaubens in der anderen Kirche finden
 - konkret:
 - gemeinsame Gottesdienste am Sonntag aus besonderen Anlässen
 - Wiedertrauung Geschiedener
 - befriedigende Regelung der konfessionsverschiedenen Ehe, insbesondere auch der Kindererziehung
 - gemeinsame Kommunion – in der Regel aus bestimmten familiären Anlässen
 - die Zulassung von Taufpaten
 - aus katholischer Warte: wie haltet ihr Evangelischen es mit der Maria?
- 2.6 Ökumene gehört heute zum festen Bestand der Kirchen von den Spitzen bis zur Basis. Ist die ökumenische Entwicklung darüber zum Erliegen gekommen?

3. Aktuelle Schwerpunkte:

- 3.1 Klärung, um welche Einheit es gehen soll
- 3.2 Verständigung über eine verbindliche ökumenische Strategie
- 3.3 Zusammenschau von Hierarchie, Theologie und Gemeindefrömmigkeit
- 3.4 Entwicklung einer ökumenischen Lerngemeinschaft als Motor für die ökumenische Entwicklung (am Beispiel Beichte)
- 3.5 Elementarisierung von Theologie, damit das Kirchenvolk nachvollziehen kann
 - worum es bei der Kirchenspaltung gegangen ist
 - was an theologischem Konfliktpotential nach der Kirchenspaltung entstanden ist
 - was theologisch als aufgearbeitet angesehen werden kann
 - was an theologischer Verständigung noch aussteht
 - und wie die gegenwärtige Etappe aussieht
- 3.6 Arbeit an der Rezeption der Konvergenzpapiere

4. Konkrete Möglichkeiten

- 4.1 Entwicklung bzw. Weiterarbeit an einer dialogischen Kirche

- 4.2 Statt der Einengung der Ökumene auf das katholisch-evangelische Verhältnis: Das größere unter uns vorhandene Kirchenspektrum in den Blick nehmen (Beispiel: Orthodoxie)
 - 4.3 Entwicklung einer ökumenischen Spiritualität
 - durch verständnisvolles Teilgeben und Teilnehmen an der jeweils anderen liturgischen Tradition
 - durch das Beschreiten eines „dritten Weges“ (Beispiele: Weltgebetstag der Frauen, Taizégebet, Fokolarbewegung)
 - 4.4 Entwicklung ökumenischer Handlungsfelder
 - 4.5 ökumenische Verständigung unter verwandten Milieus
 - 4.6 ökumenische Weggemeinschaften vollziehen (Beispiele: Ökumenischer Kreuzweg der Jugend, Jakobsweg)
 - 4.7 Persönliche ökumenische Kontakte und Freundschaften pflegen
 - 4.8 Entwicklung ökumenischer Phantasie (Beispiele: Gegenseitiger Besuch in der Osternacht, Taufgedächtnis etc.)
- 5. Probleme**
- 5.1 Praxisprobleme:
 - Der geheime Traum von einer zwischenkirchlichen Verständigung: Alle anderen sollen so werden, wie ich schon bin!
 - 5.2 Schwierige Vorgaben der röm.-kath. Kirche:
 - Die röm.-kath. Kirche versteht sich nicht als Konfessionskirche wie jede.
 - Sie leitet daraus einen Wahrheits- und einen Vollständigkeitsanspruch ab, den ihr andere Kirchen gerade um der Ökumene willen nicht zugestehen können.
 - Sie definiert die Defizite der anderen Kirchen und übersieht ihre eigene Ergänzungsbedürftigkeit.
 - 5.3 Verdichtung der Einheit im Rahmen einer Weggemeinschaft oder als Besiegelung der Einheit nach der wahrheitsgerechten Klärung aller Hindernisse?

KURZ NOTIERT

Gemeinsamen Kirchentag im Jahr 2000 angeregt

Für „einen gemeinsamen Kirchentag für alle Christen in Deutschland im Jahr 2000“ haben sich die Veranstalter des gemeinsamen Kirchentages der katholischen und der evangelischen Kirche in Eisleben ausgesprochen. Dieser Tag könne „ein Zeichen der Hoffnung sein für alle, die nach Antworten für die Zukunft suchen“, heißt es in dem Aufruf, der am Sonntag, dem 21. Juni 1996, bei der Hauptveranstaltung verlesen wurde. Die „guten Erfahrungen“ dieses ersten gemeinsamen Kirchentages unter dem Motto „Alte Wurzeln – Neues Leben“ machten Mut für eine solche Veranstaltung. Katholische und evangelische Christen in Deutschland sollten in Gottesdiensten „um die Einheit und die Erneuerung der Kirchen bitten“. – An der Hauptversammlung nahmen unter anderen der Generalvikar des Bistums Magdeburg, Theodor Stolpe, und der Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Christoph Dehmke, teil. Veranstalter des Kirchentages waren das Bistum Magdeburg, die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen sowie die Evangelische Landeskirche Anhalt. (KNA)

Generalsekretär ÖRK: Papstamt Hindernis für Einheit der Kirchen

Der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Konrad Raiser, äußerte sich in der polnischen katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ vom 30. Juni 1996 zum Papstamt. Es sei eine „objektive Analyse“, wenn man das Papstamt als Hindernis auf dem Weg zur Einheit der christlichen Kirchen betrachte. Keinesfalls sei eine solche Feststellung „Ausdruck eines anti-römischen Vorurteils“. Im Zentrum der Debatte stehe die Auffassung, „daß der Primat des Bischofs von Rom auf einer Einsetzung durch Jesus Christus beruhe und daher göttlichen Rechtes sei“, unterstrich Raiser. Er kritisierte ebenfalls den Unfehlbarkeitsanspruch in Glaubens- und Sittenfragen sowie den Anspruch auf universale Jurisdiktionsgewalt. Unter Würdigung aller ökumenischen Bemühungen von Johannes Paul II. meinte der ÖRK-Generalsekretär, daß die Frage nach „der Gestalt und Begründung eines Amtes der Einheit, das von allen anerkannt werden kann, letztlich nur im Rahmen eines allgemeinen christlichen Konzils zu lösen ist“. Darauf hinzuarbeiten „könnte ein wichtiges Ziel im Blick auf den Beginn des dritten Jahrtausends sein“, betonte Raiser. (KNA)



BUNDESKONFERENZ DER GKS 1996

Gegen die Gleichgültigkeit und die Unsicherheit der Christen – Unser Zeugnis

Jürgen Bringmann u.a.

Vom 24. – 27. April 1996 fand auf Schloß Hirschberg – Beilngries/Obb. unter dem Motto „Gegen die Gleichgültigkeit und die Unsicherheit der Christen – Unser Zeugnis“ die diesjährige Bundeskonferenz der GKS statt. AUFTRAG dokumentiert die Konferenz mit ihren wesentlichen Beratungen und Vorträgen. Auch Spiritualität und Bildung haben traditionell ihren festen Platz und werden als wesentliche Teile mit in die Dokumentation aufgenommen. Auftakt der Bundeskonferenz der GKS 1996 noch vor ihrem offiziellen Beginn war die Teilnahme der Delegierten der GKS am **Pontifikalamt und anschließenden Empfang des Katholischen Militärbischofs** am 24. April (siehe dazu S. 11–13). Der erste Beratungstag, am Namensfest des Hl. Evangelisten Markus am 25. April, begann mit einer Eucharistiefeier, der Militärpfarrer Dietrich Lang, der Moderator des Priesterrates, vorstand.

Gottesdienst zum Namensfest des Hl. Evangelisten Markus

Gliederung

- **Gottesdienst am 1. Konferenztag** S. 29
- **Bericht über die Bundeskonferenz** S. 30
- **Bericht des Bundesvorsitzenden** S. 32
- **Seminare dritte Lebensphase** S. 37
- **Bericht aus den Arbeitsgruppen:** S. 37
 - AG I: Arbeit im Wehrbereich/die Wehrbereichskonferenz
 - AG II: Aufbau/Arbeit eines/im GKS-Kreis
 - AG III: Struktur, Mitglieder, Beiträge der GKS
- **Vortrag Dr. Hanna-Renate Laurien zum Jahresthema** S. 40
- **Bericht des Geistlichen Beirats** S. 44
- **Buchvorstellung:**
 - „Soldatischer Dienst im Wandel – Zwischenrufe zu aktuellen Fragen“ (siehe AUFTRAG 225, Seite 77)
- **GKS-Erklärung:**
 - „Soldat im internationalen Friedensdienst“ (siehe AUFTRAG 225, Seite 41 ff.)

Militärpfarrer sind in der Regel gute Prediger. Der Grund ist auch darin zu sehen, daß sie es vorwiegend mit jungen Erwachsenen zu tun haben, die aus recht unterschiedlichen Beweggründen zum Gottesdienst kommen. Manch einer von diesen hat den Kontakt zu Kirche und Religion verloren oder – heute zunehmend – hat nie eine religiöse Erziehung erhalten. Da kommt der Wortverkündigung und -auslegung in Standortgottesdiensten häufig eine große Bedeutung zu.

Pfarrer Lang fesselte die Zuhörer in seiner Predigt am Beginn dieses Tages, indem er eine Kerze in die Hand nahm und die Frage stellte, „was könnte diese Kerze mit meinem, mit unserem Leben zu tun haben?“ Wie er ausführte, würde man von einer Kerze zunächst viel Wachs und wenig Licht wahrnehmen. Am Beginn des menschlichen Lebens sähe man viel Gesundheit, die wie das Wachs der Kerze abgebaut werde und vergehe. Im Kosmos ginge aber nichts verloren, sondern wandle sich. Eine Kerze die nicht brenne, sei nutzlos. So sei es mit dem Leben auch, meinte Pfarrer Lang und entzündete die Kerze, die nun auf einen Leuchter gestellt ihr Licht abgab. Je mehr Körper wir verlören, desto mehr könnten wir leuchten.

In einem zweiten Schritt seiner Predigt zerbrach er eine Kerze. „Die Kerze bröseln, wird aber noch durch den Docht zusammengehalten. Wenn wir sie entzünden, brennt sie wieder. Auch gebrochenes Leben kann wieder leuchten. Wo Leuchten beginnt, wird Gebrochenheit weggewischt, weil die Seele als Docht ungebrochen ist“, folgerte der Prediger. Und wiederum im Bild der Kerze bleibend fuhr er fort, ebenso wie die Kerze leuchte, bis

sie verbraucht ist, leuchte auch unser Leben, bis es erfüllt sei. Das sei völlig unabhängig davon, wie die Welt es sehe und darstelle. Pfarrer Lang schloß seine Predigtgedanken mit den Worten: „Wenn wir manches Mal im Leben zerbrochen

sind, sollen wir uns das Bild der Kerze vor Augen halten und uns sagen, 'ich möchte brennen im Sinne Christi, möchte leuchten für andere Menschen, Licht sein für die Welt, selber leuchten, damit andere auch leuchten können'.“



Die GKS präsentiert sich: Auf einer Stellwand – von StFw a.D. Friedrich Brockmeier vollendet zusammengestellt und gestaltet – weist die Gemeinschaft auf 25 wechselvolle aber kontinuierliche Jahre ihres Bestehens hin. (Foto F. Brockmeier)

Bericht über die Bundeskonferenz

Eröffnung

Der **Bundesvorsitzende, OTL Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein**, eröffnete die **Bundeskonferenz** und begrüßte **Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbe**, den **Geistlichen Beirat der GKS**, **Prälat Walter Theis**, den **Vertreter des Priesterrats**, **Militärparrer Dietrich Lang**, als **Vertreter der ev. Cornelius Vereinigung (CoV)** **OTL Ulrich Kübel**, für die **Männerseelsorge Eichstätt Pater Paul Hafner SAC**, für die **Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS)** **Österreich OTL Manfred Rotter**, für die **Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS)** **Oberst a.D. Hans-Georg Marohl**, für **KOMPASS Heribert Lemberger** und **Richard Pergler**, für die **Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands (GKMD)** **OTL a.D. Paul Schulz**. Er wies auf die gut gelungene Ausstellungs-

wand der GKS hin und dankte **StFw a.D. Friedrich Brockmeier** für die Anfertigung.

Militärgeneralvikar Nabbe

In einem **Grußwort** wies **Militärgeneralvikar Jürgen Nabbe** darauf hin, daß **GKS und PGR unverzichtbar**, ihr **Miteinander wichtig** sei. Es sei notwendig, daß die **Laien auf die Bedeutung der Militärseelsorge** hinweisen. Der **Militärgeneralvikar** betont auch gegenüber den **Wehrbereichsdekanen** und **Militärpfarrern** die **Wichtigkeit der GKS** und weist auf die **Notwendigkeit ihrer Förderung** hin. Wichtig sei auch, daß die **Pfarrer vor Ort analysierten, abstimmten und festlegten**, wer – **GKS, PGR, Pfarrer** – welche **Aufgaben übernehmen** solle.

Bericht des Bundesvorsitzenden (s.S. 32).

Redaktion KOMPASS

Heribert Lemberger berichtete über die **Redaktion KOMPASS**. **KOMPASS** bringt praktisch alle gelieferten Berichte, kürzt aber, wenn erforderlich. **Mitarbeit aller Mitglieder GKS** ist erwünscht. Sinnvoll ist es, beabsichtigte Berichte vorher mit der **Redaktion abzusprechen**. Er wies darauf hin, daß **WELTBILD** im **Abonnement** auch mit **KOMPASS** bestellt werden kann. So können ehemalige **Soldaten**, die auf diese **Beilage für Soldaten** nicht verzichten möchten, durch eine **kurze Mitteilung** an den **Verlag** sicherstellen, daß ihnen **WELTBILD** mit **KOMPASS** geliefert wird.

Geistliche Beirat

Der **Geistliche Beirat, Prälat Walter Theis**, ergänzte seine Ausführungen im **Lagebericht 1996**. Er wies auf **Sorgen** darüber hin, wie **Militärseelsorge** heute gesehen, verstanden, was von ihr erwartet wird. Hier bestehe die **Gefahr der Gesichtslosigkeit**. Davor könnten nicht die **festgelegten Regeln** bewahren, sondern nur die **Nutzung und Anwendung** durch die **Soldaten**. Die **grundsätzliche Aufgabe** bleibe, nämlich **Seelsorge** zu betreiben.

Die **GKS** müsse dieses **Problemfeld** im **Auge** behalten und die **Werte der Militärseelsorge** sehen, **anerkennen** und **unterstützen**. (Ausführungen s.S. 44)

Referent beim Bundesvorstand

Der **Referent beim Bundesvorstand, Oberst a.D. Bringmann**, berichtete über

- die durch den **Tod von OTL a.D. Karl-Heinz Tenschert** erforderliche **Neuordnung der Seminare dritte Lebensphase** (s.S. 37),
- das **Seminar für Funktionsträger der GKS** in **Bensberg** (s.S. 35) und
- als **Präsident AMI** über die **Lage des Apostolat Militaire International**:
 - Die letzte **Konferenz des AMI** in **Santiago de Compostela** vom **10.-16.9.1995** diente der **Bestandsaufnahme** und der **Festlegung der Arbeit für die Zukunft**. **Erstmalig** nahmen **Nigeria, Süd-**



Bildungsteil

Den Grundsatzvortrag zum Bildungsthema „**Gegen die Gleichgültigkeit und die Unsicherheit der Christen – Unser Zeugnis**“ hielt Frau **Dr. Hanna-Renate Laurien**, Berlin (Wortlaut s.S. 40). Einleitend unterstrich sie die Bedeutung der Bundeswehr für die Entwicklung und Zukunft unseres Landes.

Arbeitsgruppen

Drei **Arbeitsgruppen** befaßten sich mit den Themen:

1. Arbeit im Wehrbereich/in der Wehrbereichskonferenz
Hptm Albert Goll
2. Aus dem Jahresprogramm eines Kreises
StFw Johann-Adolf Schacherl

3. Struktur, Mitglieder, Beiträge der GKS

StFw Frank Hübsche
(Zu den Ergebnisse s.S. 37)

Haushalt der GKS

Der Bundesvorsitzende erläuterte den **Haushalt der GKS** anhand der Positionen Veranstaltungen gemäß Handbuch

- Personalkosten
- AUFTRAG und sonstige Veröffentlichungen/Bücher
- Porto, Telefon, Geschäftsbedarf
- Sitzungen des Bundesvorstandes, des Exekutivausschusses und der Sachausschüsse
- Seminare Dritte Lebensphase
- Akademie Oberst Helmut Korn
- Seminar für Funktionsträger
- Seminare in den neuen Bundesländern.

Jahresthema 1997

Das **Jahresthema 1997** wurde in Anlehnung an die Aufgabenstellung in TERTIO MILLENNIO ADVENIENTE „Die Wiederentdeckung der Katechese in ihrer ursprünglichen Bedeutung“ festgelegt. Es geht dabei darum, die grundsätzlichen Inhalte des Glaubens wieder zu erkennen. Katechese ist ein Mittel, zu diesen Glaubensinhalten zu kommen – nicht nur als theoretische Lehre, sondern als Verwirklichung im Leben des ganzen Menschen. Thema lautet für uns: „**Lern- und Lebensgemeinschaft – Im Glauben auf dem Weg**“.

Jakobuswallfahrt

StFw **Walter Hütten** berichtete über die **Soldatenwallfahrt nach Santiago de Compostela**, an der wir jedes Jahr im Juli mit spanischen Kameraden teilnehmen. Es werden noch (jüngere) Teilnehmer gesucht.

1997 wird durch WB II eine (die vierte) Jakobuswallfahrt in Deutschland, auf dem Weg Bremen – Münster, organisiert. Schon jetzt sollte für die Teilnahme geworben werden.

Hilfsprojekte

Seit Bestehen hat sich die GKS solidarisch an **Hilfsprojekten** beteiligt, derzeit sind dies

- Maximilian-Kolbe-Werk
- Nachbarschaftshilfe/Projekt NITRA (zusammen mit der ZV/Renovabis) (s.a. S. 7)
- Patenschaft für NOWOSPASS-KOJE (s.a. S. 62).

1992 wurden erste Spenden nach Nowospasskoje übermittelt, 1993 Geldspende und Besuch mit Hilfskonvoi, seit 1994 Patenschaft. Derzeit wird ein Materialtransport mit 20 t Gütern für das Krankenhaus sowie Arbeitsmaterial für Schul-Kinder vorbereitet. Hauptmann a.D. Dorndorf teilte mit, daß von seiner Gemeinde aus einer Erbschaft 5.000 Mark für den Transport zur Verfügung gestellt werden.

Für die Kontakte der **GKS im Ausland** ist es wichtig, daß dort hin versetzte GKS-Mitglieder sich

afrika und die Dominikanische Republik teil. Aus Anlaß des 30-jährigen Bestehens von AMI wurde eine Festschrift erstellt, die an die Teilnehmer der Bundeskonferenz verteilt wurde.

– Die nächste Konferenz vom 26.09.–03.10.1996 findet in Driebergen bei Utrecht/NL statt. Thema „Ethische Aspekte des soldatischen Dienstes in Wehrpflicht- und Freiwilligenstreitkräften – besonders in Zeiten der Umgestaltung und neuer militärischer Aufgaben“.

Bei dieser Konferenz ist die Neuwahl des Präsidiums (Italien kandidiert) und des Generalsekretariats (Deutschland/GKS kandidiert) erforderlich.

Die AMI-Familienfreizeiten mußten ab 1996 eingestellt werden, da nur in Deutschland und Österreich Interesse daran besteht. Evtl. Fortführung ist auf bilateraler Basis beabsichtigt.

– Für das Jahr 2000 ist eine Internationale Soldatenwallfahrt nach Rom, möglichst im Rahmen des AMI, geplant (28.09.–04.10.2000).

Bundesgeschäftsführer

Der **Bundesgeschäftsführer, Hauptmann a.D. Günter Hagedorn**, ergänzte seine Ausführungen im Lagebericht 1996. Er unterstrich, daß sich die Kontakte der Basis und der (Wehr-)Bereiche mit dem Bundesgeschäftsführer weiter verbessert haben. Er bat, Adressenänderungen umgehend mitzuteilen.

Zusätzliche Arbeit sei durch die Eigenverantwortung der GKS für ihren Haushalt entstanden, Anfangsschwierigkeiten seien überwunden.

Bei Veranstaltungen sind die Bestimmungen des Handbuchs GKS und des Veranstaltungskataloges der Militärseelsorge zu beachten (bei StOPf einsehen). Geldbedarf muß rechtzeitig ange-

Vom Königsteiner Engel zum Kreuz als Logo der GKS, auch dies kennzeichnet – ebenso wie die in 25 Jahren sechs Bundesvorsitzenden – die Entwicklung des Verbandes in der katholischen Militärseelsorge. Auf den nächsten Seiten folgen weitere Beispiele von Tafeln aus der Stellwand.

(Foto F. Brockmeier)

meldet werden, sonst kann nicht mehr gezahlt werden. Grundsätzlich empfiehlt sich vorherige telefonische Abstimmung.

Redakteur AUFTRAG

OTL a.D. Paul Schulz, wies in Ergänzung zum Lagebericht darauf hin, daß jetzt er die Aufgabe des **Chefredakteurs AUFTRAG**, OTL a.D. Klaus Brandt die des Redakteurs übernommen habe. Aufgabe des AUFTRAG sei es, Beiträge entsprechend den Zielen und selbstgewählten Aufgaben der GKS zu veröffentlichen: „wertkonservativ und kirchentreu“ zu den Bereichen Weltkirche, Militärseelsorge, Ethik des soldatischen Dienstes, Gesellschaft, Bundeswehr, Arbeit der GKS allgemein, Kultur u.a.. Mitarbeit aller Mitglieder wie auch aus dem Bereich der Räte werde nachdrücklich erbeten.

Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS)

Für die **Katholische Arbeits-**

gemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS) wies **Oberst a.D. Hans-Georg Marohl** in einem Grußwort darauf hin, „KAS ist Militärseelsorge“. Die KAS hält eine enge Zusammenarbeit „Konzertierte Aktionen“ zwischen KMBA, GKS und KAS für wichtig.

Cornelius Vereinigung (CoV)

Für die **evangelische Schwesterorganisation CoV (Cornelius Vereinigung)** überbrachte **OTL Ulrich Kübel** in einem Grußwort die guten Wünsche des Vorsitzenden, OTL Thorun. Die CoV hat 300 Mitglieder, junge wachsen nach. Es gehe darum, Mut zu machen zum fröhlichen Christsein.

Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) Österreichs

Die Grüße und guten Wünsche der **Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) Österreichs** überbrachte **OTL Manfred Rotter**.



als **Ansprechpartner** zur Verfügung stellen, melden und Kontakte halten.

Schlußwort

In seinem **Schlußwort** dankte der **Bundsvorsitzende** besonders dem Sachausschuß „Innere Führung“, OTL Jermer und dem Geistlichen Beirat für die Erarbeitung der Erklärung. Er dankte allen Teilnehmern an der Bundeskonferenz für ihre Mitarbeit während der Bundeskonferenz und bat um engagierte Weiterarbeit, vor allem an der Basis.

36 Jahre Entwicklung der GKS-Publikationen:

vom Königsteiner Offizierbrief über den auftrag im A5-Format und GKS-aktuell zum AUFTRAG im A4-Layout.

(Foto F. Brockmeier)



Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS vor der Bundeskonferenz

Rückschau auf das letzte Jahr GKS-Arbeit

Während der letzten Bundeskonferenz 1995 in Waldfischbach-Burgalben wurde ich durch den Bundesvorstand zum neuen Bundesvorsitzenden der GKS als Nachfolger von Herrn Oberst Bringmann gewählt. Während dieser Bundeskonferenz konnten nach einem langen und zähen dynamischen Prozeß, an dem die Basis sehr wesentlich beteiligt war, die „Ziele und Wege der Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ neu definiert werden. Hiermit hat die GKS dem gesellschaftlichen Wandel bezüglich der Verbandsstruktur im deutschen Katholizismus sehr deutlich Rechnung getragen – sie ist selbständiger und eigenverantwortlicher geworden.

Für diese Grundlagenarbeit, die von hoher Qualität zeugt, und an deren Verwirklichung viele Kreise und Einzelpersonen mitgearbeitet haben, sei an dieser Stelle nochmals besonders dem Sachausschuß „Konzeption und Information“ unter der damaligen Leitung des heu-

te stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Oberstleutnant Paul Brochhagen, Dank gesagt.

Diese Neudefinition der Ziele und Wege des Verbandes machte gleichzeitig eine Überarbeitung der „Ordnung“ und der „Geschäftsordnung“ notwendig. Unser Militärbischof hat inzwischen die Änderungen innerhalb der „Ordnung der GKS“ offiziell gebilligt. Für mich persönlich hat sich bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Arbeitsweise auf der Grundlage der neugefaßten Ordnung und der Geschäftsordnung voll bewährt.

Die von mir angesprochenen Dokumente wurden in einer eigenen Dokumentation zusammengefaßt, im AUFTRAG Nr. 217 vom Mai 1995 mit dem Titel „Gemeinsam in die Zukunft“. Dieses Heft sollte der ständige Wegbegleiter eines jeden Mitgliedes unserer Gemeinschaft sein.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit des Verbandes auch auf dem finanziellen Sektor seit dem 1. Januar 1996 besonders erwähnen. Wir sind uns

bewußt, daß dies eine erhöhte Verantwortung bedeutet, mit den uns für unsere Aufgaben, die ich durchaus auch als missionarisch und pastoral sowie berufsethisch bezeichnen möchte, anvertrauten Mitteln sorgsam, und das heißt auch sparsam, umzugehen.

Über diese Thematik fanden ausgiebige und sehr fruchtbare Gespräche der Verantwortlichen im Verband mit unserem Herrn Militärgeneralvikar und unserem Geistlichen Beirat statt, die uns nochmals sehr deutlich die Richtung unseres Denkens und Handelns vor Augen führten. Noch einmal muß besonders auf den sparsamen Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Finanzmitteln hingewiesen werden.

An dieser Stelle danke ich meinen engsten Mitarbeitern für ihre gute und qualitativ hochwertige Arbeit. Mit Freude erwähne ich unser Presseorgan AUFTRAG, das in neuer Aufmachung und mit veränderten inhaltlichen Schwerpunkten ausgesprochen gerne angenommen und gelesen wird. Gerade auch bei Menschen, die nicht zu unserem Verband gehören, findet diese Schrift hohe Anerkennung und sehr viel Lob. Ebenfalls bewährt hat sich die Arbeit in den

einzelnen Sachausschüssen; hier wird mit großem Engagement gute Arbeit im Sinne des Verbandes geleistet.

Selbständigkeit bedeutet auch selbständiges und umfangreiches Arbeiten – hier speziell auf der Bundesebene. So bin ich persönlich besonders dankbar für die aktive Unterstützung der täglichen Arbeit durch den Referenten beim Bundesvorstand, den Bundesgeschäftsführer und die beiden Redakteure AUFTRAG. Nur aufgrund dieser Unterstützung bin ich in der Lage, neben meiner Haupttätigkeit als Kommandeur eines Instandsetzungsregimentes die Funktion des Bundesvorsitzenden ehrenamtlich zu erfüllen.

Gerade in der Verbandsarbeit halte ich das Ehrenamt für unersetzbar und unbedingt notwendig; dennoch muß ich feststellen, daß es Aufgaben und Aufträge in einem Verband gibt, die durch einen rein ehrenamtlichen Einsatz nicht mehr erfüllt werden können. Hier können und müssen wir von den anderen katholischen Verbänden lernen.

Nach meiner Wahl zum Bundesvorsitzenden im letzten Jahr habe ich sechs Themenfelder als Schwerpunkte meiner zukünftigen Arbeit formuliert, die ich hier nochmals kurz erwähnen möchte:

- Auseinandersetzung mit dem Selbstverständnis als Soldat der Bundeswehr und den damit einhergehenden friedensethischen Fragen.
- Unterstützung und Verbesserung der Arbeit an der Basis durch den Bundesvorstand und die ihm zugeordneten Gremien.
- Unterstützung der Militärpfarrer vor Ort, die als Geistliche Beiräte unsere Arbeit begleiten und unterstützen.
- Zusammenarbeit mit den örtlichen Pfarrgemeinderäten in den einzelnen Seelsorgebezirken.
- Auswirkungen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten auf die Gesellschaft.
- Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, gerade auch im internationalen Bereich.

Mittun und Sich-Einbringen

Wenn auch bis heute noch nicht alle meine Ziele und Wünsche verwirklicht werden konnten, so sehe

ich in dem einen oder anderen Schwerpunkt doch bereits Licht am Horizont.

Zwei Themenbereiche liegen mir besonders am Herzen: das ist einmal unsere

- Basisarbeit vor Ort, und das ist zum zweiten die
- Unterstützung unserer Militärpfarrer.

Wir brauchen sie – aber ich denke, sie brauchen auch uns. Das gilt besonders für die Mitarbeit in Standorten, wo jetzt kein Militärpfarrer mehr ist oder wo er die Truppe im Einsatz begleitet. Hier wollen wir uns einbringen, besonders auch bei der Betreuung der Familien der Soldaten im Einsatz.

Leider dringen viele unserer Informationen immer noch nicht bis unten vor, was aber unbedingt notwendig wäre. Bei meiner persönlichen Teilnahme an den verschiedenen Arbeitskonferenzen der Wehrbereiche stoße ich immer wieder auf aktive katholische Soldaten, die noch niemals etwas von uns gehört haben, und ich lerne Soldaten kennen, die mit dem Verband GKS und seiner Arbeitsweise völlig falsche Vorstellungen verbinden. Hier möchte ich Sie alle eindringlich bitten: Helfen Sie mit, in unermüdlichem Einsatz die GKS bekannt zu machen, aber noch mehr, die innere Bereicherung durch Mittun und Sich-Einbringen zu erleben. Hier ist das persönliche Zeugnis eines jeden von uns als Christ, hier ist unser Vorbild gefordert.

Zum Jahresthema

Gerade deshalb haben wir uns 1996 dieses **Jahresthema** gewählt: „**Gegen die Gleichgültigkeit und die Unsicherheit der Christen – Unser Zeugnis**“. Dieses Jahresthema wendet sich gegen die religiöse Gleichgültigkeit, die viele Menschen heute dahin bringt, so zu leben, als ob es Gott nicht gäbe, oder sich mit einer vagen, unverbindlichen Religiosität zufriedenzugeben. Dieser Verlust eines transzendenten Sinnes der menschlichen Existenz führt zu Verwirrungen im ethischen Bereich, vor allem bei den Grundrechten der Achtung der Person, des Lebens und der Familie – ein Themenbereich also, der von uns christlichen Soldaten ein klares

Bekenntnis und Vorbild abfordert. Hier zitiere ich Papst Johannes Paul II. in Tertio Millennio Adveniente: „Wer Zeugnis von Christus und seiner befreienden, frohmachenden Botschaft ablegen soll, muß im Glauben an Gott gefestigt, in der Hoffnung auf die Erwartung des ewigen Lebens gestärkt und und in seiner im Dienst des Nächsten tätig engagierten Liebe wiederbelebt werden“.

Lassen Sie mich schon hier sagen, daß wir diese Thematik auf der Basis von „Tertio Millennio Adveniente“ auch 1997 fortsetzen wollen. Dann geht es darum, wie wir die Botschaft des Evangeliums in unser Leben und in unsere Arbeit umsetzen. „Die Wiederentdeckung der Katechese in ihrer ursprünglichen Bedeutung“ wird dieses Thema ungefähr lauten – einem Vorschlag unseres Heiligen Vaters zur Vorbereitung auf das Jahr 2000 folgend.

Wenn es uns als Verband gelingt – einem jeden in seinem privaten und dienstlichen Umfeld –, diese Gedanken verständlich zu machen und überzubringen, uns für diese Aufgaben zu engagieren, mache ich mir um Zuwachs an neuen GKS-Mitgliedern keine Sorgen. Die GKS ist eine Gemeinschaft, die Freude, Hoffnung und Zuversicht verbreiten will; gefragt ist hierfür der glaubhafte Zeuge. Zeugnis kann aber nur derjenige geben, der selbst überzeugt ist.

Dank an die Militärseelsorger

An dieser Stelle möchte ich ganz besonders unserem Geistlichen Beirat, Herrn Militärdekan Prälat Walter Theis, danken, der uns in vorbildlicher Weise unermüdlich geistig und geistlich begleitet.

In vielen persönlichen Gesprächen mit unseren (Wehr-)Bereichsdekanen vor Ort habe ich eine positive Affinität und Zuspruch zu unserem Verband feststellen können, besonders dort, wo sie durch aktive GKS-Mitglieder Unterstützung und Hilfe erfahren durften. Hier glaube ich, einen Wandel im Verständnis in Bezug auf den Verband feststellen zu können, was uns große Freude und Dankbarkeit bereitet. Für die Unterstützung als Geistliche Beiräte sowohl bei den örtlichen Kreisen

als auch auf (Wehr-)Bereichsebene möchte ich besonders danken. Und damit möchte ich auch Dank sagen, daß unser Militärbischof und damit oberster Geistlicher in der Militärseelsorge unsere Arbeit so nachdrücklich unterstützt, immer für uns da ist und in der ihm eigenen Art für uns eintritt – in der Kirche wie in der Öffentlichkeit. Wir wissen, was wir an ihm haben.

GKS-Publikationen

Die GKS wird in diesem Jahr zwei neue Bücher herausgeben, die besonders für die Arbeit nach innen, aber auch für die gesellschaftliche Auseinandersetzung, also die Außenwirkung, geeignet sind. Am Freitag werden wir das Buch von Pater Prof. Dr. Karl-Heinz Ditzer mit dem Titel **„Soldatischer Dienst im Wandel – Zwischenrufe zu aktuellen Fragen“** vorstellen.

Das Buch hat eine Reihe von Vorträgen und Aufsätzen zum Inhalt, die sich u.a. beschäftigen mit den Konsequenzen des soldatischen Dienstes im erweiterten Aufgabenspektrum, mit dem soldatischen Dienst aus ethischer Sicht und den psychologischen Aspekten bei möglichen Einsätzen. Den meisten von uns ist Professor Ditzer als ehemaliger Militärpfarrer und wissenschaftlicher Berater am Zentrum Innere Führung bekannt. Als Freund und Ratgeber begleitet er unsere Gemeinschaft seit Jahren, er ist Mitglied des Sachausschusses Innere Führung. Durch die persönliche Anwesenheit von Prof. Ditzer während der Bundeskonferenz haben wir die Gelegenheit, daß er sein Buch

mit seinen Anliegen und Zielen persönlich vorstellt.

Neu herausgegeben wurde unter der redaktionellen Leitung von Herrn Oberst a.D. Jürgen Bringmann – Referent beim Bundesvorstand – das Buch **„Soldaten als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“** mit einem Vorwort unseres Militärbischofs zum Thema „Christ und Soldat heute“. Dieses Buch enthält sämtliche Erklärungen und Äußerungen der GKS, aber auch viele aus der katholischen Kirche und den katholischen Verbänden, zu grundsätzlichen Themenbereichen soldatischen Dienstes sowie zu aktuellen Geschehnissen. Sowohl für die Arbeit an der Basis als auch für die persönliche Auseinandersetzung und die Argumentation nach außen ist dieses Buch eine sehr wertvolle Hilfe.

Bildungsarbeit

Basisarbeit ist das eine, Arbeit, besonders Bildungsarbeit, auf regionaler und Bundesebene ist eine andere wichtige Aufgabe, der wir uns stellen.

So führen wir nun seit Jahren die **„Seminare zur Bewältigung der dritten Lebensphase“** für vor der Pensionierung stehende Soldaten und ihre Frauen durch – zwei- bis dreimal im Jahr, mit großem Anklang und ein wenig Neid

bei unseren evangelischen Kameraden, die so etwas auch gern hätten. Unser Kamerad, Oberstleutnant a.D. Karl-Heinz Tenschert, der dieses Projekt durchführte, starb leider im März während des letzten Seminars in Nürnberg mit nur 63 Jahren – er wird uns fehlen. Zwei andere Oberstleutnante a.D., Heinrich Havermann und Volker Traßl, werden sein Werk weiterführen, der eine im Nordbereich (Münster), der andere im Süden (Nürnberg).

Hier möchte ich hinzufügen und unterstreichen, daß die GKS froh ist, in ihren Reihen auch Soldaten a.D. zu haben – wir brauchen sie dringend für unsere Arbeit, aber sie sollen auch bei uns nach ihrer Dienstzeit noch eine Heimat in dem Bereich haben, dem sie zeit lebens verbunden waren.

Schulung unserer Funktionsträger, also der Vorsitzenden und Ansprechpartner auf den verschiedenen Ebenen, erscheint uns wichtig. So führen wir für diesen Personenkreis im Juni in Bensberg ein **Weiterbildungsseminar** durch – nach dem Motto **„Von nun an sollt ihr Menschen fischen“** – denn das gilt auch für die GKS.

Die **Akademie Oberst Helmut Korn** als alle zwei Jahre in Zusammenarbeit mit dem Bonifatiushaus in Fulda durchgeführte Bildungs- und Motivationsveranstaltung ist Ihnen als dem Haus-

Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld, umgeben vom Moderator des Priesterrates, Militärpfarrer Dietrich Lang (li.), und dem Geistlichen Beirat der GKS, Militärdekan Walter Theis (re.), folgte interessiert den Beratungen der Bundeskonferenz. Nicht selten griff er aktiv in die Diskussionen ein.

(Foto F. Brockmeier)



herrn in Fulda und regelmäßigem Gastgeber bei dieser Akademie ja bestens bekannt. Vom 6. bis 10. November 1995 führte die GKS das 5. Seminar durch.

Ziel der Akademie ist es nach wie vor, in einer ungezwungenen Atmosphäre und losgelöst von den Alltagspflichten jüngeren Offizieren und Unteroffizieren Wege durch das Spannungsfeld Beruf – Politik und Religion – Ethik aufzuzeigen. Mit dem Thema „50 Jahre nach Kriegsende – Krisen überwinden, Verständigung finden“ wollte die GKS dem Gedächtnisjahr 1995 Tribut zollen.

Diese fünfte Akademie zählte 55 ständige Teilnehmer. Das Durchschnittsalter lag bei 32,74 Jahren. Damit ist erstmals das Ziel, vor allem jüngere Offiziere und Unteroffiziere anzusprechen, erreicht worden.

Zusammenarbeit mit anderen

Zwei Bereiche möchte ich zum Schluß noch erwähnen. Der erste ist die **Zusammenarbeit mit anderen katholischen Verbänden** und Gremien. Wir pflegen sie bewußt, gerade auch dann, wenn wir unterschiedlicher Auffassung in Einzelfragen sind. So wird uns in diesem Bereich in der kommenden Zeit besonders die Diskussion um die Allgemeine Wehrpflicht beschäftigen, sei es im Gespräch mit dem BDKJ oder Pax Christi, sei es in der Ständigen Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ von Justitia et Pax, sei es auch international. In der GKS werden sich die Sachausschüsse „Sicherheit und Frieden“, „Innere Führung“ und „Internationaler Sachausschuß“ dieses Themas verstärkt annehmen.

Internationale Zusammenarbeit ist der zweite wichtige Bereich, den es zu pflegen gilt. Dies ist bilateral beispielsweise durch unsere enge Zusammenarbeit mit Österreich und Spanien der Fall, bei Tagungen, unserer jährlichen Teilnahme an den internationalen Soldatenwallfahrten nach Santiago de Compostela und bei anderen Gelegenheiten.

Und wir arbeiten aktiv im **Apostolat Militaire International (AMI)** mit, dem internationalen Zusammenschluß katholischer

Soldaten aus vielen Ländern und vier Kontinenten. Derzeit hat Deutschland ja auch im sechsten Jahr noch das Präsidium des AMI inne – und ab 1997 werden wir auf Wunsch Italiens, das für die Präsidentschaft kandidiert, wohl das Generalsekretariat führen. Ich unterstreiche hier die Wichtigkeit dieser Arbeit. Die Kirche, und auch die Militärseelsorge, ebenso wie der soldatische Dienst, sind keine nationalen Besitztümer und Eigentümlichkeiten. Unsere Kirche ist eine weltweite Kirche, katholische Militärseelsorge gibt es inzwischen in mehr als vierzig Staaten der Welt, soldatischer Dienst ist – wir sagen es ja ständig – Dienst für die Sicherheit und Freiheit der Völker. Internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ist deshalb unerlässlich, ja lebensnotwendig für katholische Soldaten. Und – lassen Sie mich dies sagen, ohne als Deutscher und deutscher katholischer Soldat überheblich sein zu wollen – diese Arbeit ist heute weitgehend geprägt und lebt vom Engagement unserer Militärseelsorge, deutscher katholischer Soldaten und der GKS. Ich meine, wir müssen uns dieser Verantwortung auch weiterhin stellen.

Schon jetzt freuen wir uns – und hier kommen nationale und internationale Arbeit und Demon-

stration für unseren Glauben zusammen – auf eine große **Soldatenwallfahrt nach Rom im Heiligen Jahr 2000**, die das Katholische Militärbischofsamt mit uns zusammen und möglichst im internationalen Rahmen des AMI durchführen will.

Wir schauen also zuversichtlich in die Zukunft – wir werden's schon packen, auch wenn der Wind derzeit etwas stärker weht – mit Gottes und, wie ich glaube, sicherlich auch weiterhin mit der Hilfe unserer Militärpfarrer auf allen Ebenen.

Dank zum Schluß

Zum Schluß möchte ich den vielen Mitarbeitern an der Basis Dank sagen für ihren unermüdlichen Einsatz. Sie alle darf ich bitten, in ihrem Engagement auch zukünftig nicht nachzulassen und trotz gelegentlicher Rückschläge dennoch bei der Stange zu bleiben. Einschließen in diesen Dank möchte ich unsere Pensionäre; wir brauchen sie, und ohne ihre Mitarbeit würde in verschiedenen Bereichen die Arbeit brach liegen.

Ein ganz besonderer Dank gilt unserem Generalvikar, Herrn Prälat Jürgen Nabbefeld, der stets ein offenes Ohr für unsere Belange hat und sich mit Rat und Tat für das Wohl der GKS engagiert.

KURZ NOTIERT

Langendörfer: Interreligiöser Dialog wird zur Herausforderung

Wiesbaden, 17.05.96 (KNA) Als große Herausforderung für die Kirche in Europa hat der künftige Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Hans Langendörfer, den interreligiösen Dialog bezeichnet. Europa sei nie ein bloß christlicher Kontinent gewesen und werde es nie sein, sagte der Jesuit am Mittwochabend in Wiesbaden. Zwar werde es oft nicht leicht sein, zwischen Is-

lam und Christentum einen Konsens über Grundlagen der öffentlichen Ordnung zu finden; ein solcher Konsens sei aber unverzichtbar. Die Kirchen müßten das ihnen Mögliche dazu beitragen. – Langendörfer, der ab 1. Juli Sekretär der Bischofskonferenz ist und zuletzt mit Aufgaben der kirchlichen Europaarbeit beauftragt war, sprach bei einem Medienempfang der Bistümer Mainz und Limburg.

Seminare „Bewältigung der dritten Lebensphase“

Die Seminare „Bewältigung der dritten Lebensphase“ werden 1996 und 1997 durchgeführt in

- Nürnberg
 - vom 23. bis 27. Oktober 1996
 - vom 9. bis 13. April 1997
 - vom 8. bis 12. Oktober 1997
- Münster
 - vom 4. bis 8. Juni 1997.

Gibt es mehr Anmeldungen, als Plätze vorhanden sind, so erfolgt die Zuteilung der Plätze nach dem Zeitpunkt der Pensionierung und dem Eingang der Anmeldung.

Teilnehmen können Berufssoldaten mit ihren Ehefrauen, wenn sie in den nächsten drei Jahren in Pension gehen. Ein Ehepartner muß katholisch sein.

Die verbindliche Anmeldung für 1996 soll sofort, die für 1997 bis 1. November 1996 erfolgen an:

- Referent beim Bundesvorstand der GKS, Oberst a.D. Jürgen Bringmann, Breite Str. 25, 53111 Bonn, Tel.: 0228-638762 Fax: 0228-638763

oder an die für die Durchführung Verantwortlichen:

- Bereich Nord (Münster)
OTL a.D. Heinrich Havermann
Biggeseestr. 3, 49661 Cloppenburg, Tel.: 04471-81962
- Bereich Süd (Nürnberg)
OTL a.D. Volker Traßl, Sarreiterweg 29, 85560 Ebersberg, Tel.: 08092-23684, Fax: 089-8599131

Zusage- bzw. Absage/zeitliche Verschiebung werden durch den Referenten beim Bundesvorstand für 1996 umgehend, für 1997 ab November 1996 mitgeteilt.

Weitere Informationen (Offizielle Einladung als Unterlage für mögliche Dienstbefreiung und Programm) erhalten die Teilnehmer jeweils ca. vier Wochen vor Beginn des Seminars vom Katholischen Wehrbereichsdekan III (für Münster) bzw. VI (für Nürnberg).

Dieses Seminar gilt als Veranstaltung der Katholischen Militärseelsorge. Interessenten können Sonderurlaub gem. ZDv 66/1, Nr. 1, in Verbindung mit ZDv 14/5, Teil F, Ziff. 74 beantragen.

Für Unterkunft und Verpflegung werden pro Ehepaar und Tag erhoben (Stand April 1996):

bis einschl. BesGrp A8: DM 17,00
BesGrp A9 bis A12: DM 25,00
BesGrp A13 bis A15: DM 32,00
ab BesGrp A16 aufwärts: DM 44,00

Für die Fahrtkosten gilt ab 1997: Für alle Teilnehmer erfolgt die Abrechnung grundsätzlich nur zum nächstgelegenen Seminarort, d.h. für die Wehrbereiche I, II, III und VIII Münster, für die Wehrbereiche V, VI und VII Nürnberg, Wehrbereich IV nach geographischer Lage. Wird Teilnahme an einem entfernteren Seminarort gewünscht, so erfolgt die Fahrtkostenerstattung nur bis 200 Km.

Aktive Soldaten erhalten von der zuständigen Truppenverwaltung eine Militärfahrkarte 2. Klasse. Bei Benutzung des Privat-Pkw werden die Kosten bis zur Höhe einer Militärfahrkarte 2. Klasse unter Berücksichtigung der genannten Entfernungseinschränkungen erstattet.

Bericht aus den Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe 1

Arbeit im Wehrbereich/ in der Wehrbereichskonferenz

Leitung: Hptm Albert Goll

Ablauf/Ergebnis

Bei der Bearbeitung des Themas wurden folgende, auf der letzten Bundeskonferenz neu gefaßten, Dokumente

- Grundsatzpapier „Ziele und Wege“
- Ordnung der GKS
- Geschäftsordnung der GKS

sowie die

- die Ordnung für die „Arbeitskonferenz beim Kath. WB-Dekan“ zugrundegelegt.

1. Wehrbereichskonferenz

Die zweimalige, gemeinsame AK/WB-Konferenz in einem Jahr reicht aus, wenn der GKS in dieser gemeinsamen AK/WB-Konferenz genügend Zeit eingeräumt wird. Dies ist vor allem auch darin begründet, daß es sich bei den Vertretern der PGR und der GKS oft um identische Personen handelt. In allen anderen Fällen ist eine zusätzliche, unabhängige WB-Konferenz der GKS zu empfehlen, die vom WB-Vorsitzenden einberufen, geleitet und abgerechnet wird. Durch das Organ „Arbeitsausschuß beim Kath. WB-Dekan“, in

dem die GKS paritätisch vertreten ist, sollte sichergestellt werden, daß die GKS bei der gemeinsamen AK/WB-Konferenz nicht in die Randposition gedrängt wird, sondern auch ein Eigenleben führen kann. Durch entsprechende, vorbereitende Motivation sollten die Teilnehmer darauf eingestimmt sein, daß es sich um eine „Arbeits“-Konferenz handelt. Trotzdem sollten bei der Ausgestaltung dieser gemeinsamen Konferenzen die spirituelle und kulturelle Bildung sowie die Begegnung nicht zu kurz kommen.

Die bereits bei der ZV 1995 ausgesprochene Empfehlung für die Teilnahme von Ehegatten und Familienangehörigen an den AK/WB-Konferenzen wird nachdrücklich wiederholt (zumal sie von verschiedenen WB's schon praktiziert wird). Die Begründung und die Vorteile sind eindeutig: nur so können jüngere Kameraden als Funktionsträger gewonnen werden (Nachwuchs und Verjüngung der GKS). Die Teilnahme von Pensionären an der gemeinsamen AK/WB sollte auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt bleiben (nur wenn sie einen GKS-Kreis leiten).

Wo immer es möglich ist, sollten neben den AK/WB-Konferenzen auch Veranstaltungen (gemäß Veranstaltungskatalog) von der GKS im Wehrbereich angeboten werden (z.B. Frauenkreise, Frauen-/ Familienfreizeiten, Wallfahrten, Bildungsveranstaltungen).

2. Ausschüsse/Arbeitsgruppen

Über die Notwendigkeit, Ausschüsse oder Arbeitsgruppen zu bilden, liegen noch keine Erkenntnisse vor. Vorgeschlagen wird jedoch die Benennung von Beauftragten/Ansprechpartnern für aktuelle Projekte oder Themen. Auch die Beauftragung eines einzelnen GKS-Kreises mit einer solchen Aufgabe ist denkbar.

3. Hauptaufgabe der mittleren Ebene

Die Bündelung und Koordinierung der Aktivitäten in den GKS-Kreisen/an den Standorten erfolgt überwiegend durch die mündlichen Berichte bei der AK/WB-Konferenz. Zu fordern ist, daß an dem Informationsaustausch der GKS-Kreise mit dem Bundesgeschäftsführer der WB-Vorsitzende „info“ beteiligt wird.

Für die Weitergabe der Informationen aus dem Bundesvorstand an die Basis haben sich die Rundbriefe des WB-Vorsitzenden bewährt. Bundesvorstand/Referent/Bundesgeschäftsführer sollten jedoch vor der Herausgabe ihrer Rundbriefe die WB-Vorsitzenden rechtzeitig informieren, damit Doppel- oder Halbinformationen vermieden werden können.

Die übrigen Aufgaben der mittleren Ebene sind nur beispielhaft aufgezählt, da ihre Ausgestaltung von Wehrbereich zu Wehrbereich sehr unterschiedlich ist. Sie sollten trotzdem allen WB-Vorsitzenden immer wieder als „Pflichtenheft“ ans Herz gelegt werden.

Arbeitsgruppe 2

Aufbaueines/Arbeit in einem GKS –Kreis

Leitung: StFw Johann-Adolf Schacherl

Zunächst einmal müssen wir vorausschicken, „die Lösung“, die für alle GKS Kreise gilt, gibt es nicht. Jeder GKS-Kreis / jeder Standort ist anders. Es gilt, für jeden Kreis eine genaue Analyse vor Beginn der Arbeit durchzuführen.

Wir können hier nur Möglichkeiten ansprechen, aus denen jeder Anregungen für seinen Kreis mitnimmt. Ideen und Einfallsreichtum eines jeden sind gefragt.

1. Voraussetzung für einen Vorsitzenden ist es, daß er voll hinter der Sache steht. Denn die Mitglieder haben ein Gespür dafür, ob jemand sich nur „halbherzig“ oder voll engagiert. Der Vorsitzende muß sich als „Motor“ verstehen, der immer dort „anschiebt“, wo es zu stocken beginnt.
2. Wichtig ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem zuständigen Standortpfarrer (hier liegt noch einiges im Argen) bzw. dem Pfarrgemeinderat, bei der aber deutlich das eigene Profil und die besondere Aufgabenstellung der GKS herausgestellt werden sollte. Denn die GKS ist kein Konkurrenzunternehmen zum örtlichen Pfarrgemeinderat. Deshalb gilt es, in Abstimmung mit dem PGR zu arbeiten, um so ein effektives Ergebnis zu erzielen. Basisarbeit ist wichtig und unverzichtbar. Die GKS ist aber auch kein Festausschuß des Pfarrgemeinderates.
3. Was steht am Beginn der Arbeit?
Wer viel Zeit hat, kann auch viel tun. Wer weniger Zeit hat, kann halt nur weniger machen. Wichtig ist nur, daß auch etwas geschieht.

- Besteht bereits ein GKS-Kreis, soll ein GKS-Kreis gegründet oder wiederbelebt werden?
4. Bestandsaufnahme (lassen Sie sich hierzu Zeit, dafür aber gründlich).
 - Welche Situation stellt sich für mich?
 - Für welchen Bereich bin ich zuständig?
 - Welche Dienststelle habe ich zu betreuen?
 - Was will ich überhaupt machen?
 - Welche Unterstützung habe ich?
 - Stehen mir Mitarbeiter zur Verfügung?
 - Welche Mitglieder habe ich bereits?
 - Überalterung der Kreise vorbeugen, rechtzeitig um Nachwuchs bemüht sein.
 - etc.etc.
 5. Nicht vergessen: Bekanntmachen der GKS
 - Bekanntmachen der Mitarbeiter/Ansprechpartner der GKS
 - Aushang, Pfarrbrief etc.
 - Erfassungsbogen/jährliches Reaktionsschreiben mit Antwortschreiben etc.
 6. Was will / kann ich machen?
 - Siehe auch Handbuch der GKS
 - Klausurtagung gemeinsam mit PGR
 - Abstimmen der Vorhaben mit dem Standortpfarrer
 7. Beispiel:
So wie wir gemäß der BW-Verbandszeitung 4/96 um unsere Wehrpflichtigen werben sollen, unter dem Motto – Neue Wege – neues Image –, kommen wir auch um eine Werbung für die GKS nicht herum. Noch immer gibt es Soldaten, die seit 20 und mehr Jahren im Dienst sind, von denen Sie hören werden „GKS? Was ist das? Hab ich noch nie gehört!“
 8. Art und Weise der Verbreitung von Informationen:
 - Pfarrbrief
 - Gesonderte Rundschreiben der GKS
 - Beilage in Weltbild/sonstigen Publikationen etc.
 - Gezieltes Anschreiben an die Mitglieder/Einzelmitglieder
 - Jahresübersicht der Vorhaben o.ä.
 9. Anregungen/Wünsche zur Verbesserung der Arbeit in den Kreisen an den Bundesvorstand:
 - Entsendung von geeigneten Pfarrern in die neuen Bundesländer
 - Wer paßt in welchen Standort?
 - Unterstützung/Werbung/PR durch den Bundesvorstand, damit die Arbeit an der Basis leichter und die GKS bekannter wird.
 - Vor allem in den neuen Bundesländern, damit die GKS nicht als Westinstitution angesehen wird.
 - „Schnupperwochenende“ der GKS für junge Familien.
 - Seminare für Kompaniefeldwebel.

Arbeitsgruppe 3:**Mitgliederstruktur, Mitgliedererfassung, Beitragszahlung****Leitung StFw Frank Hübsche**

Mit der Dokumentation „Gemeinsam in die Zukunft“ wurde auch die Mitgliedschaft in der GKS präzisiert. Daraus entstand die Aufforderung an den Bundesvorstand sich auch mit möglichen Beitragszahlungen, insbesondere der Mitglieder die keinen finanziellen Beitrag zur Finanzierung der Militärseelsorge leisten, zu befassen. Der Bundesvorstand richtete dazu eine Arbeitsgruppe (AG) während der Bundeskonferenz ein.

In der AG (16 Mitglieder) wurden Meinungen zu den o.g. Stichworten gesammelt und in vier Themenbereichen inhaltlich zusammengefasst. In Form einer Situationsanalyse (SOLL, IST, mögliche Widerstände/offene Fragen, Lösungsansätze) befassten sich dann vier Arbeitskreise (AK) mit den Themen. Das Ergebnis wird in Stichworten dargestellt. Es ist offen und soll dazu auffordern weitere Anregungen der Kreise und Wehrbereiche einzubringen.

1. Mitgliedschaft, Beiträge und deren Auswirkungen**IST**

- Mitgliedschaft nur auf Grund eigener Erklärung (mündlich o. schriftlich)
- Kein Mitgliedsbeitrag
- Gemäß „GO“ der GKS kein Unterschied zwischen aktiven Soldaten u. Soldaten a.D. (d.R.); jedoch für nicht der Jurisdiktion des Kath. Militärbischofs Zugehörige keine kirchlichen Haushaltungsmittel

SOLL

- Gleichberechtigte Mitgliedschaft von Soldaten in und außer Dienst
- Schriftliche Beitragserklärung Pflicht
- Erhebung von Mitgliedsbeiträgen
- Mitgliedsausweis (nicht erforderlich /Kosten)
- Mitgliedskartei
- Im Mitgliedsbeitrag „Auftrag“ enthalten

Widerstände / offene Fragen

- Arbeitsaufwand
- Finanzielle Belastung
- Bedenken gegen schriftliche Festlegung
- Datenschutz !?

Lösungsansätze

- Generell schriftliche Form des Beitritts
- Mitgliedsbeiträge für alle gleich, unabhängig vom Status und Dienstgrad, Empfehlung: 5 DM/Monat = 60 DM/Jahr; andere Empfehlung: 3 DM/Monat, (1 DM = Kreis, 1 DM = WB, 1 DM Bund)
- Mitgliedskartei auf allen Ebenen (Kreis, Wehrbereich, Bundesvorstand)

2. Spenden**IST**

- zur Zeit bestehendes Spendenkonto der GKS

SOLL

- keine Beiträge
- neue rechtliche Grundlagen, daher zu hoher Verwaltungsaufwand also Spenden

Widerstände

- „Selbsteinschätzung“ = Grauzone der Mitglieder führt zu unterschiedlichen Spendenzahlungen
- nicht zu definierender Verwaltungsaufwand
- Pflichten, Ja! Rechte, Nein?

Lösungsansatz

- bisheriges Spendenformular um ein Kästchen „Mitgliedsspende“ erweitern
- Ergänzung im Handbuch
 - Spendenrichtlinien
 - was beinhaltet die Spende?
 - * Mitgliedschaft
 - * z. B. Bezug „Auftrag“

3. Rechtsformen**IST**

- kath. u. kirchlicher Verband im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)
- Personalverband gem. Codex Iuris Canonici (CIC)

Möglichkeiten: Verein/eingetragener Verein**SOLL**

- eingetragener Verein (?)

Widerstände/offene Fragen

- Notwendigkeit von Ausgaben
- Gleichberechtigung der Mitglieder (Rechte/Pflichten/Offenlegung)
- Publikationen
- Verteilung von Geldmitteln
- Abhängigkeiten der Rechtsform (Wirtschaftliches Handeln – Spenden etc.)

4. Publikationen = AUFTRAG**IST**

- Verteilung über GKS-Kreis
- z.T. noch über Standortpfarrer ?!
- (anderes Problem: Weltbild, Kompaß u.a.)
- Einzelversand zur Zeit kostenlos

SOLL

- persönliche Verteilung über GKS-Kreis = pastorale Tätigkeit
- Einzelversand Ausnahme
- Weitergabe an „Außenstehende“ = Werbung

Widerstände

- keine gezielte Verteilung
- zu viele im Umlauf
- erhöhter Kostenaufwand
- unbefriedigende Mitgliedererfassung

Lösungsansatz

- vollständige Umsetzung des Verteilungskonzeptes
- echte Mitgliederzeitschrift = Beitrag
- Werbeexemplar für „Außenstehende“

Gegen die Gleichgültigkeit und die Unsicherheit der Christen

Hanna-Renate Laurien

Lassen Sie mich gleich zu Beginn feststellen, daß Gleichgültigkeit und Unsicherheit keineswegs Merkmale aller Christen in Deutschland sind. Selten hat es wohl derart engagierte Gemeinden, derart hervorragende Foren der Diskussion in unseren Akademien, so bewegte und bewegende Christen im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und auch im Kirchenvolksbegehren gegeben wie heute, und doch zündet das Zeugnis nicht. Das hat mancherlei, höchst unterschiedliche Gründe, und hat sowohl mit der Verfaßtheit unserer Gesellschaft zu tun wie mit der unserer Kirche, in der es nicht selten am Mut zur Freiheit, am Mut zu neuen Wegen fehlt, wie sie unsere Kirche etwa in ihren Anfängen, aber auch in den Umgestaltungen des 4. Jahrhunderts ging und wie sie vom Zweiten Vatikanischen Konzil, auch von der Würzburger Synode in Aufbruchstimmung beschritten wurden. Ich will Ihnen hier heute keine „Rezepte“ geben, aber versuchen zu zeigen, wie wir im Aufnehmen der Zeichen der Zeit die Anziehungskraft unseres Glaubens bekunden können.

Ein wichtiges Kennzeichen unserer Gesellschaft ist, daß die Menschen den Anspruch erheben, das eigene Leben selbst zu steuern, daß sie Freiheit einfordern. Fremdbestimmung – und da wissen gerade Sie sicher mehr als ein Lied zu singen – wird abgelehnt. Ob Staat oder Kirche, keiner und keine will sich als unmündig behandelt sehen. Von Institutionen und Normen will man nicht viel wissen, und Autorität versieht man mit einem Fragezeichen. So geht es um unseren Umgang mit der Freiheit.



Freie Menschen, das ist eine aufregende Tatsache, müssen sich entscheiden, und über die Moderne könnte man schreiben: Vom Schicksal zur Wahl. Beruf, Partner, Partei, Konfession, wir sind zur Entscheidung gerufen. Und wir erfahren: wir können unsere Freiheit zum Guten wie zum Bösen, bis hin zum Mord, einsetzen.

Wer die Bibel kennt, weiß, daß Gott, nachdem er den Menschen geschaffen und ihm diese Freiheit gegeben hatte, gar nicht zufrieden war, ja, es reute ihn, den Menschen gemacht zu haben (Gen 6,6). Die Sintflut war als Strafe, ja als Vernichtung dieser üblen Brut angesetzt, und nur Noah, der seinen Weg mit Gott ging, fand Gnade. Doch nun folgt etwas hoch Bedeutendes. Nach der Sintflut, als Noah das Brandopfer darbringt, erklärt Gott: „Ich will die Erde wegen des Menschen nicht noch einmal verfluchen ...“ und nun kommt ein Wort, das wir genau aufnehmen müssen. Er fährt fort: „DENN das Trachten des Menschen ist böse von Jugend an“. Er sagt nicht, ich verschone den Menschen, obwohl

er mit seiner Freiheit so schlecht umgeht, er sagt DENN, das heißt, er sagt Ja zu diesem Geschöpf, auch wenn dies Geschöpf immer wieder in Schuld verfällt. Es ist ein Ja ohne Bedingung, allerdings nicht ohne Forderung, denn diesem Menschen übergibt er nun alles Lebendige, von ihm fordert er Rechenschaft. Wir haben uns auf diese Welt, so wie sie ist, einzulassen. Und wer nun meint, die Geschichte mit dem Turmbau zu Babel (Gen 11), wo Gott die Menschen zerstreute, so daß sie „auf-

hören mußten, die Stadt zu bauen“, spreche dagegen, der muß genau lesen, und er wird entdecken: Gottes Handeln richtet sich nicht gegen die Tätigkeit des Bauens, wohl aber dagegen, daß die Menschen die Grenzen ihrer Geschöpflichkeit sprengen wollen. Das verstehen wir heute recht gut, nachdem der Fortschrittsglaube an seine Grenzen geraten ist, nachdem wir wissen, daß wir nicht alles dürfen, was wir können.

Christ in der Gesellschaft von heute, das ist Annahme unserer Schöpfungsverantwortung, Annahme unserer Geschöpflichkeit. Ohne -mich-Haltungen, Politikverdrossenheit können sich nicht auf das Christentum berufen. Das sind Zuschauerhaltungen, Verhaltenweisen ohne Verantwortungsbereitschaft. Für Entscheidungen in Verantwortung brauchen wir Maßstäbe, Orientierungspunkte. Freiheit bleibt lebenswert nur, wenn ihre Grenzen beachtet werden. Art. 2 unseres Grundgesetzes besagt eindeutig, daß meine Freiheit stets durch die Freiheit des anderen begrenzt sein muß.

In der Öffentlichkeit wurde und wird erörtert, ob die Berufung auf Gott – „in Verantwortung vor Gott“ – in die Verfassung eines säkularen Staates gehören kann. Ich sage nachdrücklich Ja, und zwar nicht nur, weil es auch um das Bewahren von Traditionen geht, sondern weil dadurch der säkulare Staat seine Grenze bewußt macht. Politik ist nicht für das Heil der Menschen zuständig, sie hat sich um deren Wohl zu sorgen. Nur der freiheitliche Staat, die freiheitliche Gesellschaft ist sich dieser Begrenzung bewußt, deren Preisgabe das Ende von Freiheit bedeutet. Ich komme auf diesen Zusammenhang beim dritten Merkmal noch einmal zurück. Jetzt lassen Sie uns die Feststellung des Anfangs aufnehmen, daß die Menschen heute keine Fremdbestimmung wollen, Normen und Autoritäten kritisch begegnen. Sobald man nun aber miteinander über die Inhalte der Normen spricht – über Zuverlässigkeit in der Beziehung von Mann und Frau, über das Lebensrecht dieses Kindes vor uns, über die Unerläßlichkeit von Engagement –, verändert sich das Bild. Diese Inhalte finden weithin Zustimmung. Man wehrt sich gegen die apodiktische Form der Vermittlung. Vieles heute, auch das Verständnis von Institutionen, ist ein Problem der Vermittlung, hängt davon ab, wie es gesagt, wie es begründet wird.

Lassen Sie mich ein kleines Beispiel nennen. Mit der Drohung, daß derjenige, der am Sonntag nicht die Hl. Messe besucht, schuldig wird, werde ich keinen jungen Menschen zum Kirchbesuch veranlassen. Aber wenn ich ihm bezeugen kann, wie solch eine Stunde mich ernährt, mir hilft, mich stärkt, kann auch er oder sie neugierig auf solche Erfahrung werden, kann ihm oder ihr auch solche Erfahrung zuteil werden.

Wir entwickeln neue Normen, und Lehren hat Vorrang vor Belehren. Erfahrenen Glauben zu bezeugen, das ist der Weg, der sich von vereinnehmender Mission unterscheidet.

Solidarität leben

Ein anderes Merkmal unserer Gesellschaft ist gewiß das Problem der Solidarität. Wir beobachten an mehr als einer Stelle Entsolida-

risierung, doch gleichzeitig sehnen sich dieselben Menschen nach helfender Solidarität. Christen, die sich als Geschöpf verstehen, die deshalb ihr Tun nicht als bloße eigene Leistung, sondern auch als Geschenk verstehen, können belastbare Solidarität leben. Wenn ich, sozusagen in einem anderen Zugang zu unserem Thema nach der Erkennbarkeit der Christen fragen werde, ist diese Bereitschaft zur Solidarität sehr wichtig. Solidarität hat viel mit dem Verwirklichen von Gerechtigkeit zutun. Das gelingt, auch wenn es im einzelnen fehlerhaft sein mag, niemals ohne Politik. Politik soll zu einem Staat führen, in dem die Lebensbedingungen so beschaffen sind, daß die Menschen so leben können, wie sie leben sollten.

Ich habe nicht gesagt, wie sie leben möchten, ich habe gesagt, wie sie leben sollten. Und wir begreifen, daß der freiheitliche Staat, anders als die Diktatur, keine Weltanschauung verordnet, keine Ethik als verpflichtend erklärt, du mußt so und nicht anders handeln, aber – er setzt voraus, daß seine Bürgerinnen und Bürger eine Ethik haben und daß bestimmte Verhaltensweisen sozusagen als selbstverständlich begriffen werden. Das ist in unseren Tagen ein weites Feld, wahrhaftig nicht nur für Christen. Wir müssen gewisse Selbstverständlichkeiten zurückgewinnen. Ich bin allerdings der Meinung, daß viele solcher Selbstverständlichkeiten noch gelebt werden, nur werden sie nicht veröffentlicht. Wir müssen die gute Nachricht senden. In unseren Gesprächen, sogar am Stammtisch, in unseren Betrieben, in unseren Familien, in unseren politischen und in unseren kirchlichen Gemeinden.

Totale Diesseitigkeit

Und nun will ich noch ein drittes Merkmal unserer Gesellschaft zur Sprache bringen. Diese Gesellschaft versteht sich weithin diesseitig. Man hat den Himmel verloren. Professor Paul Zulehner hat in seiner Veröffentlichung „Kirchen im Übergang in freiheitliche Gesellschaften“ beeindruckend belegt, wie die Frage nach Gott in kaum einem anderen Land so sehr erloschen ist wie in der ehemaligen

DDR, und er hat in seinen auch den Westen umspannenden Untersuchungen immer wieder belegt, daß auch Ansätze persönlicher Frömmigkeit nicht christlich geformt sind, daß die Mehrheit ihr Leben diesseitig versteht. Totale Diesseitigkeit, so Paul Zulehner, entsolidarisiert. Wenn es nur dieses Leben gibt, dann will ich meine maßlose Sehnsucht im Hier verwirklichen.

Nicht wenige Menschen erwarten in der Liebe, daß der andere ihn oder sie von sich selbst erlöst. Sie begegnen dem Partner mit fast absoluten Erwartungen. Das kann nur schief gehen. Leben kann nur gelingen, wenn ich auch dem anderen seine Unvollkommenheit zubillige. Catarina von Siena, Kirchenlehrerin, hat in ihrem Dialogus Gott gefragt, warum er uns denn nicht vollkommen geschaffen habe, warum er uns denn so unzulänglich sein läßt, – und vielleicht spüren Sie, wie das mit dem Regenbogen nach der Sintflut und dem dabei von mir Erwähnten zusammenhängt. Seine Antwort, für mich immer wieder hinreißend und bedenkenswert. Er sagt, er habe diesem das, jenem etwas anderes gegeben, aber keinem alles, „damit ihr erfahrt, daß ihr einander bedürft.“ Aus dem Verständnis unseres Geschöpfseins wächst das Miteinander.

Und nun beziehe ich mich noch einmal auf die Anrufung Gottes in der Verfassung. Damit, ich wiederhole mich bewußt, bekundet der freiheitliche Staat seine Grenze, gibt er zu erkennen, daß es eine andere Wirklichkeit als die des Meßbaren, Anfaßbaren gibt. Nur aus dieser Wirklichkeit, so fahre ich nun fort, kann es eine über diese Welt hinausreichende Gerechtigkeit geben, nur mit ihr, bleiben die Geschundenen nicht die Verlierer. Das ist kein Trost auf ein irgendwann kommendes Jenseits, daraus erwächst, wenn wir denn eine solche Wirklichkeit glauben, die Verpflichtung, der Stachel, dieses „himmlische Jerusalem“ schon in unseren Tagen wenigstens ahnbar werden zu lassen. Aus dieser Wirklichkeit richten sich immer wieder kritische Fragen an die irdische Gerechtigkeit.

Wenn uns dieser Jesus nicht nur ein vortrefflicher Mensch ist, sozusagen der vorbildliche Sozial-

arbeiter vor der Einführung des sozialen Rechtsstaates, wenn in ihm uns Gott begegnet, wenn seine Auferstehung für uns Glaubewirklichkeit ist, in der er in unserem Heute anwesend ist, dann wollen wir seine Botschaft der vorbehaltlosen Liebe unseres Gottes wenigstens ahnbar werden lassen. Das aber tun wir nicht alle in gleicher Weise. Hier kommt abermals die Freiheit zur Sprache. Im Aufbegehren gegen Diktatur, Unrecht oder Ausbeutung finden sich verschiedenste Stimmen zu einem einheitlichen NEIN, in dem ein besseres Ja zu ahnen ist. Wenn aber das freiheitliche Ja möglich wird, gibt es niemals nur eine Stimme. Im Pfingstgeschehen, das die Sprachenverwirrung von Babylon aufhebt, sprechen die Menschen aus den verschiedensten Ländern nicht auf einmal EINE Sprache, nein, jeder redet in seiner Sprache, aber sie verstehen einander. Das ist ein herausforderndes Zeichen: nicht egalitäre Gleichheit, vielmehr freiheitliche Unterschiedlichkeit.

Das Zweite Vatikanische Konzil hat in der Pastoralkonstitution über die Stellung der Kirche in der Welt (*Gaudium et spes*) festgestellt, daß Christen in vielen Fragen bei gleicher Sachkompetenz und gleichem Gewissensernst zu verschiedenen Antworten kommen können. Keiner darf dann die Autorität der Kirche nur für sich in Anspruch nehmen. Zwar hat das erste päpstliche Dokument, das zu Fragen der modernen Gesellschaft Stellung nahm, die Enzyklika „*Mirari vos*“ des Papstes Gregor XVI. von 1832 Meinungs- und Pressefreiheit als teuflisch verurteilt, und es hat polemische Diffamierung ausgespritzt und sogar Schriftzitate verdreht. (1. Kor. 4,21: Paulus fragt die Gemeinde: „Was wollt ihr? Soll ich mit dem Stock zu euch kommen oder mit Liebe – im Geist der Sanftmut?“ Der Papst folgert daraus die Berechtigung, die „Aufrührer“ „mit dem Stock“ zu zähmen).

Heute aber ist unsere Kirche, vor allem seit Papst Johannes XXIII. in seiner Enzyklika „*Pacem in terris*“ (1963) die Methode des Stockes verwarf, Anwalt der Freiheit und wertet die Demokratie, den freiheitlichen, sozialen Rechtsstaat als die politische Form, die christlicher Botschaft am ehesten

entspricht.

Diese Freiheit, dies Recht auf Unterschiedlichkeit macht es nun schwer, Christen zu erkennen. Aus dem bisher Gesagten ergibt sich fast mit Selbstverständlichkeit, daß bestimmte Verhaltensformen, bestimmte Entscheidungen für Christen „eigentlich“ nicht zulässig sind. Das fällt in den Bereich der persönlichen Sittlichkeit. Aber wenn denn nun, wie dargestellt, Christen verschiedener Meinung sein dürfen – und es ja auch sind –, und wenn denn nun Christen und Nichtchristen in mehr als einer Sache in Meinung und Haltung übereinstimmen können, ja, nicht selten, worum immer es gehen mag, von der Beachtung der Menschenwürde bis zur Vergebungsbereitschaft, das Zeugnis von Nichtchristen uns beschämen kann, so müssen wir eine Nicht-Unterscheidbarkeit feststellen. Zwar haben viele dieser Haltungen ihren Ursprung im Christentum, Menschenwürde so gut wie Entscheidungsfreiheit, aber dies Herkunftsbewußtsein ist verloren gegangen, und der „moderne Heide“ weiß meist gar nicht, wie „christlich“ sein Verhalten ist. Zweifellos kann der einzelne Christ durch seine Existenz überzeugen, aber wenn wir nach „Christ in der Gesellschaft“, nach sichtbarem Zeugnis fragen, dann geht es doch um mehr.

Bundespräsident Herzog hat in einer bewegenden Rede 1996 die neuen Unübersichtlichkeiten, die die Menschen ängstigen, beschrieben und bemerkt: „... dort, wo vernunftgemäßes Verstehen endet, (wird) Vertrauen um so wichtiger. Und zur Entwicklung dieses Vertrauens können auch die Kirchen beitragen. Denn Gottvertrauen ist immer noch ein gutes Rüstzeug für diese Wanderung.“

Er spricht nicht von einzelnen Christen, er spricht von den Kirchen. In der Tat, als einzelne sind wir mit all den Forderungen der neuen Geborgenheit, der Redlichkeit, der Bekenntnisbereitschaft gnadenlos überfordert. Gesellschaftsprägend sind wir nicht, selbst wenn wir als einzelne hervorragend wären. So wichtig die Kraft des einzelnen Herzens ist, sie reicht allein nicht aus. Jesus begründet Gemeinschaft. Das Bild unserer Zeit ist der Strom kaum mehr zählbarer Menschen auf den

Straßen und Plätzen. Es ist aber auch die Fensterfassade des 10-stöckigen Baues, in dem kaum einer den anderen kennt. Wir genießen die Anonymität und leiden an der Einsamkeit. Einsamkeit ist das Partnerwort zu autonomer Selbstständigkeit, zu absoluter Selbstbestimmung. Menschlich wird Selbstständigkeit erst in Partnerschaft, in Beziehung zu einem Du, einem Wir.

Hier hat die christliche Gemeinde Auftrag? ...? Aufgabe und Chance. Sie kann lebendige Zelle sein, nicht etwa isolierte und isolierende Nische. Geöffnete Stätte der Begegnung und der konkreten Hilfe, Hilfe für die Geschundenen, die Suchenden, Begegnungsstätte für die Glaubenden, Stätte, in der die Gemeinsamkeit der Christen trotz aller Unterschiede erfahren wird, Stätte, in der wir unseren Glauben vertiefen. Das gelingt uns in aller Unvollkommenheit im sozialen Engagement. Wir delegieren Diakonie nicht bloß an die Caritas, wir verstehen sie als Aufgabe unserer Gemeinde, unserer Gemeinschaft. Dies gelingt uns in Glaubensgesprächen, im Feiern fröhlicher Feste. Kirche ist Weggemeinschaft.

Gerade da aber haben wir immer wieder Enttäuschungserfahrungen. Wenn die drei oberrheinischen Bischöfe ein pastorales Wort zum Umgang mit Wiederverheirateten Geschiedenen gesprochen haben, das mehr zur Gewissensbildung beigetragen hat und beiträgt als die harsche kommandierend-unbarmherzige römische Antwort, dann macht es uns eben diese römische Rede nicht leicht, das Zeugnis der Weggemeinschaft zu geben. Ich ziehe dann stets das kluge und mutige Schreiben der drei Bischöfe an die in ihren Diözesen Tätigen heran, das sie nach der römischen Zurechtweisung herausgegeben haben und in dem sie die Unverbrüchlichkeit der Gewissensentscheidung zur Sprache bringen. Kann man diese Situation mit „Unsicherheit“ überschreiben? Wohl eher mit der Spannung zwischen Lehramt und Glaubens- und Lebenswirklichkeit, die wir getrost aufnehmen dürfen.

Hier hilft abermals das Verständnis des Menschen als Geschöpf: das Geschöpf verneint irdische Absolutheit, aber es braucht

sich auch nicht verzweifelter Resignation auszuliefern. Aus der Geschichtlichkeit unseres Glaubens wächst seine Wandlungskraft, die allein das Bleibende im Wechsel der Zeiten bewahrt. In der Anerkennung eines Absoluten zerstört das Anbeten von Götzen (Barth). Das ist die Freiheit eines Christenmenschen. Indem ich mich an dies Absolute binde, an den Gott, den Jesus in zärtlicher Kindersprache ABBA, Väterchen, nennt, erfüllt sich christliches Freiheitsverständnis im Zeugnis der Liebe, das auch Erbarmen, Schuldbekenntnis und Vergebung einschließt, erwachsen aus dieser Bindung freiheitliche Selbständigkeit, Mündigkeit. So kann Gemeinschaft in unserer Kirche als Bündnis der Mündigen verstanden, gelebt und bezeugt werden.

Wir müssen glaubende Lerngemeinschaft sein, müssen lernen, über unsern Glauben auch Auskunft geben zu können. Ob ich den Berliner Diözesanrat anschau, als dessen Vorsitzende ich ja auch heute hier bin, oder Sie als Gemeinschaft, wir sind keine Versammlung von lauter Einzelnen, wir sind als Gemeinschaft Teil der

Kirche, Teil einer Institution. Ohne Institution gibt es keine Beständigkeit, keine Dauer der Glaubensbotschaft. Institutionen, ich erinnere an unseren Anfang, haben entlastenden Charakter und sie sind Möglichkeiten bleibender Wirksamkeit.

Gemeinschaft leben

Dies Zeugnis der Gemeinsamkeit ist ein helfendes und forderndes Bekenntnis in unserer Gesellschaft. Aus dem Evangelium wachsen neue Gemeinschaftsbeziehungen. Nicht wir haben uns zu einem Verein zusammengefunden, nein, der Ursprung unserer Gemeinsamkeit liegt im Glauben an diesen Jesus, der sich total auf uns, auf diese Welt eingelassen hat, eben Mensch geworden ist, und aus dessen Leben in Gott und mit uns nach seiner Kreuzigung wir glaubend Hoffnung schöpfen. Daß wir Hoffnung leben, ist das Zeichen, das wir in diese von Ängsten geschüttelte Gesellschaft geben. Und daß wir eine Gemeinschaft leben können, die nicht in unseren Gefühlen füreinander gründet, die wir auch haben und haben dürfen, vielmehr in der

Tatsache, daß diese Gemeinschaft Gabe des Heiligen Geistes ist. Du mein glaubender Bruder, du meine glaubende Schwester. Sogar wenn mir deine Meinung über das Zölibat oder über das Priestertum der Frau nicht gefällt, bist du immer noch mein Bruder, meine Schwester im Glauben. Wie wir untereinander streiten, das ist eine Nagelprobe unserer Glaubwürdigkeit.

Der Vorgang mit dem Kirchenvolksbegehren hat an vielen Orten hier positive Signale gesetzt. Hier hilft die Bindung an die Institution Kirche. Es ist wichtig, nicht nur Ich zu sagen und zu sein. Kirche, so hat Fulbert Steffensky kürzlich in der Herder Korrespondenz festgestellt (August 1995) ist „der Ort, an dem über die kurze Kraft des einzelnen hinaus die Bilder und die Geschichte der Freiheit gehütet und verkündet werden, und zwar institutionell gesichert. Es ist der Ort, der nicht durch mich errichtet werden muß, er ist da.“ So wollen wir Glauben nicht nur der Qualität der persönlichen Begegnung ausliefern, vielmehr uns als Gemeinschaft in unserer Kirche verstehen. Kirche ist Weggemeinschaft.



Blick in den großen Hörsaal des Exerzitien- und Bildungshauses Schloß Hirschberg während des Vortrags von Dr. Hanna-Renate Laurin. Den siebeneckigen Raum mit Mauern aus herben Dolomitquadern erreicht man gleichsam wie eine Krypta über eine steile Treppe von der Marienkapelle aus (Architekt Frhr. v. Branca). (Foto F. Brockmeier)

Eine gesichtslose Militärseelsorge verhindern

Bericht des Geistlichen Beirats der GKS

Walter Theis

Nach einer 40 Jahre vielleicht zu selbstverständlich praktizierten Militärseelsorge und angesichts der Veränderung des Auftrags derer, an die sich diese Form der Seelsorge richtet (Friedensgestaltung – Einsatzbewältigung), gibt es Anzeichen dafür, daß sie in der Gefahr steht, gesichtslos zu werden. Die Gefahr ist nicht dadurch gebannt, daß die rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen garantiert bleiben, sondern dadurch, daß die, die mit Militärseelsorge zu tun haben, ihr auch aufgrund einer veränderten Glaubenssituation in unserem Land ein Etikett anhängen, das mit der Zielsetzung der Seelsorge nur noch am Rande zu tun hat.

Von daher ist es angebracht, den Versuch zu unternehmen – unter Berücksichtigung der derzeitigen Situation, den derzeitigen Anforderungen und den derzeitigen Personen, für die Militärseelsorge da ist –, die ganze Breite dessen, was von Militärseelsorge gefordert werden kann und muß, darzustellen.

1. Der Auftrag der Militärseelsorge ist von der Aufgabenstellung her im Frieden und bei Einsätzen grundsätzlich gleich: die seelsorgliche Begleitung des Soldaten und dessen Anspruch auf ungestörte Religionsausübung (GG Art.4) zu gewährleisten.

2. Der Umfang des Auftrags der Militärseelsorge ist in der Bundeswehr nicht eingeschränkt auf die seelsorgliche Begleitung/Versorgung im engeren Sinn, d.h. auf Gottesdienste, Amtshandlungen, Sakramentspendung und Individualseelsorge.

Seelsorge beschränkt sich nicht nur auf das Individuum in seinem persönlichen Heilsbemühen. Sie berücksichtigt ebenso, daß dieses Individuum immer

auch in ein jeweilig gesellschaftliches Umfeld eingebettet ist. Damit entstehen Wechselwirkungen, die erweiterte Tätigkeiten der Militärseelsorge erfordern: einzuwirken auf das öffentliche Handeln in diakonischer, missionarischer und ökumenischer Absicht, desweiteren religiös-ethische Unterweisung anzubieten und sich um die Familien der Soldaten zu sorgen. Darüber hinaus gehört in dieses Tätigkeitsfeld die Beratung der militärischen Vorgesetzten in religiösen, ethischen und sozialen Fragen.

Aus dieser Sicht wird von der Militärseelsorge in der Bundeswehr erwartet, daß sie überkonfessionelle, gesellschaftlich relevante und deshalb verbindende Werte vermittelt. Damit kann sie aus gegebenem Anlaß auch eine gewisse kritische Solidarität gegenüber der Bundeswehr praktizieren. Einbezogen sollte daher der Militärgeistliche auch bei persönlichen und sozialen Konfliktfällen sein.

3. Ziel der Aktivitäten der Militärseelsorge ist ein Beitrag zur Lebens-/Situationsbewältigung, der es dem einzelnen Soldaten erlaubt die Fragen seines Lebens und seines Auftrags auf der Grundlage seines christlichen Glaubens sinnvoll zu beantworten und das daraus folgende Handeln zu verantworten.

Dazu bietet sie Handlungsmaßstäbe, die sie aus dem Ethos ihrer Verkündigung ableitet. Daß sie die Hilfsmittel der Kirche denen anbietet, denen der Glaube unverzichtbares Lebensfundament ist, ist selbstverständlich.

4. Das Interesse der Gesellschaft an Militärseelsorge leitet sich daher ab, daß es ihr nicht gleichgültig sein kann, ob ihre

Glieder, die als Soldaten eine auf Freiheit und Recht angelegte Lebensordnung verteidigen, zu wertindifferenten Waffenhandwerkern und Kriegstechnikern ausgebildet werden, oder ob sie lernen ihren Dienst ethisch zu verantworten. Die Gesellschaft hat das Recht darauf, jene Maßstäbe, die verantwortet Entscheidungen prägen, zu kennen, um damit beurteilen zu können, ob der Soldat seinen täglichen Dienst praktiziert, indem er weiß, wem und wofür er dient, oder ob er sich in Erfüllung seines Dienstes nur einer „militärischen Gruppenmoral“ bedient. Eine solche Kenntnis der Gesellschaft erlaubt ihr im positiven Sinn eine gewisse Kontrolle über die Streitkräfte. Insofern gibt es deutliche Berührungspunkte zur Inneren Führung.

Bei diesem Lebensvollzug – vor allem in der Situation eines Einsatzes – gibt es Grenzerlebnisse und Erfahrungen die psychische und psychische Verletzungen verursachen. Diese können so schwerwiegend sein, daß die gesunden Reaktions- und Bewältigungsmechanismen der betroffenen Soldaten außer Kraft gesetzt werden. Menschlich auffälliges Fehlverhalten ist die Folge. Solche Grenzerfahrungen verweisen letztlich immer auch auf die religiöse Dimension menschlicher Existenz. Diese Tatsache muß thematisiert werden. Auch dies ist Aufgabe der Militärseelsorge.

Hier allerdings ist der Militärgeistliche auf solche Fachleute verwiesen, die die Gesetzmäßigkeit solcher Symptome kennen, sie diagnostizieren und gar therapieren gelernt haben: die Wehrpsychiater und die Truppenpsychologen. Der Beitrag der Militärgeistlichen besteht darin, den betroffenen Soldaten zu helfen mit

Letztfragen menschlichen Lebens umgehen zu können. Denn die Klärung dieser Fragen ist für den Heilungsprozeß von entscheidender Bedeutung. Ganz abgesehen davon ist sie für einen gelingenden Sterbeprozess unverzichtbar. Die Schnittstelle in der Arbeit dieser Berufsgruppen ist der jeweils konkrete Einzelfall. Hier geschieht die notwendige Kooperation. Der Erfolg dieser Kooperation erweist sich dort, wo es Militärgeistlichen gelingt, ein auffälliges Verhalten zu erkennen, das die Hilfe eines Fachmannes erfordert, der durch Ausbildung qualifiziert ist und den betreffenden Soldaten an diesen verweist. Und umgekehrt, wenn der Psychiater oder Truppenpsychologe im Hilfe- und Heilungsprozeß erkennt, daß ein Patient außer der Fachbehandlung auch auf jene Hilfe angewiesen ist, die der Militärgeistliche anbieten kann, sofern der Patient davon Gebrauch machen möchte. Die Effektivität einer solchen Fähigkeit der Militärgeistlichen, in außergewöhnlichen Fällen helfen zu kön-

nen, ergibt sich einmal aus dem kirchlichen Auftrag, zum anderen aus der rechtlich geordneten strukturellen Einbindung der Militärseelsorge in die Streitkräfte. Die Einbindung ermöglicht den Geistlichen den Zugang zu den in der relativ geschlossenen Institution Bundeswehr befindlichen Menschen. So ist situationbezogenes pastorales Wirken und Heilen möglich.

Indem Militärgeistliche aufgrund ihres kirchlichen Auftrages und der neuen pastoralen Wirkmöglichkeiten sich um die Vermenschlichung aller Lebensbedingungen bemühen, nützen sie dem Soldaten und der Soldatin in ihrer als Menschen „gefährdeten“ Existenz. Der Mensch ist immer in seiner Ganzheitlichkeit zu betrachten und dementsprechend ist zu handeln. Konkret können Militärgeistliche dazu beitragen, daß Soldaten in physischen und psychischen Krisen nicht nur als ein Fall betrachtet und auf ihren eventuellen derzeitigen Defekt eingeeignet werden.

Soldaten und Soldatinnen können ihrerseits um so unbefangener die Angebote und Bemühungen der Militärseelsorge in Anspruch nehmen, als deren Geistliche in keinem dienstlichem Abhängigkeitsverhältnis zum jeweiligen Truppenführer stehen, nicht in die militärische Hierarchie eingebunden sind und ihren Dienst selbstständig und von staatlichen Weisungen unabhängig leisten.

Wenn Militärseelsorge heute keine gesichtslose Militärseelsorge werden soll, die im letzten nur eine Alibifunktion haben soll, dann muß sie von den Menschen, die mit ihr zu tun haben, entsprechend umfassend dargestellt und in ihrer Breite akzeptiert und vermittelt werden. Hier sehe ich eine Herausforderung der Mitglieder der GKS. Ich erwarte von diesen aufgrund ihres frei festgelegten Engagements in Bundeswehr und Kirche eine Fensterfunktion. Durch sie muß man von innen nach außen und umgekehrt von außen nach innen erkennen können, was Militärseelsorge leisten will und leisten kann.

KURZ NOTIERT

Taizé-Treffen 1996 in Stuttgart

Das 19. Europäische Jugendtreffen der ökumenischen Gemeinschaft von Taizé wird zum Jahresende in Stuttgart stattfinden. Das teilte die ökumenische Brüdergemeinschaft des burgundischen Ortes am 4. Juni mit. Zu der Begegnung vom 28. Dezember bis 1. Januar werden Zehntausende Jugendliche aus allen europäischen Ländern erwartet. Die letzten Jugendtreffen hatten in Breslau, Paris, München, Wien und Budapest stattgefunden. An den Treffen unter der Leitung des Gründers der Gemeinschaft, Frère Roger Schutz, nahmen jeweils zwischen 80.000 und 100.000 junge Menschen im Alter von 17 bis 25 Jahren teil.

Nach Angaben der Gemeinschaft fanden erste Vorbereitungstreffen in Stuttgart und Taizé bereits statt. Dabei sei insbesondere die Unterbringung der Jugendlichen in den Kirchengemeinden besprochen worden. Ein Großteil der erwarteten Gäste könne in Famili-

en aufgenommen werden. Wie die Gemeinschaft weiter berichtete, sollen in Stuttgart die Messehallen als Gebetsorte dienen. Das Treffen wird nach Angaben der Gemeinschaft gemeinsam mit der Diözese Rottenburg-Stuttgart und der Evangelischen Landeskirche in Württemberg vorbereitet. Bischof Walter Kasper und Landesbischof Eberhard Renz hätten die Begegnung ausdrücklich gewünscht.

Im Mittelpunkt der alljährlich zum Jahresende stattfindenden Begegnungen stehen Gebete, Meditationen und Gottesdienste. Die Treffen verstehen sich als Zeichen der Hoffnung und wollen Begegnungen zwischen den Nationen und den Konfessionen ermöglichen. Stuttgart soll der Vertiefung des Glaubens und der Verständigung zwischen den europäischen Nationen dienen. Das Treffen ist eine Etappe auf dem von Taizé ausgehenden „Pilgerweg des Vertrauens auf der Erde“. (PS nach KNA)

„Fernsehgerechte“ Verkündigung

Zu einer „fernsehgerechten“ Verkündigung der christlichen Botschaft hat der katholische Mainzer Theologe Arno Schilson die Kirchen aufgefordert. In der neuesten Ausgabe (30.07.96) der in München erscheinenden Jesuiten-Zeitschrift „Stimmen der Zeit“ kritisiert er „kirchliche und theologische Zeitgenossen“, die lediglich den Glaubensschwund beklagten und dabei übersähen, daß sich „quer durch alle Fernsehprogramme“ neue und lebendige Formen von Religiosität entwickelten. Als Beispiel nennt Schilson die Talkshows mit ihrer „gleichsam religiösen Botschaft“ an die Menschen: „Ihr werdet verstanden, es nimmt jemand an Eurem Leben teil.“ Auch die häufige Verwendung religiöser Symbole in der Werbung sei Zeichen dafür, daß sich eine besondere Art moderner Religiosität, das „Medienreligiöse“, entwickelt habe. (KNA)

WELTKIRCHE

Sinn und Zweck des Peterspfennig bleiben manchen Katholiken verborgen

Hartmut Benz (aus: DT Nr. 132 vom 04.11.1995)

Wenn sich in Rom am 9. November die fünfzehn Mitglieder des „Kardinalsrates zum Studium der organisatorischen und wirtschaftlichen Probleme des Heiligen Stuhls“, unter ihnen auch Kardinal Meisner, zur Beratung des Haushaltsvoranschlags des Heiligen Stuhls für 1996 treffen, werden sie auch mit den aktuellen Zahlen des auf der ganzen Welt beim Vatikan eingehenden Peterspfennigs versorgt werden.

Die Spende des Peterspfennigs hat ihren Ursprung im England des achten Jahrhunderts, wo sie zunächst zur finanziellen Unterstützung der Rompilger erhoben wurde. Später und bis zum sechzehnten Jahrhundert wurde der Peterspfennig in den meisten Ländern Europas als Rekognitionszins an den Papst eingetrieben. Als absolut freiwilliger Kontribut der Gläubigen erlebte er seit 1860 eine Renaissance. Zu jener Zeit war Frankreich Initiator einer alle Bevölkerungsklassen umfassenden Solidarbewegung, die für den im Kampf mit der italienischen Einigungsbewegung stehenden Pius IX. (1846–1878) Gelder zur Anwerbung von Söldnertruppen sammelte. Das Beispiel Frankreichs fand zwar nach 1860 in den meisten europäischen Staaten Nachahmer, die militärische Niederlage und das Ende weltlicher Herrschaft des Papsttums 1870 konnten die aus dem Boden schießenden Peterspfennigwerke jedoch nicht verhindern. Dennoch wurden die unverändert nach Rom gesandten Peterspfennige für die Päpste, die als „Gefangene des Vatikans“ sämtlicher Staatseinkünfte beraubt waren, zur wichtigsten Einnahmequelle überhaupt. Erst 1929, mit Abschluß der Lateranverträge, wurde der neugegründete Staat der Vatikanstadt durch eine einmalige Abfindungszahlung

auch wirtschaftlich wieder auf eigene Füße gestellt. Die aus den Diözesen, der Weltkirche zum Fest Peter und Paul (29. Juni) übermittelten Spenden waren nunmehr für „die persönliche Liebestätigkeit der Päpste“ reserviert, die damit auf Hilfsgesuche aus Katastrophengebieten der ganzen Welt reagierten.

Als zu Beginn der siebziger Jahre die Haushalte des Heiligen Stuhls nicht mehr durch reguläre Einkünfte auszugleichen waren, zog man 1973 erstmals einen Teil des Peterspfennigs zum Budgetausgleich heran. Da sich die finanzielle Lage des Heiligen Stuhls in den kommenden Jahren immer weiter verschlechterte, mußte der Peterspfennig alljährlich als Lückenbüßer eingesetzt werden, wobei bereits seit 1979 die jährlichen Sammelergebnisse die Defizite der vorangegangenen Jahre nicht mehr wettmachen konnten. Gegen Ende der achtziger Jahre hatte das so praktizierte System des Bilanzausgleichs einen toten Punkt erreicht. Haushaltsdefizit und Spendenaufkommen klafften so weit auseinander, daß eine grundsätzliche Neuorientierung sowohl der kurialen Wirtschafts- und Finanzpolitik als auch der Peterspfennigerhebung und -verwendung geboten schien. Zudem hatten in Rom einige Diözesanbischöfe gegen den fortgesetzten Mißbrauch des von ihren Gläubigen in karitativer Intention gespendeten Peterspfennigs protestiert.

Im Sommer 1990 richtete Papst Johannes Paul II. bei der I. Sektion des Staatssekretariats ein Büro für den Peterspfennig, das „Ufficio del Obolo di S. Pietro“, ein. Zum Leiter wurde der sechzig Jahre alte spanische Jesuit Pater Arturo Martin Menoyo bestellt. Martin war zuvor 38 Jahre in der Japanmission seines Ordens tätig gewe-

sen, davon zwanzig Jahre als Ökonom der Provinz. Gemeinsam mit zwei Sekretärinnen übernahm er es einerseits, die aus über einhundert Nationen und nationalen Bischofskonferenzen an den Heiligen Stuhl überwiesenen Spenden zu bündeln, statistisch zu erfassen und an den Papst weiterzuleiten. Neben dieser eher passiven Verwaltungsarbeit kam ihm andererseits die Aufgabe zu, aktiv für die Bekanntheit sowie Sinn und Zweck des Peterspfennigs zu sorgen. In Zusammenarbeit und Absprache mit dem Privatsekretariat des Papstes, dem Staatssekretariat, der Güterverwaltung des Apostolischen Stuhls und der Wirtschaftspräfektur des Heiligen Stuhls entfaltete Martin eine rege Werbetätigkeit mit zahlreichen fruchtbringenden Initiativen.

Im Jahr 1990 setzten sich die Jahreserträge des Peterspfennigs aus den zum 29. Juni als Gottesdienstkollekte gesammelten Spenden der Gläubigen, den während des Kalenderjahres zusätzlich von den Diözesen der Weltkirche als Peterspfennig deklarierten Summen, Überweisungen von Ordensgemeinschaften sowie Geldgeschenken von Privatpersonen an den Papst zusammen. Die Arbeit privater Stiftungen lag noch im Anfangsstadium. Als erste war 1988 in Philadelphia die „Papal Foundation“ gegründet worden. Eine gewisse Verwirrung verursachte der nach Kanon 1 271 des Kirchenrechts von 1983 aus den Bistümern eingehenden Beträge. Hier heißt es, die Bischöfe sollen „gemäß den Möglichkeiten ihrer Diözesen zur Besorgung der Mittel beitragen, die der Apostolische Stuhl braucht, damit er seinen Dienst ... ordnungsgemäß zu leisten vermag.“ Manche Diözesen deklarierten ihre CIC-Spende als für die päpstliche Caritas zu ver-

wendenden Peterspfennig, andere gaben keine präzise Verwendungsbestimmung an. Da 1990 jedoch alle einlaufenden Spenden unterschiedslos zum Budgetausgleich herangezogen wurden, hatte diese Frage eher statistische Bedeutung.

Erst ein Schreiben von Kardinalstaatssekretär Sodano vom 21. Mai 1993 schuf hier eine klare Trennung. Seither gehen die in Anwendung von Kanon 1 271 aus den Diözesen beigesteuerten Gelder sowie Teile der von Ordensgemeinschaften und Stiftungen gesammelten Beiträge als „Contributi alla Santa Sede“ unmittelbar in die Wirtschaftsrechnung des Heiligen Stuhls ein. Die Kollektengelder der Gläubigen und die ausdrücklich als „Obolo“ deklarierten Beiträge der Orden und Stiftungen fließen nunmehr ausschließlich den päpstlichen Hilfsprojekten zu. Diese Teilung der Spendeneingänge hat zwar einen negativen Effekt auf die Ergebnisse der Peterspfennigsammlungen, garantiert aber eine dem ursprünglichen Sinn des „Obolo“ entsprechende Verwendung des reservierten Geldes. Da in den beiden vergangenen Haushaltsjahren die Bilanz des eiligen Stuhls durch gestiegene Erträge aus Eigenmitteln und verstärkte Zugänge nach Kanon 1 271 wieder mit schwarzen Zahlen abschloß, bestand in jenen Jahren auch keine subjektive Notwendigkeit, den Peterspfennig anzutasten.

Die Situation in den einzelnen Ortskirchen muß sehr differenziert betrachtet werden. Zunächst ist jedes nationale Spendenergebnis in Relation zur Katholikenzahl und wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Landes zu setzen. In den Vereinigten Staaten sind dem Heiligen Stuhl etwa mehrere private Wohltäter und Stiftungen verbunden, wie die oben erwähnte „Papal Foundation“ oder die „Dan Murphy Foundation“. In Japan, wo der Katholizismus nur eine Minderheit darstellt, fühlen sich ebenfalls viele Privatpersonen dem Heiligen Stuhl beziehungsweise dem dort lange tätigen Pater Martin verbunden. In Kolumbien und Peru erreichen die Gottesdienstkollekten erstaunliche Höhen, da die Bischofskonferenzen der Länder die Verbreitung des Peterspfennigs in den Pfarreien sehr för-

dern. Auch Italien ragt in diesem Punkt positiv heraus. In Spanien hingegen gab es erst 1990 die erste Peterspfennigerhebung im ganzen Land. Bei den Ordensgemeinschaften, die nicht nach Ländern unterschieden werden, läßt sich eine größere Motivation und Spendenbereitschaft bei Frauenorden feststellen.

Neben den zweimal pro Jahr stattfindenden Vorträgen vor den fünfzehn Mitgliedern des schon erwähnten Kardinalsrates hat Pater Martin eine Vielzahl weiterer Termine, die ihn mit Mitgliedern des Weltepiskopats in Kontakt bringen. Durchschnittlich zwei Auslandsreisen im Monat führen ihn vor nationale Bischofskonferenzen, katholische Unternehmer- oder Laienverbände wie auch die Vorstandsgremien privater Stifterverbände. Hier wirbt er einerseits für die Ausweitung und Verdichtung der nationalen Spendenorganisationen, legt andererseits aber auch Rechenschaft über die Verwendung der ihm zukommenden Beträge ab. Zudem werden die während ihrer Ad limina-Besuche in Rom weilenden Bischöfe eingeladen, auch dem Büro Martins einen Informationsbesuch abzustatten. Generell werden alle Bischöfe und Ordensoberen vom Kardinalstaatssekretär per Rundbrief an die Notwendigkeit einer Peterspfennig-Spende erinnert. In vielen Ländern sind mit Vermittlung der Nuntien von den Bischofskonferenzen außerdem nationale Delegaten für den Peterspfennig bestellt worden, die in Absprache mit Martin individuelle Spendenstrategien für ihr Heimatland ausarbeiten.

Die Deutsche Bischofskonferenz hat bislang zwar noch keinen Sonderbeauftragten für die Peterspfennigerhebung freigestellt, im Verband der Diözesen Deutschlands aber einen Beamten mit der Koordination der diözesanen Spendenverwaltungen beauftragt. Generell, sagte Martin, werde der „Obolo“ in Deutschland von den einzelnen Bistümern jeweils individuell verwaltet und von dort über die Nuntiatur an ihn weitergeleitet. Da die Erhebung sehr bei den diözesanen Gremien zentralisiert sei, dringe man mit meinungsbildenden Maßnahmen nur schwer bis zur Bevölkerung durch.

Deutschland zählt unbestritten zu den wirtschaftlich stärksten Industrienationen der Welt. Am gehobenen Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheit haben in den vergangenen fünf Jahren auch die Belastungen der deutschen Einheit nur wenig geändert. Die Deutschen blieben, nach einer Untersuchung des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschaft von 1993, bei kirchlichen Spendeaufrufen und an hohen Feiertagen unverändert gebefreudig. Hat sich diese Freigebigkeit auf den Peterspfennig übertragen? Die aus Deutschland nach Rom übermittelten Peterspfennigbeiträge setzen sich aus den Spenden der Gläubigen. Zuwendungen von Privatpersonen und Überweisungen der Deutschen Bischofskonferenz zusammen. Eigens zur Unterstützung der päpstlichen Caritas oder des Heiligen Stuhls ins Leben gerufene Stiftungen existieren nicht. Die von Ordensgemeinschaften übergebenen Summen werden generell nicht nach nationaler Herkunft unterschieden und können nachfolgend außen vor bleiben. Die Zahl deutschen Katholiken sank in den neunziger Jahren immer weiter ab, von 29,5 (1990) auf knapp 28 Millionen (1994) Menschen. Die Peterspfennigspenden aus den 29 deutschen Jurisdiktionsbezirken wurden bis 1993 von der Deutschen Bischofskonferenz um jeweils nochmals zehn Millionen Mark aufgestockt, so daß die Bistümer folgende Gesamtergebnisse (in D-Mark) zeigten:

- Diözesen: 3.265.670 (1990), 4.052.617 (1991).
Deutsche Bischofskonferenz:
in den beiden Jahren jeweils 10.000.000.
Gesamt: 13.265.670 (1990), 14.052.617 (1991).
- Nachfolgend das Ergebnis für die Jahre 1992 und 1993:
Diözesen: 4.942.083 (1992), 4.558.017 (1993).
Deutsche Bischofskonferenz:
in den beiden Jahren jeweils 10.000.000.
Gesamt: 13.942.083 (1992), 14.558.017 (1993).

Läßt man die Pauschale der Deutschen Bischofskonferenz unberücksichtigt, die auf 34 Pfennig pro Kopf hinausläuft, so steuerte in jenen Jahren jeder Katholik durchschnittlich fünfzehn Pfennig zum

Peterspfennig bei. Wesentlich höhere Summen erbrachten die individuellen Gaben der Privatpersonen:

- 1991: 119 Spender 353.046 DM
- 1992: 116 Spender 367.654 DM
- 1993: 75 Spender 243.560 DM.

Zusätzlich wies die Deutsche Bischofskonferenz in Anwendung von Kanon 1271 alljährlich fünf Millionen Mark an Pater Martin an, so daß sich die Gesamtergebnisse obiger Jahre wie folgt lesen:

- 1991: 19.405.662,78 DM
- 1992: 20.309.763,59 DM
- 1993: 19.801.576,46 DM.

Damit rangierte Deutschland im internationalen Vergleich stets auf den drei ersten Plätzen. Das Jahr 1994, das zweite, in dem nach

Kanon- und Peterspfennigertrag unterschieden wurde, bescherte dem „Obolo“ in Deutschland einen großen Einbruch, da zum einen die Pauschale der Deutschen Bischofskonferenz der Kanon-Spende zugeschlagen wurde, die fünfzehn Millionen Mark umfaßte, zum anderen nur zehn von 29 Jurisdiktionsbezirken Geld überwiesen hatten. Die Zahl der Einzelspender stieg zwar auf hundert an, doch konnte deren Geld den Ausfall der Diözesen nicht wettmachen. Privat- und Gottesdienstspenden addierten sich so auf nur 1,1 Mio Mark (1.090.963,39 DM), was 3,9 Pfennig je Katholik entsprach.

Die Erzdiözese Köln sandte im Mai 1995 nachträglich 363.000

Mark (für 1994) an den Heiligen Stuhl, das schlechte Gesamtergebnis konnte diese Summe jedoch nicht kaschieren.

Das Resultat vom vergangenen Jahr enttäuscht in mancherlei Hinsicht. Für eine wohlhabende Industrienation mit knapp, achtundzwanzig Millionen Katholiken sind etwa hundert den Papst unterstützende Privatpersonen äußerst wenig. Auch die aus allen Bistümern errechnete Durchschnittsspende der Gläubigen bleibt weit hinter den Möglichkeiten zurück. Sinn und Zweck des Peterspfennigs bleiben in Deutschland auch heute noch vielen Katholiken verborgen.

KURZ NOTIERT

Weltfriedenstag 1997:

„Biete Verzeihung an, erhalte den Frieden“

Papst Johannes Paul II. hat für den Weltfriedenstag 1997 das Thema „Biete Verzeihung an, erhalte den Frieden“ ausgewählt. Wie der Vatikan am 18. Juni 1996 mitteilte, will der Papst mit seiner Weltfriedensbotschaft 1997 alle Völker und Nationen ermutigen, Kriegen und Konflikten ein Ende zu setzen und Konflikte auf friedliche Weise beizulegen. Der katholische Weltfriedenstag wird am 1. Januar 1997 zum 30. Mal begangen.

Mit dem Nahen des Jahres 2000 gebe es Zeichen für den wachsenden Willen der Völker nach einer friedlichen Lösung von Konflikten, heißt es in der Vatikan-Erklärung. Der Weg des Friedens führe notwendigerweise über den Weg der Versöhnung. Über die verübten Verbrechen wie Massaker an Unschuldigen, Deportationen von Völkern und viele andere Formen der Gewalt dürfe nicht geschwiegen werden, andererseits müsse jede Form von Ra-

che als eine „hinterlistige Verlängerung des Kriegs“ zurückgewiesen werden, so der Vatikan. Die Schwierigkeiten auf dem Weg der Versöhnung dürften weder verborgen noch unterbewertet werden. Auf politischer und sozialer Ebene könne die Wiederversöhnung aber nicht ohne die Wahrheit erfolgen.

In der Bundesrepublik ist es seit einer Initiative, die AMI und GKS anlässlich einer Romwallfahrt im Jahr 1975 ergriffen hatten, guter Brauch, daß in den zivilen Ortskirchen die Bischöfe – angeregt durch die Wehrbereichsdekane und Standortpfarrer – mit den in ihren Bistümern stationierten deutschen und ausländischen Soldaten den Weltfriedenstag feiern. (PS nach KNA)

Missionare plädieren für neue Methoden in ihrer Arbeit

Neue Wege und Methoden in der missionarischen Arbeit der katholischen Kirche haben Missionare gefordert. Um den christlichen Glauben in anderen Kulturkreisen beheimaten zu können, sei es zuallererst erforderlich, daß das Missionspersonal seine eigenen Denk- und Verhaltensmuster ändere, sagte der Generalobere der Bethlehem Mission Immensee, Pater Josef Meili, am 20. Juni 1996 auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Katholischen Missionsrates (DKMR) in Würzburg. Dies bedeute, Abschied von seiner bisherigen Heimat zu nehmen und in einer anderen Kul-

tur „neu Mensch zu werden“. Dies sei eine immense Herausforderung für Missionare besonders aus Europa und Nordamerika, wo der „Kult des Selbst“ oft zur Religion geworden sei.

Für mehr Handlungsspielraum der Missionare, die in entlegenen Kulturen tätig sind, plädierte der Missionar Pater Hermann Josef May von der indonesischen Insel Sumba. Vor allem das Kirchenrecht schränke die Möglichkeiten ein, christlichen Glauben und Tradition in Einklang zu bringen. Der indonesische Kapuzinerpater Raymundus La'ia berichtete, auf seiner Heimat-

insel Nias gelinge mit der „Heimischwerdung“ der Kirche in letzter Zeit immer besser, daß der Glaube auch in die Lebensphilosophie der Inselbewohner eintauche.

Der DKMR ist der Zusammenschluß aller für die Weltmission tätigen Organisationen der katholischen Kirche in Deutschland. Ihm gehören die missionierenden Orden, die Missionsinstitute, die päpstlichen und bischöflichen Werke für die Weltkirche sowie die Missionsvertreter der deutschen Diözesen an. Präsident des DKMR ist Prälat Norbert Herkenrath, Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerkes Misereor in Aachen. (KNA)

Nur wer sich bewegt, bewegt was

Ein Faltblatt des Diözesanrats der Katholiken im Erzbistum Köln

Schon gewußt,

- daß ehrenamtliche Arbeit in Gesellschaft und Kirche unverzichtbar ist,
- daß jeden Monat rund 240 Millionen Stunden ehrenamtlicher Arbeit geleistet werden. Dadurch spart unsere Gesellschaft ca. 20 Milliarden DM jährlich,
- daß noch mehr Menschen bereit sein müßten, ein Ehrenamt zu übernehmen,
- daß ehrenamtliche Arbeit ein gegenseitiges Geben und Nehmen ist und viel Freude bereiten kann,
- daß alle mit ihren beruflichen Fähigkeiten und ihrer persönlichen Lebenserfahrung tätig werden können,
- daß ein Ehrenamt zeitlich begrenzt übernommen werden kann und nicht mehr „lebenslänglich“ bedeutet,
- daß schon ein vierstündiger monatlicher Einsatz eine wertvolle ehrenamtliche Leistung ist,
- daß für jedes Ehrenamt in den kirchlichen Gemeinden und Verbänden, in Jugendgruppen, Wohlfahrtsverbänden wie Caritas und Soziale Dienste, in Sportvereinen, Chorgemeinschaften, Kindergärten und Schulen, in allen sozialen und gesellschaftlichen Bereichen und in der Politik, weitere engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesucht werden?

Auf Mithilfe und Hilfe kann niemand in unserer Gesellschaft verzichten! Wir sind alle auf andere Menschen angewiesen, ob in jungen Jahren oder im Alter.

Heute geben – morgen nehmen!!
Wenn ihnen Geben Freude macht,
kommen Sie in den Kreis der Ehrenamtlichen!

Mögliche Betätigungsfelder für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

sozialer Bereich, z.B.:

- Betreuungen nach dem neuen Betreuungsgesetz;
- Allgemeiner sozialer Dienst der Wohlfahrtsverbände;
- Vorstandsarbeit im Rahmen der ehrenamtlichen Vorstände der sozialen Verbände.

Kirchlicher Bereich, z. B.:

- Basisarbeit und Vorstandsarbeit in katholischen Verbänden;
- Pfarrgemeinderat, Kirchenvorstand, Ausschüsse, Katechese, Lektorendienst;
- Jugendarbeit der Kirchen; Seniorenbetreuung; Krankenhausbesuchsdienst.

Was ist das: EHRENAMT ?

Die Förderung des Ehrenamtes liegt im Interesse aller, die sich eine menschliche Gesellschaft, eine lebendige Kirche und eine sinnvolle Lebensgestaltung von Frauen und Männern wünschen. Gesellschaftliche, politische und soziale Aufgaben brauchen unbezahltes, spontanes Engagement, sei es in Verbänden, Projekten, Bürger- oder Menschenrechtsbewegungen.

Ehrenamtlich tätig sein heißt: Verantwortung mittragen für die Gestaltung einer menschenfreundlichen Gesellschaft.

Das Ehrenamt bietet Möglichkeiten, eigene Fähigkeiten einzusetzen und neue Fähigkeiten zu entwickeln durch die Begabung mit den unterschiedlichsten Menschen, Institutionen und Gremien:

- Der Mensch ist auf das Du angewiesen und wird erst durch das Du zum Ich. Der Einsatz für andere ist deshalb ein Schritt zur Selbstverwirklichung.
- Das Ehrenamt kann einen Akzent setzen gegen die totale Funktionalisierung des Menschen. Es gibt Freiräume für Kreativität, Spontaneität und soziale Verantwortung.
- Es macht Freude, zur Verbesserung, Veränderung, Vermenschlichung der (Um)Welt beizutragen, den Horizont zu erweitern und Kompetenzen durch Weiterbildung zu erwerben.

Damit wird das Ehrenamt zur Bereicherung für das persönliche, familiäre und berufliche Leben der ehrenamtlich Tätigen und bildet eine wesentliche Grundlage zur Persönlichkeitsentfaltung und -entwicklung. Jede(r) hat eine Chance zu ehrenamtlicher Tätigkeit und sollte diese auch wahrnehmen!

Unverzichtbar für das Ehrenamt:

- Menschen, die Lust auf ehrenamtliche Arbeit haben.
- Menschen, die Verständnis für andere Menschen haben.
- Menschen, die bereit sind, etwas auch ohne Entgelt zu tun.
- Menschen, die Pflichten und Verantwortung übernehmen.
- Menschen, die aus allen Berufsgruppen kommen: z.B. Hausfrauen, Pädagogen, Ärztinnen, Angestellte, Juristen, Handwerker, Beamtinnen, Unternehmer und Freiberufler. Alle sind wichtig! Männer und Frauen jeden Alters.

Wichtig für ehrenamtlich Tätige:

- Gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen, damit die Arbeit Freude macht;
- zeitliche Begrenzung bei der Übernahme von Aufgaben;
- konkretes Benennen von eigenverantwortlichen Arbeitsfeldern;
- Fortbildungsmöglichkeiten;
- Vertrauen in die jeweiligen fachlichen Kompetenzen;
- gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlich und hauptberuflich Tätigen.

Zukunft des Ehrenamtes – Forderungen:

- Öffentliche Anerkennung.
- Berücksichtigung im Rentenrecht – Anrechnung auf die Lebensarbeitszeit (Ausfallzeiten).
- Berücksichtigung im Steuerrecht.
- Kostenerstattung, Anerkennung als berufliche Qualifikation und bei Wiedereinstieg in den Beruf.

Gesellschaftlicher/ Politischer Bereich, z.B.:

- Gemeinde-/Stadtrat, politische Parteien;
- Gewerkschaften;
- Kindergartenbeiräte, Schulpflegschaften;
- Vereine wie Sport-, Geschichts- und Heimatverein;
- Bürgerinitiativen.

In Gemeinden mitarbeitende Katholikinnen begründen ihr Engagement so,*)

- weil es Spaß macht (83%)
- weil ich etwas Sinnvolles tun wollte (62%)
- weil ich anderen helfen wollte (59 %)
- weil ich dadurch mehr Kontakte habe (55 %)

*) „Frauen und Kirche“: Repräsentativbefragung von Katholikinnen, Allensbach – 1993.

Zum Thema „Ehrenamt“ s.a. AUFTRAG 215.

SPIRITUALITÄT

Wie mit der Hektik des Alltags fertigwerden?

Beten ist liebende Hinwendung zu Gott

Bischof Joachim Wanke, Erfurt

Die Bedeutung des Gebets für das Leben des Christen war der Leitgedanke der Botschaft des Bischofs von Erfurt, Joachim Wanke, zur Fastenzeit 1996. Die Christen sollen sich nicht von der Hektik heute beeinflussen lassen, sondern am Sprechen mit Gott festhalten. In diesem Zusammenhang geht Bischof Wanke auch auf die Heilige Messe als Geschenk des Herrn an die Kirche ein. Wir dokumentieren die Botschaft im Wortlaut mit geringfügigen redaktionellen Änderungen, die keinen Einfluß auf Inhalt und Botschaft der Ausführungen haben:

Mein Vorgänger, Weihbischof Joseph Freusberg, pflegte, wenn es einmal zeitlich eng wurde, zu seinem Fahrer zu sagen: „Herr Hiebel, fahren Sie langsam, wir haben es eilig!“

In diesem Wort steckt Lebenserfahrung. Sich von Eile und Hektik einfach kopflos machen zu lassen, führt meist in noch größere Schwierigkeiten. Wer es mit dem Auto wirklich eilig hat, sollte doppelt so vorsichtig fahren – sonst kracht es bald.

... Wir haben es alle eilig, gewaltig eilig. „Ich habe keine Zeit!“ „Kommen sie später einmal wieder!“ „Heute nicht – es geht beim besten Willen nicht!“ Solche Sätze kennen wir. Wir gebrauchen sie oft genug selbst.

„Atemholen der Seele“

Ich möchte jedem zurufen: Lieber Christ, halt inne! Komm zur Besinnung! „Herr Hiebel, fahren Sie langsam, wir haben es eilig!“ Was könnte das für uns heißen: „langsam fahren!“? Meine Antwort lautet: innehalten – vor Gott zur Ruhe kommen – wieder neu beten lernen! Darüber möchte ich in diesem Hirtenbrief sprechen.

Beten ist für den Christen ein „Atem-Holen der Seele“. Aber es ist noch mehr: Es ist ein innehalten vor Gott. Es ist liebende Hinwendung zu dem, der unser Leben trägt und heil machen kann. In rechter Weise geübt, kann das Gebet unserem Leben „Seele“ geben, es von Grund auf erneuern.

Ihr alle habt eigene Erfahrungen mit dem Beten. Ihr wißt auch, welche Hindernisse dem Beten entgegenstehen: eben gerade die Hektik und die Reizüberflutung, der wir täglich ausgesetzt sind. Hör- und sehgestreßt fallen wir abends ins Bett und am Morgen sind wir zu müde, um einen klaren Gedanken zu fassen. Und tagsüber ist Gott so weit weg, daß ein Gedanke an ihn, ein Wort zu ihm scheinbar unmöglich ist.

Andere tragen schwere Lebenslasten mit sich herum. Sie sind enttäuscht, manchmal sogar verbittert. Sie sagen: „Gott hat mich nicht erhört. Er ist doch nicht so ‘lieb’, wie ich gedacht hatte. So lasse ich eben das Beten. Es hat ja ohnehin keinen Nutzen.“

Wieder andere, besonders ungläubige Menschen sagen: Beten ist die Ausrede der Faulen, das Alibi derer, die nichts einsetzen wollen. Auf das Tun komme es im Leben an. – Diesem Einwand kann man am leichtesten begegnen. Ich sage es in einem Bild: Es kann jemand noch so schnell und perfekt Schreibmaschine schreiben: Wenn das Farbband fehlt oder der Drucker nicht angestellt ist, kommt trotz allen eifrigen Schreibens nichts heraus. Echte Beten beten und handeln. Sie bleiben in ihrem Handeln gleichsam auf Empfang, so wie heutzutage manchmal Leute ihr Mobiltelefon mit sich herumtragen, um jederzeit „anrufbereit“ zu sein. Echtes Beten schafft „Empfangsbereitschaft“ für Gott. Es läßt uns wach sein dafür, wie

und wo Gott uns am Werk sehen will. Schwieriger ist es, mit Lebensbitterkeiten im Herzen zu beten. Da muß man mit Maria unter das Kreuz auf Golgotha gehen oder dem Herrn zum Ölberg, um dort von ihm beten zu lernen: „Vater, nicht wie ich will – wie Du willst!“ So zu beten ist schwer, aber in solchen Stunden wird unser Beten am überzeugendsten. An guten Tagen beten, wo das Herz leicht und frei ist, das mag angehen. Aber in der dunklen Nacht der Einsamkeit, der Trostlosigkeit, des Leidens und der Schmerzen zu beten: „Herr, Dein Wille erfülle sich an mir!“ – das führt in die Nähe Jesu.

Und wenn wir den Eindruck haben, Gott schweigt? Dann heißt das noch lange nicht, daß er nicht da ist oder mich nicht hört oder mir nichts zu sagen wüßte. Auch Schweigen kann „beredt“ sein! Im menschlichen Miteinander kann man das manchmal erfahren. Schweigen kann aus besorgter Liebe kommen, aus einer Treue, die mich nicht nötigen, mich aber auch nicht fallenlassen will. Greifen wir in solchen Zeiten der inneren „Trockenheit“ gern zum Wort Gottes. Betrachten wir die Worte und Gleichnisse Jesu, allein oder im Kreis vertrauter Mitchristen. Hören wir intensiv in unser Leben hinein – mit der Bitte des jungen Samuel: „Rede Herr, Dein Diener hört!“ (1 Sam 3,10).

Und wie mit der Hektik des Alltags fertig werden? Es braucht zweierlei Tugenden. Zum einen eine kluge Auswahl der Dinge, denen ich gestatte, meine Augen und meine Ohren zu erreichen. Nicht alles ist so wichtig oder so wertvoll, daß ich mich darüber aufregen oder damit beschäftigen muß. Es bleiben ohnehin genug Lärm, Unruhe und Aufregungen, denen ich nicht ausweichen kann. Medien-

askese, geistlicher „Lärmschutz für die Seele“ – das ist für uns und unsere Kinder ebenso wichtig wie das tägliche Brot.

Zum anderen braucht es eine innere Zucht und Ordnung für den eigenen Lebensalltag auch im positiven Sinn. Wir sollten klug überlegen, wo jene Orte oder Minuten im Tagesablauf sind, wo ich vor Gott und bei Gott verweilen kann. Am Tagesanfang, am Tagesabschluß das feste Gebet, so sicher wie das Zähneputzen oder die Radionachrichten; das Kreuzzeichen über mich und den Tag, die Familie und die Kinder; die zehn Minuten mit dem Sonntagsschott; das Rosenkranzgesätz im Bus oder in der Bahn; der kurze Christusanruf oder das Stoßgebet, das sich an einer vorgegebenen Formulierung festhält und in der Wiederholung das Herz zum Mitschwingen bringt. Gibt es nicht genügend stumpfsinnige Minuten im Tagesablauf, die wir auf Gott hin aufbrechen können?

Reicher Schatz an Gebeten

Ihr Eltern und Großeltern! Betet zusammen mit Euren Kindern und Enkelkindern! Das Kreuzzeichen und die ersten Grundgebete sollen die Kinder von Euch lernen. Nutzt die geprägten Zeiten des Kirchenjahres wie Fasten-, Oster-, Advents- und Weihnachtszeit, um bewußt auch dem gemeinsamen Beten in der Familie wieder neue Platz zu geben.

Ihr Kinder und Ihr jungen Leute: Lernt aus dem reichen Schatz der Gebete, die die Kirche kennt. Man kann gute Gebete sogar im Computer speichern und zwischendurch einmal abrufen! Gott hört auch im Internet mit! Ein junger Christ sollte mindestens fünf Hauptgebete der Christenheit auswendig können – und fünf Worte Christi für sich ganz persönlich als „Lebensworte“ entdeckt haben. Fromme Mohammedaner können den halben Koran auswendig!

Ihr Ordensleute: Werdet unser aller Vor-Beter und fürbittende Beter, damit im Gottesvolk der geistliche Grundwasserspiegel nicht absinkt. Wüste haben wir um uns herum genug. Wir brauchen Oasen des Gebetes – durch Euch.

Ihr Mitbrüder im Priester- und Diakonenamt! Betet Euer Brevier

nicht als Last, sondern berührt darin täglich treu den lebendigen Gott. Er wird Eurem Tun und Mühen „Seele“ und – so er will – auch Fruchtbarkeit geben.

Wir alle brauchen das Gebet wie ein Schwimmer das Wasser – sonst machen wir bald nur „Trockenübungen“. Wenn einer einen anderen wirklich gern hat, so bleibt er ihm gegenüber nicht stumm. Ob wir wirklich mit Gott rechnen und ihm das Herz zuwenden, zeigt sich in unserer Gebetspraxis. ...

Laßt mich noch ein Wort sagen zu der Form des Betens, die auch in heutiger Zeit für den katholischen Christen die wichtigste ist:

Die Mitfeier der Eucharistie.

Ich höre manchmal von jungen (aber auch älteren!) Leuten: „Die Messe ist langweilig. Da passiert nichts!“ Oder: „Die Messe gibt mir nichts. Ich habe nichts davon. Warum also soll ich da hingehen?“ Und manche sagen immer noch den alten Spruch: „Im Wald kann ich besser beten als in der Kirche!“ (Aber in den Wald gehen sie im übrigen auch nicht!).

Ich verstehe solche Aussagen. Als junger Mensch hatte ich auch so eine kritische Phase durchzumachen. Da hat mir einst der Hinweis eines Priesters geholfen, daß die heilige Wandlung in der Messe mit der Verwandlung meines Lebens zu tun hat. Was ist damit gemeint?

1. Es geht bei der Heiligen Messe um die Anbetung und das Lob Gottes. Die Heilige Messe will nicht unterhalten.

Die Messe ist keine Veranstaltung des Pfarrers. Sie kann auch nicht mit der letzten Fernseh-Show konkurrieren und dauernd mit allerlei Tricks und psychologischen Überraschungen aufwarten. Mit der Zeit wird das bekanntlich auch langweilig, ja sogar störend. Nichts gegen lebendige und von vielen mitgestaltete Gottesdienste. Aber die Heilige Messe ist keine fromme Unterhaltung. Sie darf auch nicht vordergründig verzweckt werden. Gefährlich sind Gebete und Gestaltungselemente in der Messe, die mehr die Leute meinen als Gott. Ich behaupte: Gebet ist kein Gebet, wenn man dabei einem anderen als

Gott etwas sagen will. Darauf sollten wir bei der Gestaltung und Mitfeier der Heiligen Messe achten. Die vorgegebene liturgische Ordnung der Kirche ist eine gute Hilfe, wirklich beim Gotteslob zu bleiben.

Das Geschenk der Messe lieben

2. Die Heilige Messe ist das Geschenk des Herrn an seine Kirche.

Jesus selbst hat uns aufgetragen, diese Feier zu seinem Gedächtnis zu begehen. Nicht im Wald, auch nicht im Herzen finden wir den eucharistisch gegenwärtigen Herrn. Der Herr hat die Verheißung seiner Nähe an Brot und Wein gebunden, die er durch die Hand des Priesters uns als seinen Leib und sein Blut schenken will. Wer die Heilige Messe geringschätzt, mißachtet ein Geschenk Christi, nicht nur ein Gebot der Kirche. Ihr wißt, wie weh es tut, wenn jemand einem offen zeigt, daß meine Aufmerksamkeit ihm gegenüber ihn kalt läßt. Selbst wenn wir eine zeitlang mit der Messe innerlich wenig anfangen können, sollten wir Christus gegenüber wenigstens höflich sein! Vor allem aber ist wichtig:

3. Die Heilige Messe will unser Leben verändern.

In der Heiligen Messe verwandelt Christus nicht nur Brot und Wein, er verwandelt unser Leben. Es gibt dafür ein sprechendes liturgisches Zeichen: Bei der Bereitung des Kelches läßt der Priester einige Tropfen Wasser in den Wein fallen. Dieses Wasser wird gleichsam mitkonsekriert. So soll bei jeder Heiligen Messe ein Stück unseres Lebens in den Kelch Christi mit hineinfallen – um so seiner Lebensart angeglichen zu werden. Verstehen wir, warum wir nicht oft genug die Heilige Messe mitfeiern können? Das soll und muß bei der Messe passieren: Lebensverwandlung! Angleichung an die Lebensgestalt unseres Herrn!

Darum bitte ich Euch: Entdeckt in dieser Fastenzeit wieder neu die Tiefendimension der Heiligen Messe! Seht die Messe nicht als religiöse Veranstaltung an! Natürlich sollte der Priester möglichst auch eine ansprechende Predigt halten. Natürlich sollte die Gestaltung der Messe gut vorbereitet und

lebendig sein. Aber auch dort, wo keine gewaltige Orgel erklingt und keine Jugendband flotte Rhythmen spielt, auch in der einfach gefeierten Messe, wie das oftmals auf Außenstationen in der Diaspora geschieht: Auch dort kann und soll ich in der Heiligen Messe mein Leben als Opfergabe auf den Altar legen, mich selbst in die Hingabe und den Lebensgehorsam Christi dem Vater gegenüber mit einbringen. Und ich sage das auch jenen katholischen Christen in der Dias-

pora, die an Sonn- und Feiertagen im Stationsgottesdienst durch Gebet und Heilige Kommunion mit der Eucharistiefeier der Pfarrgemeinde verbunden sind. Auch sie berühren den Herrn und empfangen aus seiner Gabe die Kraft, ihr Leben nach seinem Maßstab neu auszurichten. So gehen wir nach jeder Mitfeier der Heiligen Messe gestärkt in unseren Alltag hinaus – um dort die Messe zu leben, die wir am Sonntag gemeinsam liturgisch feiern.

Die österliche Bußzeit ist Einübungszeit im Christ-Sein. Ohne Übung wird keiner Meister, und ohne Wiederholung bleibt keiner Meister. Das gilt auch für das Beten und die Mitfeier der Heiligen Messe. Denken wir manchmal an das Wort von Weihbischof Joseph Freusberg. „Lieber Christ, willst Du schnell und sicher ans Ziel kommen – fahre langsam!“ Und das heißt: Halte inne, komm vor Gott zur Ruhe, öffne ihm Dein Herz im Gebet! ...

Ein Ja zum Mann – aber lebenslänglich

„Herren der Schöpfung“ sind heute vielfältigsten Anfechtungen ausgesetzt

Christa Meves

Heutzutage ein Mann zu sein, das ist gewiß kein Zuckerschlecken mehr. Was für selige Zeiten waren das doch für die Herren der Schöpfung, als man noch den großmächtigen, streng bis gnädigen Familienvater spielen konnte! Als man heimkommend von den Seinen umgürtet und umdient wurde, von der „züchtigen Hausfrau“ ebenso wie von den ehrerbietigen Nachkommen.

Das ist ein für allemal aus und vorbei. Wenn man heute als Familienvater heimkommt, hat man Glück, wenn man überhaupt von irgendwem empfangen wird, und wenn, dann meistens, um schnellstens zur Hausmann-Tätigkeit in Trab gesetzt zu werden. Klar, daß die ganz Klugen gleich Singles bleiben oder seufzend in diesen Status zurückkehren.

Aber selbst die Neuheit der „Lebensgefährtin“ hat sich immer seltener als Weg zum heiß ersehnten Frieden erwiesen. Legt der Mann der Moderne etwas Ehrgeiz an den Tag und erwählt sich einen Beruf, bei dem Überstunden unumgänglich sind, muß er sich darauf einstellen, allenfalls Anspruch auf „Monatsgefährtinnen“ geltend machen zu können.

Denn ob es sich nun um Gefährtschaft mit Becker, Jürgens oder Schröder handelt: Immer fragt die Regenbogenpresse binnen kurzem: „Mädchen – wie hältst du das aus? Wieviel Zeit bringt dieser

Mann für dich auf?“ Das kann man sich als Frau schnell zu eigen machen, selbst, wenn man sich noch im Alt-Status der echt Angetrauten befindet und selbst, wenn der eigene Ehemann weder Film- noch Sportheld noch Ministerpräsident, sondern nur Abteilungsleiter oder Kommunalpolitiker ist. Das Resultat aber ist das immer gleiche: „Klar ersichtlich, er hat für mich einfach nicht genug Zeit!“

Die Frau ist eben letztlich doch ausgebeutet, vernachlässigt, benachteiligt! Aber schließlich hat man es heute nicht mehr nötig, sich das gefallen zu lassen. Schluß, aus! Man weist ihm die Tür, dem unverbesserlichen Chauvi! Der Sieg der Alice Schwarzer ist durchschlagend.

Allein ein Sud von Altbackenen widersteht dieser Entwicklung. Diejenigen sind das, die das Leben trotz allem mit Vatern durchstehen bis zum letzten Arbeitstag, mit und ohne Schmoll-Lippe über diesen ewig mit anderen Dingen, nur nicht ausreichend mit Muttern beschäftigten Mann. Und dann ist es endlich da, das ersehnte Rentenalter.

Da ist er nun wirklich immer zu Hause, von morgens bis abends. Hat man allerdings in dieser angespannten Situation einmal eine Ruhepause und schlägt die Gazetten auf, so läßt sich nun aber lesen, wie unzumutbar für die moderne Frau das ist, einen alternden Mann

den ganzen Tag zu Hause zu haben! Wir Westdeutschen haben einundfünfzig Jahre in Frieden und schließlich sogar in Wohlstand leben dürfen.

Aber ein geradezu diabolischer Trend hat sich daran gemacht, uns diese gute Suppe nach Kräften zu versalzen. Unter anderem wurden wir Frauen zu penetranter Unzufriedenheit geradezu aufgereizt.

Uns wurde der Anspruch auf einen Super-Mann vorgegaukelt, obgleich es den nicht gibt, und schon ganz und gar nicht jenseits von Eden, wo das Brot zwischen Dornen und Disteln verdient sein will. Man hat uns Evas gegen den gewiß immer unzureichenden Adam aufgehetzt: mit Scheidungs- und Liebesqual, Vereinsamung und zerütteter seelischer Verwundung, mit Scheidungswaisen-Unglück und Kinderschwind.

Wir sollten endlich daraus klug werden, die Versucher abweisen und statt auf anmaßenden Anspruch auf die Liebe setzen, auf die, die nicht fordert, sondern die tut, die vergebungsbereit, weitherzig und langmütig ist.

Diese Liebe ist langfristig wesentlich erfolgreicher. Sie wirkt nämlich ansteckend (wie allerdings leider auch der Haß). Denn, „wer da hingibt, der empfängt, wer sich selbst vergißt, der findet“, diese Weisheit hat uns bereits der heilige Franziskus ins Stammbuch geschrieben.

DEUTSCHLAND UND SEINE NACHBARN

Auf den Spuren von Schindlers Liste

Ein Besuch in Polens heimlicher Hauptstadt Krakau

Eckhard Stuff

Besuch von guten Freunden aus dem amerikanischen Mittelwesten hat sich angekündigt. Wie bei vergangenen Besuchen werden wir einige Tage in Berlin verbringen, aber welches andere Ziel in Europa bietet sich noch an? Nach einigem Überlegen: warum nicht ein paar Tage nach Krakau? Die ehemalige - und in den Augen vieler Polen immer noch wirkliche - Hauptstadt ist eine geballte Sammlung kulturgeschichtlicher Denkmäler. 1978 wurde sie wegen ihrer komplett erhaltenen mittelalterlichen Innenstadt, ihrer unschätzbaren Kulturdenkmäler sowie des Salzbergwerks in Wieliczka in die Liste des kulturellen Welterbes der UNESCO eingetragen.

Für die Anreise wird die gemütliche Variante gewählt: mit der Bahn 9.00 Uhr ab Berlin-Hauptbahnhof, Ankunft in der Weichselstadt 17.10 Uhr. Die polnische Bahn ist sehr preiswert und sauber. Gemächlich zuckeln wir durch die Landschaft via Frankfurt/Oder und Breslau nach Krakau, genießen im Speisewagen ein gutes polnisches Bier. Für Wagemutige wird auch englisches Rinderfilet offeriert ...

Wer aus dem Westen der Republik anreist und es etwas eiliger hat, sei auf die Flugverbindung der LOT von Frankfurt/Main direkt nach Krakau verwiesen.

Krakau im Mai „brummt“. Seit Steven Spielbergs „Schindlers Liste“ hat die Stadt einen wahren Ansturm an Touristen: Amerikaner, Engländer, Franzosen, Tschechen, Österreicher ... Wie wir später bei unserer Stadtführung von der stämmigen, resoluten Janina („call me Jane“) erfahren, haben 95 Prozent aller auf der Welt lebenden Juden polnische Vorfah-

ren. Die Sechzigjährige kennt ihre Stadt, ist stolz auf sie. Fünf Stunden (über-)füttert sie die englischsprachigen Teilnehmer der Tour mit Daten polnischer Geschichte und Krakauer Kultur.

Bis zum Ende des 16. Jahrhunderts diente Krakau als Hauptstadt, residierten die polnischen Könige im Wawel. Der Wawel: auf einer Anhöhe am Felsufer der Weichsel gelegen, wurde anstelle der einem Brand zum Opfer gefallenen gotischen Burg Anfang des 16. Jahrhunderts dieses Renaissanceschloß errichtet. Eine große Kollektion prächtiger flämischer Wandteppiche sticht ebenso hervor wie der Abgeordnetensaal mit einer Kassettendecke, von der zahlreiche holzgeschnitzte Köpfe herunterblicken. Die Krönung polnischer Könige geschah in der Wawelkathedrale; hier ruhen auch ihre sterblichen Überreste in Sarkophagen. Schloß, Kathedrale und Nebengebäude ergeben mit ihren zahlreichen baulichen Veränderungen und Ergänzungen ein etwas unübersichtliches architektonisches Gemisch.

Von besonderem Reiz ist die komplett erhaltene mittelalterliche Innenstadt Krakaus rund um den großen Marktplatz mit den alten Tuchhallen. Selbst bei trübem Wetter ist der Marktplatz voller Leben (und Tauben), Straßencafés laden zu einer Pause ein. Altpolnische Küche findet man im WIERZYNEK, ältestes Restaurant der Stadt, Luxuskasse, Plätze reservieren, und im HAWELKA. Die „Geheimtips“ aber gibt es in den Gassen rund um den Marktplatz selbst zu entdecken; hier kann man in der Regel gut und preiswert essen. In Ruhe können Galerien und Geschäfte mit Kunsthandwerk und Schmuck angeschaut werden; die

Stadt ist gemütlich, in der Altstadt rund um den Marktplatz autofrei.

Und überall Kirchen: Marienkirche, Kirche des heiligen Markus, Dominikanerkloster, Franziskanerkirche, ... Polen ist ein katholisches Land: die große Mehrzahl der Polen geht zur Kirche, rund 95 Prozent der jungen Poleninnen und Polen empfangen die heilige Kommunion. Eine festgeschriebene Mitgliedschaft gibt es nicht, die Kirche lebt von Spenden. Der Katholizismus ist ein wesentlicher Grund dafür, daß sich der Kommunismus in Polen nicht verwurzeln konnte. Anders als viele Russen sprechen die Polen von „verlorenen Jahren“.

Vor dem zweiten Weltkrieg waren 40 Prozent der Krakauer Bevölkerung Juden. Sie lebten zumeist im jüdischen Viertel Kazimierz, dessen Besuch Pflichtprogramm bei einem Aufenthalt in Krakau sein sollte. Aber auch hier gibt es Gelegenheit zur Entspannung: das jüdische Café Ariel, unter einem Dach mit einem Restaurant und Hotel, läßt bei einem guten Kaffee das Gefühl einer Reise in die Zeit der Jahrhundertwende aufkommen. Es ist einfach wunderschön! Soviel Krakau-Romantik verfliegt jedoch sofort bei dem Gedanken an das nächste Ziel: Auschwitz.

Rund 50 Kilometer außerhalb der Stadt liegt diese Stätte des Grauens. Genauer gesagt: die Stätten, denn Auschwitz teilte sich in drei Lager: Auschwitz, Birkenau und Monowitz. Hier wurden im September 1941 erstmals Menschen mit Zyklon B vergast.

Keiner, der Auschwitz je gesehen hat, wird es vergessen können. Die hier in schrecklicher Perfektion betriebene Kombination von wahnsinniger Rassenideologie mit

kältester grausamer Kriegswirtschaft bis hin zum Ausschlachten der menschlichen Körper läßt den Besucher auch heute noch die Fassung verlieren ...

Auf diesen Schock sollte der Reisende dennoch nicht verzichten. In unserem Fall wurde er abgefedert durch viele Geschichten aus dem heutigen Polen, die uns Henryk Stostak, ein vitale Mittfünfziger, der uns an diesem Tag mit seinem Taxi fuhr, erzählte. Dieser Komfort einer eigenen privaten Tour ist empfehlenswert, denn die Ausstellungen in Auschwitz und Birkenau (beide Lager

sind heute Museum) sprechen für sich. Wir haben Henryk, der schon in Florida und bei der Obsternte im Alten Land (Niedersachsen) gearbeitet hat, sieben Stunden, inklusive eines gemeinsamen Essens, in Anspruch genommen und mit einem Trinkgeld von umgerechnet gut hundert Mark entlohnt. Ein Festpreis sollte vor der Tour ausgemacht werden.

Sowohl Jazzliebhaber wie Roulettespieler können abends auf ihre Kosten kommen. Krakau ist auch nach Geschäftsschluß eine lebhaft Stadt, auch dann sind in

der Regel noch einige Wechselstuben, die alle vernünftige Kurse anbieten, geöffnet (nicht im Hotel tauschen!). Hotels sind reichlich vorhanden, der Service hat sich insgesamt im Zuge der Privatisierung entwickelt, auch wenn man noch nicht überall zu der Einsicht gelangt ist, daß der Kunde König sein sollte. Aber diese Einsicht verzeichnet ja auch hierzulande starke Einbrüche ...

Wer gleich mitten im Geschehen sein möchte, sollte eines der kleinen Hotels in der Altstadt wählen. Drei volle Tage vor Ort sind ein geeigneter Zeitrahmen.

Russischer Historikerstreit um deutsch-sowjetischen Krieg

Joachim Georg Görlich

Nachdem der Streit unter deutschen Historikern darüber, ob denn J. W. Stalin ebenfalls einen Überfall auf Deutschland plante, verebbt ist, ist er nun unter russischen Historikern ausgebrochen. Nach Meinung des Flaggschiffs der polnischen Postkommunisten, des Warschauer Wochenmagazins „Polityka“, hat inzwischen das Lager, das diese These bejaht, die Mehrheit. Die Diskussion entfachte sich über das 1986 von Wiktor Suworow veröffentlichte Buch der „Eisbrecher“. Dieser stellt die These auf, daß Stalin ebenfalls für den Sommer einen Offensivkrieg gegen Deutschland plante, doch die Deutschen kamen ihm zuvor. Jetzt veröffentlichten die Historiker G. Bordjugow und W. Nemeschkin eine Dokumentation über den „Großen Vaterländischen Krieg“ in der sie die Ansicht Suworows in drei Punkten untermauern: So hielt Stalin am 5. Mai 1941 eine Rede vor Absolventen aller sowjetischer Militärakademien, in der er wörtlich ankündigte, daß es nun „Zeit ist, von der Verteidigung zum Angriff über zu gehen.“ Diese Rede wurde zum ersten Mal in der Zeitschrift „Istoritscheskij Archiw“ (Historisches Archiv) abgedruckt. Am 15. Mai billigte Stalin dann den ihm vorgelegten Offensiv-Strategie-Plan für die geplante Westoffensive.

Am 4. Juni, also 18 Tage vor Kriegsausbruch faßte das Politbüro der KPdSU einen Beschluß über die Gründung einer roten polnischen Befreiungsarmee. Ihr sollten alle sowjetischen Staatsangehörigen polnischer Herkunft angehören (inzwischen gehörte ja laut Stalin-Hitler-Pakt Ostpolen zur UdSSR). Diese Truppe sollte in

Stoßrichtung Krakau-Kattowitz in Marsch gesetzt werden und primär Propagandazwecke erfüllen.

Nachdem nun einige russische Historiker versuchten, von einem „Präventivkrieg“ Stalins zu reden, meinte ihr Kollege, Michail Meljtunow, davon könne angesichts der Fakten überhaupt keine Rede mehr sein.

KURZ NOTIERT

Konversionszentrum Bonn: Deutschland rüstete am meisten ab

Deutschland liegt bei der Abrüstung weit vorn. Von den NATO-Staaten hat die Bundesrepublik ihre Streitkräfte am meisten reduziert. Das geht aus dem ersten Jahresbericht des 1994 in Bonn gegründeten Internationalen Konversionszentrum (BICC) hervor. Die Wissenschaftler stellten fest, daß die Militärausgaben von 1985 bis 1994 weltweit um 30 Prozent auf 800 Milliarden US-Dollar gesunken sind. Dies hat, so das BICC, zu einer Verringerung des Militärpotentials um durchschnittlich 21 Prozent geführt. In Deutschland sei dagegen um 42 Prozent abgerü-

stet worden. Insgesamt haben 92 Staaten im untersuchten Zeitraum ihre Militärausgaben verringert, 60 Länder haben sie erhöht. Im Jahre 1994 gab es weltweit 24 Millionen Soldaten, 1987 waren es noch 29 Millionen. Nach den BICC-Untersuchungen sank der Anteil der Militärausgaben an der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung von drei auf 1,8 Prozent. Die Bundeswehr hat dem Jahrbuch zu Folge bei ihrer Truppenreduzierung von 490 000 auf 340 000 Soldaten 600 Militärstützpunkte geschlossen bzw. Standorte aufgegeben. (Lo) IAP 6/96

Dayton hat den Krieg gestoppt, aber Bosnien-Herzegowina noch nicht den Frieden gebracht

Sarajevos Erzbischof warnt vor Islamisierung Bosniens

Vor einer Islamisierung Bosniens-Herzegowinas hat der Erzbischof von Sarajevo, Kardinal Vinko Puljic, gewarnt. In Bosnien drohe ein wichtiges Stück europäischer kultureller Tradition zugrunde zu gehen, warnte nach einer KNA-Meldung der Kardinal am Montag, dem 3. Juni 1996, bei einem Besuch in Limburg. Wenn Europa jetzt schlafe, fasse der islamische Radikalismus Fuß im „europäischen Haus“. Puljic setzte sich für einen föderalistischen Staat in Bosnien-Herzegowina ein, in dem Kroaten, Serben und bosnische Muslime ihre Sprache, Kultur und Religion leben könnten.

Bosnien-Herzegowina ist nach Auffassung des Kardinals noch weit vom Frieden entfernt. Das Friedensabkommen von Dayton habe zwar den Krieg gestoppt, nicht aber den Frieden gebracht. Friede werde erst sein, wenn die Menschen zu ihren

Häusern zurückkehren könnten, Bewegungsfreiheit hätten und ihre politischen Rechte gewährleistet seien. Als ein Hindernis für den Frieden bezeichnete es der Kardinal, daß mit dem bosnischen Serbenführer Radovan Karadzic und mit General Ratko Mladic zwei Hauptverantwortliche für den Krieg weiter Macht hätten. Die beiden könnten kein Interesse an einem Frieden haben, weil sie sich dann vor dem internationalen Gerichtshof und vor ihrem Volk verantworten müßten.

Puljic, der mit dem Limburger Bischof Franz Kamphaus zusammentraf, berichtete, daß von den einst 528.000 Katholiken des Erzbistums Sarajevo derzeit nur noch 170.000 im Land lebten. Ein großer Teil der Kirchen und der kirchlichen Gebäude sei zerstört. Noch dramatischer aber sei das Ausmaß der moralischen Zerstörung, die der Krieg mit sich gebracht habe.

über die Save bis zu den Bussen gelangt, die beim Zollhaus in der Enklave Orasje bereit standen. Zur Freude der Menschen waren dort schon Vertreter von IFOR. Aber statt wie erwartet die Busse durch „Arizona“ zu begleiten, bestiegen bewaffnete Soldaten die Busse, um sie zu durchsuchen.

Pfarrer Oršolic und der Pallo-tinerprovinzial Pater Jozo Ivic und wurden in die Gemeindeverwaltung von Orasje zu einem neuen Gespräch mit den IFOR-Vertretern, Colonel Anderson und Major Folk, gebeten. Anwesend waren auch der Gespan Vincetic und Mato Jozic von der Kantonalpolizei. Bei diesem Treffen setzte Colonel Anderson die Meßfeier mit einer politischen Ansammlung gleich. Er bestand darauf, daß die drei Busse mit Gläubigen nicht wie normale Verkehrsmittel zu behandeln seien. Er hob hervor, er könne auf dem Weg, der unter seiner Kontrolle stehe, die Sicherheit nicht garantieren. Pfarrer Oršolic solle einen vorbereiteten Text mit der Erklärung unterschreiben, er übernehme selbst die Verantwortung für die sichere Fahrt auf der „Arizona“-Straße, wofür sonst IFOR haftet. Während der Besprechung traf eine Mitteilung ein, daß die Serben bei der „Arizona“-Straße bereits auf die drei Busse warten würden. Auf die beständigen Fragen des Pfarrers, warum seine Gläubigen nicht auf der Straße durchfahren dürften, wiederholte Colonel Anderson ebenso beständig, es sei zu gefährlich.

Während der Verhandlung haben die IFOR-Soldaten mit bewaffneten Fahrzeugen den Zugang zu „Arizona“ blockiert und auch die Zufahrt auf einem anderen Weg nach Tramošnica aus Richtung Tolisa-Bok verhindert.

Die katholischen Gläubigen sahen sich deshalb gezwungen, die Messe zum Patronatsfest ihrer Pfarrkirche in der franziskanischen Klosterkirche von Tolisa zu feiern. (PS)

IFOR erklärt Gottesdienst zur politischen Veranstaltung

Nach einem Bericht der Croatian Action for Life in Dubrovnik vom 6. Juni 1996 kam es Ende Juni im amerikanischen Sektor von Bosnien-Herzegowina zu einem Zwischenfall, der die schwierige politische und psychologische Situation um den ehemaligen Brcko-Korridor beleuchtet (s.a. AUFTRAG Nr. 225, S. 10). Danach hatte Fra Marijan Oršolic, Pfarrer der besetzten katholischen Pfarrei Donja Tramošnica bei Gradacac (jetzt in der „Republik Srpska“ von Bosnien-Herzegowina), am 24. Juni – dem Fest des Hl. Johannes des Täufers, dem Schutzpatron der Pfarrei – eine Pilgerfahrt organisiert. Darüber hat man am 19. Juni in Gradacac verhandelt. Die Serben wiesen dieses Ansinnen jedoch die Möglichkeit der Feier in Donja Tramošnica zurück. Pfarrer Oršolic nahm dies hin, beschloßen aber, die Meßfeier im Dorf Liporascé

durchzuführen, das zur selben Pfarrei gehört, aber im Territorium der kroatisch-bosniakischen Föderation liegt. In einem Telefongespräch unterrichtete der Pfarrer Oršolic am 21. Juni den Vertreter von IFOR, Major Folk, daß der Gottesdienst in Liporascé abgehalten werden solle. Major Folk begrüßte diese Entscheidung und dankte dem Pfarrer für das Verständnis. Der Pfarrer bat die Vertreter von IFOR noch um die Anwesenheit während der Durchfahrt durch den serbischen Straßenteil zwischen Orasje und Tuzla, namens „Arizona“. Major Folk soll geantwortet haben, darum brauche sich der Pfarrer nicht zu sorgen, die Straße – von den amerikanischen IFOR-Truppen „Arizona“ genannt – sei normal befahrbar.

An dem Feiertag selbst waren die Gläubigen der Pfarrei Tramošnica aus Zupanja (Kroatien)

BUNDESWEHR UND GESELLSCHAFT

Brauchen Soldaten der Bundesrepublik Deutschland einen besonderen Ehrenschutz?

Ansichten zum Persönlichkeitsschutz in einem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat

Unter der Überschrift „Mütter gegen Mörderrufe“ brachte Bundeswehr aktuell am 21.05.1996 den folgenden Beitrag:

„Der Gesetzgeber verpflichtet unsere Söhne zum Dienst in den Streitkräften. Er ist aber nicht in der Lage, ihre persönliche Ehre genügend zu schützen.“ Margret Datz und Wiebke Jung aus Sankt Augustin bei Bonn und Oberschleißheim sind beide Mütter von Soldaten. Sie haben jetzt die Initiative „Mütter gegen Mörderrufe“ gegründet.

Das Ziel der Kampagne ist die Verbesserung des Ehrenschatzes für die Soldaten der Bundeswehr. Die beiden Mütter wollen es nicht länger tatenlos hinnehmen, daß es nach dem „Soldaten-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe möglich ist, Beleidigungen als freie Meinungsäußerung zu deklarieren. Die beiden Frauen verfaßten deshalb einen Aufruf, in dem sie den Deutschen Bundestag auffordern, sich eindeutig hinter die jungen Soldaten zu stellen.

Anfang März führte der Deutsche Bundestag eine „Pollemische Debatte über den Ehrenschatz der Soldaten“ (FAZ). Die Ansichten zu diesem Thema sind vielfältig und kontrovers. Viele haben sich dazu geäußert. Wo sind die Stimmen und Meinungen der Soldaten, die sich in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten Gedanken über die ethischen Grundlagen soldatischen Dienens machen, zu diesem Thema? Teilen Sie uns doch Ihre Auffassung mit. Hier die Meinung eines Reserveoffiziers, der die Bundeswehr und insbesondere das Wehrrecht und die Innere Führung genau kennt:

„Lex Bundeswehr“ auf den parlamentarischen Weg gebracht

Beabsichtigte Änderung des Strafgesetzbuches kontraproduktiv

Josef König

Der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages wird sich am 16. Oktober in einer öffentlichen Anhörung mit einem Gesetzentwurf befassen, der für die wechselseitige Verhältnisbestimmung der Bürger und Bürgerinnen und der Bundeswehr von Bedeutung sein dürfte.

Es ist in diesem Gesetzentwurf der Regierungskoalition beabsichtigt, durch die Änderung des Strafgesetzbuches einen Tatbestand aufzunehmen, den es bisher in dieser Form nicht gab: § 109b des Strafgesetzbuches soll nach dem Willen der CDU/CSU- und der F.D.P.-Bundestagsfraktion zukünftig lauten:

„Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften (§ 11, Abs. 3) Soldaten in Beziehung auf ihren Dienst in einer Weise ver-

unglimpft, die geeignet ist, das Ansehen der Bundeswehr oder ihrer Soldaten in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft“.

Hintergrund dieser Gesetzesinitiative ist die bekannte verfassungsgerichtliche Auseinandersetzung um konkurrierende Rechte und deren Bewertung: Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und sein Verhältnis zu Beleidigungstatbeständen, wie sie in §§ 185 ff. des Strafgesetzbuches geregelt sind. Im geschichtlichen Kontext wird im Ergebnis damit etwas wiederholt, was bereits in einem Revisionsverfahren im November 1932 mit einem Freispruch endete und später dann über eine Notverordnung durch den damaligen

Reichspräsidenten am 12. Dezember 1932 faktisch wieder verdreht worden ist. § 134a des damaligen Gesetzbuches erhielt eine neue Fassung in dem Sinne, daß derjenige mit Gefängnis bestraft werden kann, „wer öffentlich ... die deutsche Wehrmacht beschimpft oder böswillig und mit Überlegung verächtlich macht ...“.

Es ist anzunehmen, daß in der Anhörung des Rechtsausschusses die damaligen Akten wieder hervorgeholt werden. Aber: „Bonn ist nicht Weimar“, so eine viel zitierte Überlegung, die im Grunde bestätigt, daß im Verfassungsstaat Deutschland nicht per Notverordnung regiert werden kann.

Brauchen die Soldaten der Bundeswehr einen strafrechtlich garantierten und geregelten Ehrenschatz, der, wie aus der Begründung des Gesetzentwurfes hervor-

geht, in einer direkten Verbindungslinie zur „... Funktionsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr, den Einsatzwillen des einzelnen Soldaten und die Bereitschaft der Bürger, ihren Wehrdienst zu leisten oder den Beruf eines Bundeswehrsoldaten zu ergreifen ...“ steht?

Ein Blick in das Soldatengesetz, das die Rechtsstellung, die Pflichten und die Rechte der Soldaten in hervorragender Art und Weise regelt, würde genügen, um die gestellte Frage negativ beantworten zu können. Die Grundphilosophie der Konzeption des „Staatsbürgers in Uniform“ geht davon aus, daß der Soldat die „gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie jeder andere

Staatsbürger“ hat. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Und just dieses Mehr an staatsbürgerlichen Rechte soll ihm nun durch das Strafgesetzbuch zugebilligt werden. Der Soldat soll zukünftig „in seiner Ehre geschützt werden“ und zwar durch eine spezielle Norm, die keinem anderen Bürger zusteht, – es sei denn, er wäre Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

Eher ist anzunehmen, daß der erhoffte Erfolg ausbleiben und eher kontraproduktiv sich auswirken wird. Denn diejenigen, die in der Tat in böswilliger Absicht die Soldaten herabwürdigen wollen, werden ausloten, wie weit sie gehen können, um in der Spannweite

zwischen Freiheitsstrafe und Geldstrafe „richtig“ zu liegen. Der üblicherweise dabei vorhandene „Solidaritätsfonds“ wird Prozeßkosten und die Geldstrafe leicht ausgleichen können. Die Amtsgerichte und möglicherweise erneut das Bundesverfassungsgericht werden sich dann über eine Prozeßlawine nicht beklagen können.

Je nach dem, was die Anhörung im Rechtsausschuß ergeben wird: politische Fragen und die öffentliche Auseinandersetzung um die Legitimation von Streitkräften, ihre Aufgaben und der damit verbundene Dienst der Soldaten gehören nicht in die Strafjustiz und damit nicht in die Gerichtssäle

Ein Blick ins Grundgesetz ist manchmal ganz nützlich

Grundgesetz Art 1:

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) ...

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Grundgesetz Art 2:

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

Grundgesetz Art 5:

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten ... Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung ... werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

Welches Recht steht nun höher, das zentrale Grundrecht der Unantastbarkeit der Würde des Menschen oder das Recht, seine Meinung frei äußern zu dürfen? Meinungsfreiheit contra Persönlichkeitsrecht?

Wo haben die Würde des Menschen und wo das Recht, seine Meinung frei zu äußern und zu verbreiten, ihre Grenzen?

Werden die Bestimmungen des Grundgesetzes so angewendet, daß der Rechtsfrieden in unserem Land genügend gewahrt bleibt?

Ich meine, wer in unserer Gesellschaft, in der selbst Soldaten bewährte Pazifisten – Friedensstifter – sind, Soldaten (potentielle) Mörder nennt, schießt weit übers Ziel hinaus. Er (oder sie) verletzt die Regeln, die Grundgesetz und das Recht aufstellen. Aber die Kontroverse darüber ist kein Rechtsstreit, sondern erfordert eine geistig-moralische Auseinandersetzung, die in der Gesellschaft geführt und entschieden werden muß. Dies ist eine Wertentscheidung, die nicht durch einen besonderen Rechts- und Ehrenschatz herbeigeführt werden kann. (PS)

Sachausschuß „Sicherheit und Frieden“

In einer Sitzung am 5. Juli in Bonn, die gemeinsam mit dem Sachausschuß „Innere Führung“ stattfand, befaßten sich die Ausschüsse unter anderem mit den Themen

- Desertion von Wehrmachtssoldaten,
- Wehrform (Wehrpflicht- oder Freiwilligenstreitkräfte; Wehrdienst, Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst),
- Frauen in der Bundeswehr,
- Landminenproblematik.

Die Sachausschüsse kamen zu dem Ergebnis, daß die GKS sich an der Diskussion beteiligen und klare Position beziehen soll. Es muß aber nicht zu jeder Thematik ein offizielles Positionspapier erarbeitet werden. Oft liegen bereits qualifizierte Aussagen katholischer Gremien vor, denen sich die GKS anschließen kann. Auch ist es einfacher und zeitgerechter möglich, durch Namensbeiträge im AUFTRAG die eigene Position gegenüber der Öffentlichkeit zu verdeutlichen und den Mitgliedern und Freunden der GKS Argumente zu liefern.

Zum Thema „Desertion von Wehrmachtssoldaten“ verweisen wir auf den Beitrag von KzS a.D. Norbert M. Schütz im letzten AUFTRAG Nr. 225, Seite 78, sowie die folgenden Beiträge von Josef König, „Wehrpflichtgesetz – vor 40 Jahren verabschiedet, heute Diskussion um Abschaffung oder Erweiterung für Frauen“.

Zum Thema Frauen in der Bundeswehr waren sich die Teilnehmer an der Juli-Sitzung einig, daß dies weniger ein ethisches, als vielmehr ein verfassungsrechtliches Problem darstellt. Schließlich wird auf den Seiten 60/61 die Position der Bundesregierung und eine kurze Erklärung des ZdK zur „Landminenproblematik“ wiedergegeben. Die ZdK-Erklärung kam auf Initiative der Vertreter des Diözesanrates Limburg, nach Präzisierung und erweiterter Formulierung durch den GKS-Vertreter im ZdK, OTL a.D. Paul Schulz, durch einstimmiges Votum der Frühjahrsvollversammlung zustande. (PS)

Wehrpflichtgesetz – vor 40 Jahren verabschiedet, heute Diskussion um Abschaffung oder Erweiterung für Frauen

Nach der faktischen Freigabe einer Wahlmöglichkeit zwischen Wehrdienst und zivilem Ersatzdienst, Verkümmern der Wehrpflicht auf zehn Monate und vergeblichen Versuchen im Bewußtsein der Bevölkerung eine sogenannte Wehrdienstgerechtigkeit, die allenfalls noch als Dienstgerechtigkeit gesehen wird, herzustellen, stellt sich mit der anhaltenden Reduzierung der Bundeswehrstärke, dem veränderten Einsatzspektrum und der nicht eingehaltenen Haushaltszusagen die Frage nach dem personellen Umfang der Bundeswehr und der Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht. Bundeskanzler Helmut Kohl stellt sogar die Frage nach einer Wehr- oder allgemeinen Dienstpflicht auch für Frauen. Wenn die allgemeine Wehrpflicht für die Berufssoldaten der Bundeswehr aus verschiedenen Gründen eine bewährte und auch für die Zukunft eine wünschenswerte Wehrform ist, stellt sich mit ihrer möglichen Preisgabe jedoch keine ethische Grundsatzfrage. Wohl aber sollte sich die GKS

frühzeitig – nicht erst wenn die Situation da ist – mit den möglichen Folgerungen einer ausschließlich politischen Entscheidung befassen.

AUFTRAG hat sich bereits wiederholt mit dieser Thematik befaßt. Hingewiesen wird hier insbesondere auf zwei nach wie vor aktuelle Veröffentlichungen

- Thomas Hoppe: Sozialethische Überlegungen zur Frage einer allgemeinen Dienstpflicht, in: AUFTRAG Nr. 214, S. 81–95.
- Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax: Allgemeine Wehrpflicht – ethisch noch vertretbar? Sozial-ethische Kriterien zur Beurteilung der Allgemeinen Wehrpflicht, in: AUFTRAG Nr. 208, S. 88–99.
- Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax: Zukunft gesellschaftlicher Dienste, in: Schriftreihe Gerechtigkeit und Frieden Arbeitspapier 70, Bonn 1995. (PS)

... legitimes Kind der Demokratie

Josef König

Eine zweifelhafte Begründung, welche gerne und häufig verwendet wird, stand am Anfang aller Diskussionen und wird dem ersten Bundespräsidenten Theodor Heuß zugeschrieben, der während der Beratungen im Parlamentarischen Rat (1948/94) bemerkte, „Die allgemeine Wehrpflicht ist das legitime Kind der Demokratie“.

Aufmerksame Chronisten der Wiederbewaffnungsdebatte in den 50er Jahren im Nachkriegsdeutschland erinnern von daher an ein Datum, welches nicht nur in der Geschichte des Deutschen Bundestages eine hervorgehobene Rolle einnimmt, sondern gleichzeitig das Ende einer langen Auseinandersetzung um das Für und Wi-

der eines deutschen Verteidigungsbeitrags markiert: Am 7. Juli 1956, morgens gegen vier Uhr stimmten 269 gegen 166 Abgeordnete (vornehmlich der SPD und des BHE) bei 20 Stimmenthaltungen der FDP für das Gesetz über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland.

Bezogen auf die durch den späteren Bundespräsidenten vorgenommene Feststellung, die allgemeine Wehrpflicht sei ein legitimes Kind,

kann rückschauend betrachtet in der Tat von einem „legitimen Kind“ die Rede sein. Weniger allerdings im Sinne einer wesensmäßigen Gleichsetzung „Wehrpflicht ist gleich Demokratie“, sondern eher als „legitimes Kind des sich abzeichnenden Kalten Krieges“ zwischen den vormaligen Alliierten des 2. Weltkrieges.

Unter dem Eindruck des Korea-Krieges, einer zunehmenden Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR sowie der beginnenden Spaltung der Nation in einen ost- bzw. westdeutschen Teil, drängte der Westen die damalige Bundesregierung, einen angemessenen Beitrag zu einer gemeinsamen Verteidigung zu leisten.

Dem wiederum vorgelagert war eine Denkschrift ehemaliger Wehrmachtsoffiziere, die im Auftrag der Regierung Adenauer in der sogenannten Himmeroder Denkschrift 1950 noch vor allen öffentlichen Diskussionen einen für Deutschland angemessenen Verteidigungsbeitrag forderte. Hinzu kam, daß aufgrund französischer – später jedoch gescheiterter – Initiativen und der Forderung nach einer „europäischen Armee“ Argumente für die Regierung Adenauers von außen kamen, um einen deutschen Verteidigungsbeitrag zu rechtfertigen. Westintegration, Pariser Verträge und der Beitritt zum transatlantischen Bündnis (NATO) taten das übrige, um bundesdeutsche Streitkräfte hinsichtlich ihres Umfangs und ihrer Aufgabenbeschreibung zu begründen. Die selbsteingegangene Verpflichtung, 500.000 Soldaten dem nordatlantischen Bündnis zur Verfügung zu stellen, war jedoch mit ausschließlich sich freiwillig meldenden jungen Männern nicht zu garantieren. Um diese Umfangsverpflichtung, die jedoch völkerrechtlich nicht verbindlich war, für neue Streitkräfte realisieren zu können, konnte nur eine allgemeine Wehrpflicht als diejenige Wehrform für die bundesdeutschen Streitkräfte infragekommen.

Weitere Begründungen für eine allgemeine Wehrpflicht kamen erleichternd hinzu und bilden bis heute beinahe nicht hinterfragt wesentliche Elemente für die Wehrform „Wehrpflicht“.

Aufgaben bundesdeutscher Streitkräfte war lange Zeit im Sinne einer bündnisbezogenen Lan-

desverteidigung durch präsen- te Streitkräfte abzuschrecken, im Falle des Versagens der Abschreckung grenznah zu verteidigen, um Krieg in Deutschland zu verhindern bzw. Voraussetzungen zur schnellen Beendigung einer ausgebrochenen bewaffneten Auseinandersetzung zu schaffen.

Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation, der Reduzierung der Bundeswehr auf 370.000 Soldaten, einem veränderten Einsatzspektrum hin zu Aufgaben, die über die bündnisbezogene Landesverteidigung hinausgehen, zunehmenden Haushaltszwängen und der in der jungen Wehrpflichtgeneration vorherrschende Trend, zwischen Wehr- und Zivildienst ein Auswahlermessen zu erkennen, stellt sich heute die Frage nach einer geeigneten und zweckmäßigen Wehrform neu. Welche Wehrform der Primat der Politik den Streitkräften in Zukunft vorgeben wird, hängt von unterschiedlichen Faktoren ab.

Einige NATO-Mitgliedsstaaten haben zwischenzeitlich den Übergang von der Wehrpflicht- in eine Freiwilligenarmee in die Wege geleitet und auch Frankreich hat sich dem Trend angeschlossen. Solange allerdings der Umfang der bundesdeutschen Streitkräfte bei 350.000 und die Dauer des Grundwehr-

dienstes von 10 Monaten festgeschrieben ist, die Quote der anerkannten Kriegsdienstverweigerer auf hohem Niveau stabil bleibt, bestimmen diese Größen weiterhin ein Festhalten an der Wehrpflicht.

Anders verhält es sich, wenn man sich die Aussagen im Weißbuch der Bundesregierung 1973/74 und dem Hinweis auf den Bericht der Wehrstrukturkommission von 1972 noch einmal vergegenwärtigt: „Erst wenn eine wesentliche Änderung der Sicherheitslage beträchtlich weniger präsen- te Verbände erlauben würde, könnten Freiwilligen-Streitkräfte in Betracht gezogen werden“, so die sicherheitspolitische Devise in der Phase der Entspannungspolitik der sozial-liberalen Regierung.

Die sicherheitspolitische Lage hat sich seit 1989 wesentlich verbessert. Die Bundesrepublik ist unmittelbar nicht existentiell bedroht. Ob die allgemeine Wehrpflicht auch weiterhin als gesetzliches Rekrutierungsmodell für die Streitkräfte bestehen bleibt, werden die Koalitionsvereinbarungen 1998 zeigen. Mit Sicherheit steht dann die Wehrform auf der Tagesordnung. Wird es am 7. Juli 1999 wiederum eine Wehrformdebatte im Deutschen Bundestag, vielleicht schon in der Bundeshauptstadt Berlin geben?

KURZ NOTIERT

Friedensethiker Nagel für mehr Frauen in der Bundeswehr

Für mehr Frauen in der Bundeswehr hat sich der Hamburger Friedensethiker Ernst Josef Nagel ausgesprochen. Es bestehe ein Zusammenhang zwischen der Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht und einer möglichen Öffnung der Bundeswehr für Frauen, sagte Nagel am 11. Juli in Barsbüttel bei Hamburg der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Bisher sei etwa die Hälfte der längerdienenden Soldaten aus den Reihen der Wehrdienstleistenden gekommen. Sie würden künftig praktisch wegfallen, was erhebliche Auswirkungen auf die Qualität der Armee befürchten ließe. Selbst wenn die Bundeswehr dann klei-

ner würde, könne es vor allem in den weniger gut bezahlten unteren Dienststrängen zu einer Negativ-Auslese kommen, betonte der Theologe. Diese Qualitätslücke ließe sich durch den Dienst der Frauen schließen.

Nagel betonte, bei diesen Vorschlägen gehe es weniger um die Emanzipation der Frau, sondern um voraussehbare Probleme bei der Umgestaltung von einer Wehrpflicht- zu einer Freiwilligenarmee. Der Theologe räumte ein, Frauen könnten zu Lückenbüßern gemacht werden. Allerdings sei es grundsätzlich durchaus vorstellbar, Frauen freiwillig in Stäben oder Fernmeldeeinheiten einzusetzen. (KNA)

Dokumentation zur Landminenproblematik

Bestrebungen der Vereinten Nationen zu Verboten und Beschränkungen des Einsatzes von Land- und Anti-Personenminen

1. Problematik

In über 60 Ländern vorzugsweise Dritten Welt sind weite Gebiete vermint. Jede Woche werden 150-200 Zivilisten durch Minen verletzt, verstümmelt oder getötet. Die meisten Minen werden in innerstaatlichen Konflikten verlegt. Ungeräumte Landminen – geschätzt 85-100 Millionen – behindern auch nach dem Ende bewaffneter Konflikte den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Rückkehr von Flüchtlingen.

2. Protokoll II über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen

Am 10. April 1981 unterzeichnete die Bundesrepublik Deutschland das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die bärenmäßige Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen). Diesem Übereinkommen, das am 2. Dezember 1983 in Kraft trat, sind inzwischen 57 Nationen beigetreten.

Protokoll II dieses Übereinkommens behandelt unter anderem Landminen. Es unterscheidet u.a. zwischen Minen, die auf, unter oder nahe dem Erdboden oder einer anderen Oberfläche angebracht werden und fernverlegten Minen, die durch Artilleriegeschütze, Raketen, Granatwerfer oder ähnliche Mittel verschossen oder durch Flugzeuge abgeworfen werden.

Verboten ist jeglicher Einsatz von Minen als Mittel der Kriegführung gegen die Zivilbevölkerung als auch der unterschiedslose Einsatz gegen militärische und zivile Ziele. Es sind alle praktisch möglichen Maßnahmen zu treffen, um

Zivilpersonen vor den Wirkungen dieser Waffen zu schützen.

3. Das VN-Waffenübereinkommen zeigte Schwachstellen und war deshalb reformbedürftig

Da es nur 57 Vertragsstaaten zählt (Stand: Mai 1996) und auf innerstaatliche Konflikte, die größtenteils das weltweite Minenproblem ausmachen, bislang keine Anwendung fand, besaß das VN-Waffenübereinkommen nur einen sehr eingeschränkten Geltungsbereich. Bislang fehlten ein Verifikationsmechanismus sowie befriedigende Regelungen zur Frage der Minenräumung. Wünschenswert weitergehende Einsatz- und Exportverbote für bestimmte Minentypen Vor diesem Hintergrund hatte Frankreich bereits 1993 eine Überprüfungskonferenz beantragt.

4. Ergebnisse der Überprüfungskonferenz

Am 25. September 1995 begann in Wien eine Überprüfungskonferenz der Vertragsstaaten des VN-Waffenübereinkommens. Die Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich schwierig, weil vor allem China, Indien, Pakistan und

Rußland nicht bereit waren, einer Verschärfung des Minenprotokolls zuzustimmen. Um ein Scheitern der Konferenz zu verhindern, wurde sie Anfang Oktober zunächst unterbrochen. Nach weiteren sondernden Gesprächen fanden vom 15.-19. Januar 1996 in Genf die zweite Verhandlungsrunde und vom 22. April bis 3. Mai 1996 die dritte und abschließende Verhandlungsrunde statt. Hauptergebnis der Verhandlungen ist die Annahme eines revidierten Minenprotokolls, das weitgehende Einsatz- und Exportbeschränkungen für Anti-Personenminen enthält. Konkret wurden folgende Verbesserungen erzielt:

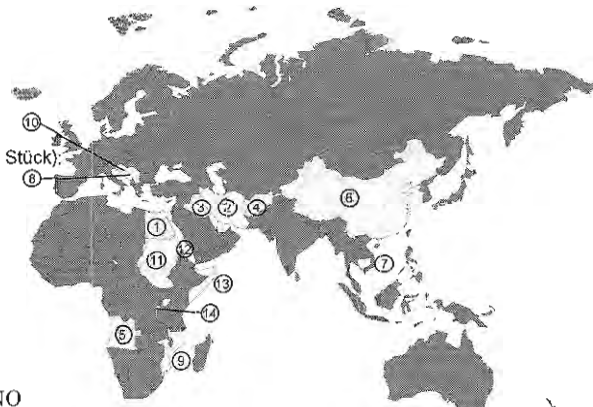
- Das Minenprotokoll gilt nunmehr auch für innerstaatliche Konflikte (Bürgerkriege).
- Der Transfer von Minen, deren Gebrauch das Protokoll untersagt, ist verboten; der Transfer anderer Minen wird stark eingeschränkt. Die Vertragsstaaten verpflichteten sich mit Abschluß der Konferenz, nicht detektierbare Anti-Personenminen und fernverlegte Anti-Personenminen ohne Wirkzeitbegrenzung nicht mehr zu transferieren. Nach Ratifikation des Protokolls wandelt sich diese Verpflichtung in ein völkerrechtlich verbindliches Transferverbot.

Land-Minen, der tückische Tod

85-100 Mio Land-Minen sind weltweit in rund 60 Ländern verlegt. Pro Jahr werden etwa 2 Mio Minen neu verlegt, aber nur ca. 100.000 geraumt.

Die Grafik zeigt die Länder, die am stärksten durch Minen belastet sind (Zahlen in Millionen Stück):

- | | |
|---------------------|------------------|
| 1. ÄGYPTEN: 23 | 8. Bosnien: 2-3 |
| 2. IRAN: 16 | 9. MOSAMBIK: 2 |
| 3. IRAK: 10 | 10. KROATIEN: 1 |
| 4. AFGHANISTAN: 10 | 11. SUDAN: 1 |
| 5. ANGOLA: 10 | 12. ERITREA: 1 |
| 6. CHINA: 10 | 13. SOMALIA: 1 |
| 7. KAMBODSCHA: 8-10 | 14. RUANDA: 0,25 |



Grafik PS, Quelle UNO

- Anti-Personenminen, die mit technischen Mitteln nicht entdeckt werden können, werden verboten.
- Handverlegte Anti-Personenminen müssen künftig zum Schutz der Zivilbevölkerung sowohl mit einem Selbstzerstörungs- als auch einem Selbstdeaktivierungsmechanismus ausgestattet sein. Haben sie diese Mechanismen nicht, müssen die betreffenden Minenfelder eingezäunt, bewacht und vor Verlassen des Gebiets geräumt werden.
- Fernverlegte Anti-Personenminen müssen ebenfalls sowohl über einen Selbstzerstörungs- als auch einen Selbstdeaktivierungsmechanismus verfügen.
- Bei der Räumung von Minen werden Vertragsstaaten einander gemeinsam mit den Vereinten Nationen Unterstützung leisten.
- Jährliche Berichte sowie Konsultationen der Vertragsstaaten sollen die Einhaltung des Protokolls gewährleisten. Personen, die gegen Bestimmungen des Protokolls verstoßen und dadurch Zivilisten töten oder schwer verletzen, machen sich persönlich strafbar.

Die Konferenzergebnisse sind ein deutlicher Fortschritt bei der Linderung des Landminenproblems. Dennoch ist hiermit nur ein Zwischenergebnis erzielt. Die Bundesregierung wird sich im multilateralen und bilateralen Rahmen dafür einsetzen, daß die weltweite Abschaffung von Anti-Personenminen auf der internationalen Tagessordnung bleibt.

5. Weitere Maßnahmen zur Linderung der Landminenproblematik und zum Verzicht auf Anti-Personenminen

- a. Deutschland hatte gemeinsam mit seinen Partnern in der Europäischen Union die Einrichtung eines Fonds der Vereinten Nationen zur Minenräumung vorgeschlagen. Dieser Fonds wurde im November 1994 eingerichtet; vom 5.-7. Mai 1995 fand in Genf eine internationale Geber- und Expertenkonferenz zur Minenräumung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen statt. Die Eu-

ropäische Union unterstützte den Fonds zur Minenräumung 1995 mit einer Anschubfinanzierung von 3 Millionen ECU. Darüber hinaus stehen dem Auswärtigen Amt im laufenden Jahr 1996 rund 13 Millionen DM für Maßnahmen zur Minenräumung zur Verfügung.

- b. Am 8. Juni 1994 hat die Bundesregierung ein zunächst auf drei Jahre befristetes Exportmoratorium für Anti-Personenminen beschlossen. Am 11. Januar 1996 wurde dieses Exportmoratorium unbefristet verlängert. Seit dem 12. Mai 1995 gilt darüber hinaus ein gemeinsames Exportmoratorium der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Am 16. April 1996, unmittelbar vor Beginn der dritten Verhandlungsrunde der Genfer Überprüfungskonferenz, gab die Bundesregierung den vollständigen Verzicht der Bundeswehr auf Anti-Personenminen bekannt. Die Bestände der Bundeswehr an Anti-Personenminen werden vernichtet. Gleichzeitig sprach sich die Bundesregierung für ein weltweites Verbot von Anti-Personenminen aus. Am 18. April 1996 nahm der Deutsche Bundestag einen entsprechenden Antrag mit großer Mehrheit an. Deutschland geht damit weit über die durch die Genfer Überprüfungskonferenz er-

zielten Ergebnisse hinaus und hofft, daß dieses Beispiel die internationale Gemeinschaft dem angestrebten Ziel eines weltweiten Verbots von Anti-Personenminen ein Stück näher bringen wird.

- c. Vor allem innerhalb der Europäischen Union gibt es starke Unterstützung für einen vollständigen Verzicht auf Anti-Personenminen. Neben Deutschland haben auch Belgien, Dänemark, Luxemburg, Niederlande, Portugal und Österreich bereits entsprechende Beschlüsse gefaßt. Bei anderen befinden sie sich in Vorbereitung. Gemeinsam mit ihren Partnern in der Europäischen Union strebt Deutschland eine wesentliche Erhöhung der Zahl der Vertragsstaaten an, um dadurch den Anwendungsbereich zu erweitern. Die USA setzen sich ebenfalls für ein weltweites Verbot von Anti-Personenminen ein, behalten sich aber das Recht vor, bis zum Inkrafttreten eines solchen Abkommens in einem Kriegsfall Anti-Personenminen mit Selbstzerstörungs- bzw. Deaktivierungsmechanismus zum Schutz des Lebens amerikanischer Soldaten einzusetzen. Die Bestände an alten, konventionellen Anti-Personenminen werden vernichtet.

(Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Stand Juni 1996)

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) zum Thema Landminen

1. Das ZdK bekräftigt noch einmal seine bereits 1995 in der Erklärung „Fluchtursachen mindern“ erhobene Forderung, Herstellung, Handel und Verwendung von Minen, die Tötung oder Verletzung von Menschen zum Ziel haben, zu ächten.
2. Das ZdK begrüßt und unterstützt die Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung, auf die Entwicklung, die Beschaffung und den Besitz von Anti-Personenminen zu verzichten und die in Deutschland vorhandenen zu vernichten.
3. Das ZdK fordert die Bundesregierung auf, sicherzustellen, daß in und außerhalb der Bundesrepublik deutsche Firmen Anti-Personenminen weder herstellen, noch mit ihnen handeln.
4. Das ZdK ermutigt die Bundesregierung, auch auf andere Regierungen, Institutionen und Organisationen in diesem Sinne hinzuwirken.

(Einstimmiger Beschluß der Frühjahrsvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Bonn-Bad Godesberg am 27. April 1996)

AUS MILITÄRSEELSORGE, GKS UND RÄTEN

Engagement für Frieden, Versöhnung und Ökumene

Humanitärer Hilfstransport der GKS nach Nowospasskoje/Russland

Günter Thye

Seit 1992 engagiert sich die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) – zunächst im Rahmen einer gemeinsamen humanitären Aktion von Soldaten der ehemaligen Westgruppe der russischen Truppen (WGT) und des heute aufgelösten deutschen Verbindungskommandos zu dieser WGT – für den Wiederaufbau, die Restaurierung und Ausstattung der Dorfkirche in Nowospasskoje/Russland (s.a. AUFTRAG Nr. 206 Okt/Nov 1993, S. 155 ff. und AUFTRAG Nr. 207, S. 186 ff.). Den Anstoß für die Beteiligung der GKS gaben der zum Verbindungskommando in Berlin gehörende Kapitänleutnant Bernhard Mroß und der damalige Vorsitzende der GKS im Bereich See, Oberstabsbootsmann Günter Thye, der den Gedanken aufgriff und in den Bundesvorstand einbrachte. 1994 übernahm die GKS eine „Patenschaft“ für die russisch-orthodoxe Gemeinde in Nowospasskoje/Russland durch bescheidene finanzielle Zuwendungen aus ihren „Spendentopf“.

Für das 1995 errichtete Dorfkrankenhaus, erbaut von der Gemeindepriester, Vater Nikolai Priwalow, materielle Unterstützung. Die Vorbereitungen für einen Transport begannen vor einem Jahr. Nach Überwindung zahlloser bürokratischer Hemmnisse konnte Anfang Juli 1997 endlich das zugesagte und durch die Bundeswehr bereitgestellte Material mit Unterstützung des Malteser-Hilfsdienstes nach Nowospasskoje geschafft werden.

Sonnabend, 06.07., 16.30 Uhr

Abfahrt von Flensburg mit einem Kleintransporter, kostenlos bereitgestellt von einem Flensburger Autohaus. Im Auftrag des Bundesvorstandes der GKS begeben sich Hauptmann Walter Schrader, Oberstabsbootsmann a.D. Günter Thye und Kapitänleutnant a.D. Bernhard Mroß auf den über 2.100 Kilometer langen Weg nach Nowospasskoje.

Bereits seit Donnerstag ist ein Lastkraftwagen mit Anhänger des Malteserhilfsdienstes MHD für die GKS im Einsatz. Er transportiert über 20 Tonnen an Medikamenten, Betten und Matratzen, medizinische Geräte wie Spritzen, Stetho-

skope, Ohrenspiegel, Reflexhammer, Wund- und Verbandsmaterial gehören ebenso dazu, wie Gummistiefel, Mäntel, Halbschuhe und Unterbekleidung. Das gesamte Material wurde von der Bundeswehr aus Beständen bereitgestellt.

Der MHD hat das Depot in Dresden bereits wieder verlassen. Besetzt ist dieses Fahrzeug mit einem Fahrer des MHD, Horst Thoms, und Leutnant Stefan Pläß vom Lufttransportgeschwader 63 Hohn. Für uns bedeutet das, die Abfahrtszeit von Flensburg muß kurzfristig von Sonntag auf Sonnabend vorgezogen werden. Der Treffpunkt soll am Montag früh in Smolensk sein.

Der Kleintransporter ist bis zur Decke beladen, selbst unter den Sitzen wird jeder Zentimeter genutzt. An zusätzlichen Spenden transportieren wir Pharma-

erzeugnisse, Oberbekleidung, Schuhe, Schulmaterial für Erstklässler und den notwendigen Eigenbedarf an Getränken, Verpflegung und kleinen Aufmerksamkeiten für unsere Gastgeber.

Sonntag, 07.07., 01.30 Uhr

Berlin liegt hinter uns, wir erreichen Frankfurt/Oder, den Grenzübergang zu Polen. Nur schrittweise bewegen wir uns in der kilometerlangen Autoschlange vorwärts. Nach fast drei Stunden haben wir es dann bis zur polnischen Seite geschafft.

Weiter geht es auf der E 30, die über Poznan (Posen), Brest, Minsk, Smolensk nach Moskau führt. Langsam wird es hell, wir fahren der aufgehenden Sonne entgegen.

Sonntag, 07.07., 07.30 Uhr

Aus Gründen der eigenen Sicherheit, wagen wir erst jetzt bei Helligkeit unsere Frühstückspause am Straßenrand einzulegen. Ein Reh begutachtet neugierig Walter Schraders Kochkünste auf dem Campingkocher. Unsere Uhren stellen wir um eine Stunde vor. Noch knapp dreihundert Kilometer bis Warschau, das wir gegen 11.30 Uhr durchfahren.

Sonntag, 07.07., 15.00 Uhr

Terespol, die Grenzstation zu Weißrussland ist in Sicht. Bernhard Mroß erprobt seine Sprachkenntnisse bei der polnischen Poli-



Dorfkrankenhaus in Nowospasskoje/Rußland, Ziel des Hilfstransports der GKS. Das Krankenhaus ist nicht zu vergleichen mit den Kreiskrankenhäusern in unserer dicht besiedelten und infrastrukturell gut erschlossenen Region. Es ist ein medizinisches Zentrum, in dem Patienten auch stationär behandelt werden können. (Foto G. Thye)



Das GKS-Team mit Vater Nikolai und dessen Tochter in der russisch-orthodoxen Dorfkirche von Nowospasskoje (v.l.: G. Thye, W. Schrader, B. Mroß). (Foto G. Thye)

zei, die uns daraufhin – vorbei an einer Doppelschlange von Bussen und PKW – bis zum Abfertigungsgebäude eskortiert.

Unsere Visa und Plakate am Peugeot J 5 weisen auf den humanitären Hilfstransport der GKS hin. Wir werden bevorzugt abgefertigt. Andere Reisende reagieren ungehalten, sie stehen seit vierundzwanzig Stunden an der Grenze. Ein PKW, besetzt mit fünf Personen, hat laut Aussage des polnischen Zöllners Ware von 200.000 Mark dabei. „Für uns Polen ist das ein Geschäft,“ sagt der Beamte und läßt den Wagen in Richtung weißrussische Grenze passieren.

Montag, 08.07., 05.45 Uhr

Ein Zollbeamter in Krasnoje, dem Grenzübergang zu Russland, begrüßt uns in gebrochenem Deutsch. Wenige Minuten danach haben wir die Grenze passiert. Bis Smolensk sind es noch achtzig Kilometer.

Zwanzig Kilometer westlich von Smolensk liegt das Dorf Katyn – bei Kozie Gory. Hier in einem Wald fanden deutsche Soldaten im April 1943 Massengräber von 4143 polnischen Offizieren, die im September 1939 beim Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen in sowjetische Gefangenschaft geraten und aller Wahrscheinlichkeit nach bereits im April/Mai 1940 von den Sowjets ermordet worden waren. Die 1946 im Kriegsverbrecherprozeß von Nürnberg erhobene Be-

schuldigung, die Morde von Katyn seien von den Deutschen ausgeübt worden, wurde durch Zeugen entkräftet und fallengelassen. Wir verweilen einige Minuten an dieser inzwischen hergerichteten Gedenkstätte im Gebet.

Montag, 08.07., 08.00 Uhr

Wir haben unsere Uhren erneut um eine Stunde vorgestellt. Smolensk ist erreicht. Fahrer und Wagen vom Malteserhilfsdienst treffen wir am vereinbarten Treffpunkt.

Smolensk ist eine der ältesten Städte Russlands und zählt heute über 300.000 Einwohner. Bereits 862 war diese Stadt am oberen linken Dnjeprufer ein wichtiger Stützpunkt auf dem Handelsweg von der Ostsee zum Schwarzen Meer. 1136 wurde Smolensk Bischofssitz und eines der Kurzentren Rußlands. Dominierend ist die Uspenskij-Kathedrale (1677–79), die Sitz der Eparchieverwaltung und des Metropoliten von Smolensk und Kaliningrad ist.

Bevor wir uns gemeinsam in das 130 Kilometer entfernte Nowospasskoje auf den Weg machen, liefern wir mit dem Kleintransporter beim Metropoliten von Smolensk und Kaliningrad, Kirill Gundjajev, Bekleidung und Schuhe ab. Vater Viktor Krjukow, der Sekretär des Metropoliten, nimmt sie dankbar entgegen. Überwiegend entlassene Häftlinge sollen damit eingekleidet werden. Uns fallen inzwischen im

Stehen die Augen zu, doch bevor wir nun endgültig die letzte Etappe beginnen können, muß das Lade-gut vom MHD beim Zoll in Smolensk deklariert werden.

Montag, 08.07., 17.55 Uhr

Nowospasskoje, wir rollen in das Dorf ein. 2.129 km liegen hinter uns. Die Dorfbewohner sind zur Begrüßung angetreten. Da der Malterhilfsdienst die Rückfahrt bereits am nächsten Tag wieder antreten muß, werden beide Fahrzeuge – unter Beteiligung vieler Dorfbewohner – entladen, am Gemeinde- wie auch am Krankenhaus.

Das Bereichs Krankenhaus von Nowospasskoje versorgt Bewohner von zehn Dörfern. Stationär werden hier alte Menschen, die keine Angehörigen haben, behandelt und betreut. Dafür steht eine Ärztin zur Verfügung. 1995 erbaut, besitzt das Krankenhaus 15 Betten und sechs Krankenzimmer. Sanitäre Einrichtungen und die einfachen – primitiven – Verhältnisse, wie wir sie vorfinden, rauben uns schier den Atem. Doch die Menschen sind glücklich, sie fühlen sich geborgen.

Der Gemeindeälteste, Klotschko Michail Grigorjewitsch, Vater Nikolai und Vertreter der Gemeinde laden uns zu einem Begrüßungssessen ein. Es ist Fastenzeit bis zum 12. Juli, Fisch in vielen Variationen wird gereicht, Gemüse, Lauchzwiebeln, Kartoffeln und natürlich Wodka. Wir sehnen uns nach einer Dusche. Vater Nikolai empfiehlt uns die russische Dusche, ein Bad im Fluß. Wir genießen es. Blauer Himmel und 32 Grad lassen unsere Stimmung steigen.

Für die erste Nacht stellt uns der Gemeindeälteste sein Haus zur Übernachtung zur Verfügung. Wir schlafen auf Campingliegen und Sofas, aber wir schlafen tief.

Dienstag, 09.07., 07.00 Uhr

Für die Morgenwäsche steht ein Eimer mit Wasser bereit, das muß für uns fünf reichen. Die nächste Dorftoilette steht 80 Meter entfernt. Vater Nikolai lädt uns zum Frühstück ein. Es gibt Hecht, Kartoffeln, Walderdbeermarmelade, Käse und Tee und Wodka. Es ist schwül und die Luft scheint zu stehen. Gewitter ist angesagt. Mük-

ken und Stechfliegen plagen uns. Walter Schraders „Wunderpillen“ helfen da auch nicht.

Die Malteser haben Nowospasskoje wieder in Richtung Heimat verlassen.

Heute ist ein hoher kirchlicher Feiertag: Patronatsfest der Hl. Mutter Maria von Tichwin – die Dorfkirche trägt diesen Namen – und Altarweihe. Zum ersten Mal beteiligen sich Katholiken – dazu noch Soldaten einer anderen Nation – aktiv am Gottesdienst. Vater Nikolai sieht unsere Anwesenheit als eine Fügung Gottes an.

Bei der Prozession um die Kirche tragen Bernhard Mroß und Walter Schrader die hl. Ikonen. An den vier Weiheorten werden sie ausgiebig mit Weihwasser bedacht, das kann nicht schaden.

Zum Mittagessen trifft sich ein Großteil der Gemeinde im Gemeindehaus. Vater Nikolai dankt der GKS im Namen der Gemeinde und weist darauf hin, daß auch Nachbarorte mit diesen Spenden versorgt werden. Im Namen der GKS dankt Walter Schrader für die Gastfreundschaft und verliest den Brief des Bundesvorsitzenden der GKS. Die Anzahl der Trinksprüche lassen kaum Zeit zum Essen. Der Kirchenchor aus Jelnija begleitet jeden Trinkspruch mit einem Lobgesang. Wir versuchen mitzuhalten und mit jedem Wodka wird unser Gesang besser.

Nach dem obligatorischen Tee und dem Dankgebet besuchen wir das „Glinka-Museum“. Hier wurde der Komponist Michail Iwanowitsch Glinka am 1. Juni 1804 geboren. Das Wohnhaus und die Wirkungsstätte sind sehr gepflegt und gut erhalten, neben der Kirche sicher der Stolz des Dorfes.

Überall in dieser Gemeinde schlägt uns eine überwältigende echte Herzlichkeit entgegen. Deutsche Soldaten unterstützen nach vollen Kräften ihre ehemaligen Gegner aus dem 2. Weltkrieg. Vom Jugendlichen bis zum Kriegsveteranen sind alle äußerst angenehm berührt von dieser Tatsache. Auch wenn es in diesem Bezirk für Vater Nikolai Gegenwind gibt, die Hinwendung zum christlichen Glauben ist nicht überall gerne gesehen, so wird doch die Unterstützung – gerade durch Soldaten der Bundeswehr – überschwenglich gelobt. Die Mehrheit der Bürger



Der Dorfälteste von Novospasskoje, Klotschko Michail Grigorjewitsch, legt selbst Hand an beim Entladen der Hilfsgüter aus dem Kleintransporter.

(Foto G. Thye)

Mittwoch, 10.07., 06.00 Uhr

Der Tag der Abreise ist angebrochen. Vater Nikolai führt uns zu einem Grab, auf dem sichtbar noch Gebeine, Schädel und Stahlhelme von vierundzwanzig deutschen Soldaten liegen. Hier, an der alten Verbindungsstraße von Nowospasskoje über Potchinok nach Smolensk, hat eine Grabplünderung auf Suche nach Waffen, Orden und Goldzähnen stattgefunden. Kein Kreuz ziert diese Stelle, es gibt keine Hinweise auf Namen. Ort und weitere Informationen werden notiert, um sie in Deutschland an die zuständigen Stellen weiterzugeben.

Versehen mit dem Reisesegen und einer Flasche Weihwasser treten wir die Rückreise an. Worte des Dankes, menschliche Zuneigung und Tränen in den Augen, sind Eindrücke, die uns begleiten. Der zweite Teil einer nicht ganz ungefährlichen Fahrt beginnt. Doch was bedeuten all die Strapazen, wenn man in die strahlenden Augen dieser dankbaren Menschen blickt?

„Für die Nacht stellt uns der Dorfälteste sein Haus zur Übernachtung zur Verfügung. Wir schlafen auf Campingliegen und Sofas, aber wir schlafen tief.“ Nicht der Dorfälteste, sondern Günter Thye macht hier wohl ausgeruht seine Morgengymnastik. (Foto G. Thye)





Der Befehlshaber der 1. Armee im Militärbezirk Smolensk, GenLt Viktor Radischtsch, empfängt das GKS-Team in seinem Dienstzimmer

(Foto G. Thye)

Donnerstag, 11.07., 10.00 Uhr

Wir verbringen noch eine Nacht in Smolensk. Der Transporter steht über Nacht bei einer Speditionsfirma, bewacht von einem Wachmann und mehreren Wachhunden.

Für uns ist eine Stadtbesichtigung organisiert. Der Hauptanziehungspunkt ist natürlich die Kathedrale. Dieses Gotteshaus ist in all seiner Pracht wirklich sehr beeindruckend. Auf Befehl von Josef Stalin wurde die Uspekij-Kathedrale 1937 geschlossen und sollte später gesprengt werden. Nach Einmarsch der deutschen Soldaten in Smolensk wurde sie 1942 wieder geöffnet.

Der Befehlshaber der 1. Armee und des Militärbezirks Smolensk, Generalleutnant Viktor Radischtsch empfängt uns in seinen Diensträumen in der Kaserne. Erstmals betritt eine Delegation der Gemeinschaft Katholischer Soldaten eine russische Kaserne in Rußland. GenLt Radischtsch war vier Jahre in Dresden stationiert als Chef des Stabes bei der 1. Garde Panzer-Armee. Wir überreichen ihm die GKS-Fliese in Holz eingelassen sowie eine von ihm sehnlichst gewünschte Musik-Kassette mit deutschen Volksliedern zur Erinnerung und melden uns aus seinem Bezirk ab.

Donnerstag, 11.07., 14.30 Uhr

Warmes und sonniges Wetter, nur vereinzelt tauchen Wolken auf. Wir sind bereits wieder auf der Rückfahrt und haben die Grenze

zu Weißrussland hinter uns gelassen, versehen mit einem „Gute Heimreise“ des Grenzbeamten.

Wir stellen unsere Uhren auf deutsche Zeit, das bringt uns das Gefühl, der Heimat näher zu sein.

Polizeikontrolle: Wir sind zu schnell gefahren. Weißrussische Rubel haben wir nicht, um die Geldbuße bezahlen zu können. Ausländische Währungen darf der Beamte nicht annehmen. „Was schlagen Sie vor, um das Problem zu lösen?“, fragt er uns. „Seien Sie Mensch,“ antwortet Bernhard Mroß. Nach kurzer Überlegung wünscht uns der Polizeibeamte eine gute Fahrt. Bevor wir den Wagen wieder in Bewegung setzen, finden auf dem Tisch im Dienstraum der Kontrollstation zwei Dosen Bier ihren Platz.

Es beginnt zu regnen. Der Regen hält auch während der Nachtfahrt durch Polen an. An der weißrussischen Grenze zu Polen werden wir auf die Möglichkeit hingewiesen, daß es ratsam sei, sich einem Konvoi mit bewaffnetem Be-

gleitschutz anzuschließen. Natürlich gegen entsprechende Bezahlung. Wir vertrauen auf den Reise-segen und lehnen ab. Fahrerwechsel und Pausen werden nur an hellerleuchteten Plätzen durchgeführt.

Freitag, 12.07., 12.30 Uhr

Es zieht uns nach Flensburg. Der russische Diesel zeigt seine Wirkung: Seit einigen Stunden weist die Kontrollanzeige auf Wasser im Kraftstofffilter hin. In Frankfurt/Oder müssen wir bei einer Peugeot-Vertretung den Filter austauschen lassen. Danach hält uns nichts mehr.

Freitag, 12.07., 22.15 Uhr

Ankunft in Flensburg. Eine lange, abenteuerliche und äußerst anstrengende Fahrt von 4.300 Kilometern liegt hinter uns.

Wir durften im Namen der GKS in unsere Patengemeinde nach Nowospasskoje fahren und dort Menschen eine große Freude bereiten. Auch wir haben ein Geschenk bekommen: Das Gefühl der Zufriedenheit, menschliche Zuneigung und Freunde, die unserer Hilfe bedurften und weiterhin dankbar für jede Unterstützung sind.

Termine 1996

19.08.	Strandfest der GKS im WB I in Olpenitz	04.-06.10.	WB IV: WB/AK in Naumburg
22.-25.08.	Sitzung SA S+F und SA InFu in Görlitz	09.-10.10.	Tagung GKMD in Hünfeld, Thema "soziales Engagement von Männern"
08.-10.09.	Familienwochenende WB I im Haus Tanneck	11.-13.10.	Sitzung BV GKS in Berlin
09.09.	Sitzung EA in Bonn	23.-27.10.	Seminar 3. Lebensphase in Nürnberg
10.09.	Teilnahme GKS WB I an Answeruswallfahrt	22.-23.11.	Vollversammlung ZdK
12.-15.09.	Katholischer Kongreß in Hildesheim	22.-24.11.	WB II: WB/AK in Worphausen
20.-22.09.	WB V: WB/AK in Heiligkreuztal		WB III: WB/AK in St. Meinolf
26.09.-03.10.	AMI-Konferenz 1996 in Dribergen/NL, Thema "Ethik soldatischen Dienstes in Wehrpflicht- und Freiwilligenstreitkräften"	25.-26.11.	Herbsttagung GKMD
		25.11.	Sitzung EA in Bonn
27.-29.09.	WB VI: WB/AK in Windisch-Eschenbach	25./25.11.	Herbsttagung GKMD in Fulda

WEHRBEREICH III

Wehrbereichskonferenz in St. Meinolf am Möhnesee vom 14. bis 16. Juni 1996

Premiere – und das gleich in mehrfacher Hinsicht – konnte bei der Konferenz der GKS im Wehrbereich III gefeiert werden. Zum einen nahm der neue Wehrbereichsdekan Rainer Schadt an der Konferenz teil, zum anderen konnten der vor Jahresfrist neu gewählte Vorsitzende der GKS im Wehrbereich III, Stabsfeldwebel Johann-A. Schacherl, und sein Stellvertreter, Major Dipl.-Ing. Rüdiger Attermeyer, auf ein erfolgreiches erstes Arbeitsjahr zurückblicken.

Als Gäste begrüßte Schacherl den Bundesvorsitzenden der GKS, Oberstleutnant Karl-Jürgen Klein, und den Bundesgeschäftsführer der GKS, Hauptmann a. D. Günter Hagedorn.

Lampenfieber war „dem neuen Team“ nicht anzumerken, im Gegenteil, der ehemalige Wehrbereichsvorsitzende Klein meinte zum Abschluß der Konferenz: „Feuertaufe voll bestanden“.

Die Konferenz vom Schatten des Dortmunder Hubschrauberabsturzes gestreift, erlaubte Dekan Schadt, entgegen seiner Absicht nicht, an der gesamten Konferenz teilzunehmen.

Nach Berichten aus den GKS-Kreisen zog Schacherl eine Bilanz seines ersten Amtsjahres. Über die Erkenntnis hinaus, daß einer al-

lein nichts vermag, stellte er fest, daß es in den Kreisen überwiegend nur gute Entwicklungen gibt. Voller Stolz teilte er den Anwesenden mit, daß es ihm gelungen sei, zwei neue Kreise zu gründen und drei neue Ansprechpartner für die GKS zu gewinnen.

Ferner berichtete er über die sehr unterschiedliche Resonanz auf einen an die Kreisvorsitzenden und Standortpfarrer verschickten Fragebogen zur Lagefeststellung im Wehrbereich III.

Am Samstagvormittag referierte Frau Claudia Klein in Theorie und in Form von Gruppenarbeiten über die ideellen Möglichkeiten eines GKS-Kreises. Die abschließende Plenumsdiskussion zwischen den Vertretern großer bestehender

Kreise wie Bonn und Köln sowie im Aufbau befindlicher Kreise wie z.B. Augustdorf brachte für alle wertvolle Gedanken und Tips aus der Praxis, ergänzt durch hilfreiche Hinweise des Bundesgeschäftsführers.

Dekan Schadt stellte aus Sicht des Wehrbereichsdekan III fest, daß Laien- und Laienverbandsarbeit, wie die der GKS, für eine erfolgreiche Pastoral angesichts immer weniger hauptamtlicher Militärpfarrer unverzichtbar sei. Im Wehrbereich III gäbe es derzeit keine Probleme in der Zusammenarbeit zwischen GKS-Kreisen und Standortpfarrern, wovon er auch für die Zukunft ausgehe.

Für den mit Terminen voll ausgelasteten Wehrbereichsdekan feierte MilDekan Pater Josef Kohlhaas ss.cc. am Sonntagvormittag die Heilige Messe und schloß die Konferenz mit einem Besinnungsteil ab.

(J.-A. Schacherl)



Hier zeichnet sich eine gute Zusammenarbeit zwischen Militärpfarrer und Laien ab. Der Katholische Wehrbereichsdekan III und Geistliche Beirat der GKS, Rainer Schadt, im Gespräch mit dem Vorsitzenden der GKS im WB III, Johann-A. Schacherl, bei der letzten WB-Konferenz im Juni 1996 in St. Meinolf am Möhnesee.

(Foto C. Schacherl)

PERSONALIA

Pater Gerhard Eberts (58), Chefredakteur des von den Missionaren von der Heiligen Familie herausgegebenen „Sendboten“ ist am 11.06.1996 in Hamburg zum neuen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Presse (AKP) gewählt worden. – Die GKS ist als Herausgeber des AUFTRAG Mitglied in der AKP und wird bei der Mitgliederversammlung durch ihre Redakteure vertreten.

Der **Generalsekretär des internationalen Kolpingwerkes**,

Hubert Tintelott (48), wurde am 31. Mai 1996 durch die Delegiertenversammlung in seinem Amt als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen Deutschlands (AGKOD) für weitere vier Jahre bestätigt. Er erhielt 128 von 144 Stimmen. Zu seinen Stellvertretern wurden die **Bundessekretärin der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Renate Müller** (49), und der **Bundesgeschäftsführer des Familienbundes der Deutschen Katholiken, Bernhard Jans** (43), gewählt. Der Ehrenbundesvorsitzende der GKS, **Paul Schulz**, wurde als Vertreter der **Gemein-**

schaft katholischer Männer Deutschlands (GKMD) in den Vorstand der AGKOD gewählt. An der Versammlung nahmen rund 160 Delegierte aus 140 Verbänden und Gruppen teil. Die **GKS** war durch ihren **Bundesvorsitzenden Karl-Jürgen Klein** vertreten. – Die AGKOD ist der Zusammenschluß der katholischen Verbände und Organisationen. Sie entsendet 97 Mitglieder in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) (Klein für GKS, Schulz für GKMD, Trost für Kath. Pressebund) und koordiniert die Zusammenarbeit der Verbände. (PS)

AUTOREN UND BEITRÄGE IN DIESEM AUFTRAG

Benz, Hartmut

der Beitrag ist der Deutschen Tagespost Nr. 132 vom 04.11.1995 entnommen.

Bringmann, Jürgen

Oberst a.D.; Referent beim Bundesvorstand der GKS; Präsident des AMI. Seit 1961 Mitglied im Königsteiner Offizierkreis (KOK) bzw. der GKS. Verfasser verschiedener GKS-Publikationen.

Görlich, Joachim G.

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteuropäische Gesellschaften. Publiziert häufig u.a. in Deutsche Tagespost und AUFTRAG.

Heinz, Manfred

Dipl.-Theol., wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat „Kirche und Gemeinde“ im Katholischen Militärbischofsamt, Geschäftsführer der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs.

Hütten, Walter

Stabsfeldwebel im BMVg, stellvertretender Bundesvorsitzender der GKS und Vertreter der GKS im Vorstand der Zentralen Versammlung.

Jehle, Helmut

Ökumene-Beauftragter der evangelisch-lutherischen Landeskirche in Bayern und deren Vertreter im Arbeitskreis Christlicher Kirchen (ACK) Bayerns.

Klein, Karl-Jürgen

Oberstleutnant, Dipl.-Ing, Regimentskommandeur in Sigmaringen; seit 1995 Bundesvorsitzender der GKS.

König, Josef

Leutnant d.R., Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Wehrpflichtige „aktion kaserne“ im Jugendhaus Düsseldorf.

Laurien, Dr. Hanna-Renate

Vizepräsidentin der Würzburger Synode der deutschen Bistümer, Staatssekretärin im Kultusministerium in Rheinland-Pfalz (1976–81), Schulsenatorin in Berlin (1981–89), Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses (1991–95), Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Meves, Christa

Publizistin, Mitherausgeberin „Rheinischen Merkur“; Beitrag aus Deutsche Tagespost Nr. 69 vom 08.06.1996.

Stuff Eckard

Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter.

Theis, Msgr. Walter

Militärdekan, Leiter des Referats „Kirche und Gemeinde“ im Katholischen Militärbischofsamt, Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene.

Thye, Günter

Oberstabsfeldwebel a.D., Vorsitzender der GKS im Bereich See in den Jahren 1973–93; Vizepräsident des Apostolat Militaire International (AMI).

Voss, Dr. Gerhard

Pater im Benediktinerorden (OSB), Leiter des ökumenischen Instituts der Abtei Niederalteich, Vorsitzender des Arbeitskreises Christlicher Kirchen (ACK) in Bayern.

Wanke, Joachim

Bischof des Bistums Erfurt; der Wortlaut des Fastenhirtenbriefes 1996 ist der Deutschen Tagespost Nr. 6 vom 22.02.1996 entnommen.

BUCHBESPRECHUNG

Die neue Rechtschreibung. Geleitwort Dr. Klaus Heller, Institut für deutsche Sprache, Mannheim. Verfaßt von Ursula Hermann. Völlig neu bearbeitet und erweitert von Prof. Dr. Lutz Götze.

Entspricht den amtlichen Richtlinien und dem Schulgebrauch. 1040 Seiten. Gebunden. Bertelsmann Lexikon Verlag, Gütersloh 1996.

Am 1. Juli 1996 unterzeichneten in Wien die deutschsprachigen Staaten eine gemeinsame Erklärung zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung. Ziel der Reform ist es, die orthografischen Normen einfacher, übersichtlicher und verständlicher zu formulieren. Die neuen Regeln gelten ab 1998; bereits mit Beginn des Schuljahres 1996/97 wer-

den etliche Bundesländer die neue Orthografie in den Schulen schon einführen. Bis August 2005 gibt es allerdings eine Übergangszeit, in der alte und neue Schreibweisen nebeneinander bestehen können.

Über die nun gültige Schreibweise aller Wörter informiert vorzüglich das Wörterbuch aus dem Bertelsmann Lexikon Verlag „Die neue Rechtschreibung“. Das Werk gibt auf 1040 Seiten fundiert und ausführlich Auskunft über alle Regeln der Orthografie. Ein Regelteil enthält die neuen Bestimmungen und zeigt bei jedem Paragraphen den Unterschied zu den bisher gültigen Regeln auf. Das umfangreiche Wörterverzeichnis mit mehr als 600.000 Eintragungen umfaßt der Wortschatz der heutigen Standard- und

Umgangssprache einschließlich der Fremdwörter aller Lebens- und Wissensgebiete. Neuerungen in der Schreibweise und bei Trennungen sind rot markiert und leicht zu erfassen. Wörter, die künftig anders geschrieben werden, sind auch in alter Schreibweise aufgenommen worden und unter beiden Varianten in der alphabetischen Wörterliste zu finden. Hilfreich sind auch 400 Informationskästen zu den einzelnen Begriffen, die innerhalb des Wörterverzeichnisses graphisch hervorgehoben sind. Hier werden beispielhaft die Neuregelungen erklärt, bei denen Fragen oder Zweifel über die richtige Anwendung auftreten können.

Ein Handbuch für die ganze Familie.
J.B.

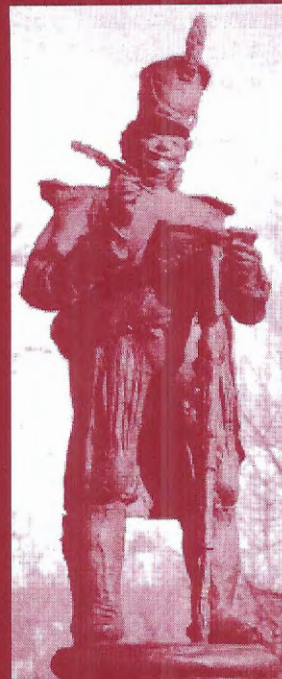
Josef Deifel, 1790 – 1864.

Soldat in den Feldzügen gegen
Napoleon.

Er schrieb ein gerühmtes
Tagebuch gegen den Krieg
in Essinger Deutsch.

Denkmal der Gemeinde Essing im Altmühltal
für den Ahnherm der Redakteure des AUFTRAG.

(Foto W. Kober)



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint mind. sechsmal jährlich. Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Breite Straße 25, 53111 Bonn. Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur. Zuschriften: Paul Schulz, PF 3768, 51537 Waldbrohl, Tel/Fax: 02291-900461. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn-Buschdorf. Überweisungen auf: Konto-Nr. 2532786 BLZ 380 400 07 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee: Katholische Soldatenseelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts – Vermerk: „Spendenkonto der GKS“. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.

Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.

